

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart



Fernsehen in der Sowjetunion

Gründung der Austria Presse Agentur

> Sozialdemokratische Frauenpresse in der Ersten Republik

> > Fernsehen in Österreich nach 1955

Presse im Widerstand

Rundfunk im "Dritten Reich"

4/2000

Jahrgang 15



#### Die Themen 3/00:

- Rechtspopulismus:
   Politik im Boulevardformat
- Zum journalistischen Umgang mit dem "Phänomen Jörg Haider": Ein Vergleich der Wochenmagazine "Falter" und "News"
- Das Bildnis war bezaubernd schön: Österreichs Image in Frankreich seit den Waldheim-Jahren
- "Haider? No grazie!"
   Überlegungen zum "Fall Österreich"
   in den Schlagzeilen der
   italienischen Presse

#### Die Themen 4/00:

- Die umworbene Frau: Frauenspezifische Wahlagitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) in der ersten Republik
- Welche Öffentlichkeit für Frauen? Motive für ein Zwei-Stufen-Verfahren zur Etablierung einer geschlechterdemokratischen Öffentlichkeit
- Differenzierungsprozesse und gesellschaftliche Resonanz feministischer Öffentlichkeiten
- Platz-Anweisung: Politische Öffentlichkeit und massenmedialer Diskurs am Beispiel des Frauenvolksbegehrens 1997 in Österreich
- Feministische (Re)Aktionen
- Neue Öffentlichkeiten für Frauen?

#### Die geplanten Schwerpunkte für 2001:

- Media for Sale: Ökonomisierung Popularisierung – Selbstthematisierung
- Nicht-kommerzielle Radios

#### Das Medien Journal erscheint viermal jährlich.

Finzelheft: öS 85,-/DM 11,80/sfr 11,50 Jahresabonnement: öS 325,-/DM 44,50/sfr 41,-Abonnement für Studierende: öS 220,-/ DM 30,-/ sfr 27,80 Auslandsabonnement: öS 410,-/ DM 56,-/ sFr 51,-



#### Rudi Renger Populärer Journalismus

Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft, Band 7, 528 Seiten, öS 598,-/DM 82,-/sfr 74,50 ISBN 3-7065-1528-8

Das Buch setzt sich als erste deutschsprachige Publikation genre- und fachübergreifend mit dem Phänomen des Populären Journalismus auseinander. Die Entwicklung des Journalismus wird pressehistorisch nachgezeichnet, und die wichtigsten vorhandenen theoretischen Ansätze zum Boulevard- und Unterhaltungsjournalismus werden diskutiert. Der Autor beleuchtet Journalismus als "kulturellen Diskurs" und entwirft eine "Theorie des Populären Journalismus".

Michael Latzer

Mediamatikpolitik für die Digitale Ökonomie

eCommerce, Qualifikation und Marktmacht in der Informationsgesellschaft

Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft, Band 6, 368 Seiten, öS 448,-/DM 61,50/sſr 56,-ISBN 3-7065-1518-0

Michael Latzer, Ursula Maier-Rabler, Gabriele Siegert, Thomas Steinmaurer (Hrsg.)

#### Die Zukunft der Kommunikation

Phänomene und Trends in der Informationsgesellschaft

Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft, Band 4, 376 Seiten, öS 448,-/DM 61,50/sfr 56,-ISBN 3-7065-1384-6

Rudi Renger, Gabriele Siegert (Hrsg.) Kommunikationswelten

Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft Beitrage zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft, Band 1, 412 Seiten, öS 448,-/DM 61,50/sfr 56,-ISBN 3-7065-1184-3

**STUDIEN**Verlag Innsbruck-Wien-München • Amraser Straße 118 • A-6010 Innsbruck, Postfach 104 lef: ++43/512/395045 • Fax: ++43/512/395045 ± 5 • e-mail: order@studienverlag.at

# medien & zeit

#### **Inhalt**

Der rote Bildschirm	
Zur Entwicklung des Fernsehens in der	
Sowjetunion	4
Ruth Stifter	
"von der Loslösung der	
Nachrichtenstelle aus dem rein	
staatlichen Charakter"	
Die Gründung der Austria Presse Agentur	24
Edith Dörfler/Wolfgang Pensold	
"Unter eigener Redaktion"	
Bestandsaufnahme der Sozialdemokratischen	
Frauenpresse in der Ersten Republik	38
Margit Wolfsberger	
"Der Medienlippizaner"	
Fernsehen in Österreich nach 1955	47
Monika Bernold	
Presse im Widerstand	
von 1933 bis 1945	
Das illegale Flugblatt	53
Herbert Exenberger	
"Hier spricht der deutsch-	
österreichische Rundfunk"	
Rundfunk im "Dritten Reich"	62
Barbara Daser	

#### **Impressum**

Medieninhaber. Herausgeber und Verleger:

Verein "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)", A-1180 Wien, Postfach 442 http://muz.pub.univie.ac.at WAP: http://muz.pub.univie.ac.at/wap/

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)"

#### Vorstand des AHK:

Univ.Doz. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann),
Gisi Icha (Obmann-Stv.),
Barbara Pilgram (Obmann-Stv.),
Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer),
Claudia Spitznagel (Schriftführerin),
Mag. Michaela Lindinger (Schriftführerin-Tiv.),
Mag. Wolfgang Monschein (Kassier),
Bernd Beutl, Bettina Brixa, Mag. Edith Dörfler,
Dr. Norbert P. Feldinger, Gerhard Hajicsek, Herbert Hirner,
Mag. Peter H. Karall, Silvia Nadjivan, Mag. Wolfgang Pensold,
Dr. Thomas Steinmaurer, Dr. Herwig Walitsch

#### Redaktion:

Edith Dörfler, Wolfgang Duchkowitsch, Silvia Nadjivan, Wolfgang Pensold, Elisabeth Smolak

#### Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund), Univ. Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin), Prof. PhD. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho), Dr. Robert Knight (London), Univ. Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig), Dr. Edmund Schulz (Leipzig), Prof. emer. Dr. Robert Schwarz (S. Palm Beach, Florida)

#### Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer, 1010 Wien, Dominikanerbastei 10

#### Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

#### Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): öS 58,-

#### Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): öS 195,-Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 270,-

#### StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): öS 140,-Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 220,-

#### Bestellung an:

Medien & Zeit, A-1180 Wien, Postfach 442 oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

## **Uni-Shop im NIG**

Deine Fachbuchhandlung für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften

1

Dein Vorteil ist unser Ziel: mehr Bücher, mehr Skripten, mehr Service

#### **Uni-Shop im NIG**

1010 Wien Universitätsstraße 7 Tel.: 42 77 / 298 13

#### Öffnungszeiten

Montag 8.30 bis 18.30 Uhr Dienstag bis Donnerstag 8.30 bis 17 Uhr Freitag 8.30 bis 15 Uhr

#### Fachbücher

Wir haben unsere Publizistik-Abteilung erweitert! Ab sofort findest Du bei uns eine noch größere Auswahl an Fachliteratur für Dein Studium. Sollte trotzdem einmal ein Titel nicht lagernd sein, bestellen wir natürlich jedes gewünschte Buch. Außerdem gibt es für etliche Bücher Hörerscheine, mit denen Du bei uns 20 % weniger zahlst.

#### Skripten

Für zahlreiche Lehrveranstaltungen bekommst Du bei uns Skripten zu günstigen Preisen. Wir erweitern unser Angebot laufend und bemühen uns, möglichst aktuelle Skripten anzubieten. Damit Du Dich optimal auf Prüfungen vorbereiten kannst, sind unsere Skripten von den Professoren vidiert. Außerdem beraten wir Dich gerne, wenn Du nicht sicher bist, was Du zur Prüfungsvorbereitung brauchst.

Service

Kompetente Beratung beim Einkauf Bestellung und Versand Kopiererbetreuung vor Ort WUV

UNIVERSITÄTSVERLAG

Berggasse 5 A-1090 Wien Tel.: 0043 / 1 / 310 53 56 Fax: 0043 / 1 / 319 70 50

#### **Editorial**

Eine weitgefächerte Palette, gleichermaßen an Themen wie an Schauplätzen, bietet das vorliegende Heft 4/00. Den Beginn macht Ruth Stifter mit ihrem Beitrag über die Geschichte des Fernsehens in der Sowietunion - ein hierzulande nahezu unbekanntes Kapitel der Fernsehgeschichte. Einen Auszug aus einem laufenden Forschungsprojekt zur Nachrichtenpolitik in Österreich bieten Edith Dörfler und Wolfgang Pensold mit ihrem Aufsatz über die Gründung der Austria Presse Agentur. Nach Jahrhunderten staatlicher Nachrichtenlenkung und -kontrolle in Österreich bildet die auf Betreiben der angelsächsischen Besatzungsmächte gegründete Genossenschaft Austria Presse Agentur einen Neuanfang auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Margit Wolfsberger gibt Einblick in die Schwierigkeiten, mit denen die Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenpresse in der Ersten Republik auch parteiintern zu kämpfen hatten. Monika Bernold entwickelt theoretische Überlegungen zu den Anfängen des Fernsehens in Österreich, insbesondere des Verhältnisses zwischen dem Fernsehen und der entstehenden Konsumkultur. Herbert Exenberger präsentiert in seinem Beitrag zur antifaschistischen Widerstandspresse ein Stimmungsbild der illegalen Zeitungsproduktion; er porträtiert Blätter, zitiert deren Botschaften und zeigt die schwierigen Umstände der Verbreitung. Barbara Daser schließlich beschäftigt sich mit dem Rundfunk im Dritten Reich, den sie von verschiedenen Zugängen – etwa der Apparatur, dem Programm oder der Rezeption - aus zu fassen sucht.

> Edith Dörfler Wolfgang Duchkowitsch Silvia Nadjivan Wolfgang Pensold Elisabeth Smolak

#### Der rote Bildschirm

Zur Entwicklung des Fernsehens in der Sowjetunion

**Ruth Stifter** 

### Zur Theorie des sowjetischen Fernsehens

#### Einleitung und Fragestellung

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit der geschichtlichen Entwicklung des sowjetischen Fernsehens, beginnend mit den ersten rundfunktechnischen Erfindungen des 20. Jahrhunderts bis hin zu den grundlegenden medienpolitischen Reformbestrebungen im Zuge der großen gesellschaftlichen Umgestaltungen im Sinne der von Michail Gorbačev postulierten Politik von glasnost und perestrojka (Transparenz und Umgestaltung) gegen Ende der 80er Jahre. Da hierbei gerade auch die politisch-ideologischen Rahmenbedingungen, unter denen sich das Medium Fernsehen in der Sowjetunion entwickelte, einfließen, mag dieser Aufsatz zugleich auch den Modellfall eines totalitären informationsmonopolistischen Rundfunkkonzepts beleuchten.

Eingangs werden die zentralen Termini der sowjetischen Medienpolitik einer kurzen Begriffsbestimmung unterzogen. Als Leitbegriffe sollen dabei die marxistisch-leninistisch determinierten Kategorien Agitation und Propaganda identifiziert werden, die zusammen mit Lenins Verständnis von den Funktionen der Presse das Ideengebäude der sowjetischen Medienphilosophie wesentlich konstituieren.

Der praktische Teil des Aufsatzes gibt mit einem Abschnitt über die ersten Erfindungen auf dem Gebiet der Rundfunktechnik in den Anfängen der Sowjetrepublik einen ersten Einblick in die technische Ebene der Fernsehentwicklung in der UdSSR. Dazu gesellt sich eine kurze Vermittlung der topographisch-demoskopischen Rahmenbedingungen, unter denen sich der Ausbau des Rundfunk- und Fernsehnetzes vollzog.

Neben dem technischen Ausbau des Fernsehnetzes in der UdSSR wird zugleich auch die Entwicklung der Programmgeschichte dargestellt. Die Entstehung einzelner Programmgenres und-gattungen auf dem Informationssektor und deren Entfaltung wird anhand von Beispielen vermittelt. In einer Reflexion der verfügbaren

sowjetischen Literatur sollen konkrete Programmschwerpunkte herausgearbeitet und die Programmschemata des sowjetischen Fernsehens analysiert werden. Die geschichtliche Klammer der Darstellung schließt mit einem Kapitel über die seit Mitte der 80er Jahre vollzogenen Reformen, die sich in Presse, Radio und selbstverständlich auch im Fernsehen widerspiegeln.

#### Methodik und Quellenkritik

Da das Fernsehen der UdSSR bereits "Geschichte" ist, muß der vorliegende Beitrag zwangsläufig auf einer Analyse bereits existierender Literatur und Studien basieren. Der Untersuchungsgegenstand "sowjetisches Fernsehen" soll dabei aus programmatischen Dokumenten, ideologisch determinierten normativen Texten, Parteirichtlinien, Verordnungen etc., kurz: aus allen verfügbaren offiziellen Quellen rekonstruiert werden. Da primär die sowjetische Sichtweise auf das eigene Rundfunkwesen interessiert, wurde das Hauptaugenmerk darauf gelegt, in erster Linie sowjetische Literatur einzubeziehen.

Ebenfalls modellhaften Charakter hat in diesem Zusammenhang die Frage der Quellenwürdigung. Die in der sowjetischen Literatur angeführten Angaben und Fakten können nur insofern als "Realität" hingenommen werden, als sie aus sowjetischer Sicht ein idealisiertes, kommunistisch determiniertes "Plansoll" marxistischleninistischer Ideologie vermitteln sollen und wollen

Aus westlich-pluralistischer bzw. rein wissenschaftlicher Sicht müssen diese Fakten allerdings stets hinterfragt werden – vor allem nach ihrem Meta-Sinn im Hinblick auf die mit ihnen zu transportierende politische Botschaft. So muß schließlich auch die Programmatik der sowjetischen Fernsehkonzeption in erster Linie als politisches Postulat betrachtet werden, das nicht unbedingt der "Wirklichkeit" entsprechen muß. Eine direkte objektive Überprüfung der Fakten scheitert in der Regel daran, daß empirische Informationen aus nicht-sowjetischen Quellen kaum existent sind.

#### Begriffsdeterminierungen

Die vielzitierte Auffassung V. I. Lenins von der Zeitung als "nicht nur kollektivem Propagandisten und Agitator, sondern auch kollektivem Organisator" bildet den Kern der sowjetischen Pressetheorie. Ausgehend von dieser Charakterisierung des printmedialen Genres sollen im folgenden die Definitionen der zentralen Begriffe Agitation und Propaganda das Konstrukt der sowjetischen Kommunikationstheorie näherbringen und im weiteren zu einer theoretischen und praktischen Wesensbestimmung des sowjetischen Fernsehens führen.

#### Agitacija

Die Große Sowjetenzyklopädie definiert in ihrer zweiten Ausgabe aus dem Jahre 1949 *agitacija* als "politische Tätigkeit, die auf die Beeinflussung des Bewußtseins und der Stimmung der breiten Masse mittels Verbreitung bestimmter Ideen und Losungen abzielt".<sup>2</sup> Die Agitation gilt als eines "der mächtigsten Mittel zur kommunistischen

Erziehung der Werktätigen und der Hebung ihres sozialistischen Bewußtseins [...] und mobilisiert die Massen zu einer erfolgreichen Erfüllung der Aufgaben des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft". Als grundlegende Funktion der Agitation formuliert die

Sowjetenzyklopädie die "Erziehung zum kommunistischen Bewußtsein des Volkes".

Als Mittel der Agitation nennt die BSE Presseerzeugnisse, Vorträge, Reden, Plakate, Karikaturen, Radio und Film (gemeint ist der Kinofilm), nicht jedoch explizit das Fernsehen. Immerhin waren zum Erscheinungszeitpunkt der BSE bereits zehn Jahre seit dem offiziellen Beginn des Sowjetfernsehens vergangen. Die Erklärung dafür ist vermutlich so einfach wie vordergründig: Das Fernsehen war Ende der 40er Jahre noch ein absolutes Minderheitenphänomen, um als Massenagitationsmittel wirksam zu sein, fehlte es ihm noch an der nötigen Verbreitung. Das Agitationspotential, das in diesem noch jungen Medium steckte, war von Parteistrategen jedenfalls schon früh erkannt worden, die praktische Nutzung als Massen-Medium sollte sich allerdings erst Jahrzehnte später realisieren.

Im "Wörterbuch des Parteiaufbaus" aus dem Jahre 1987 wird das Fernsehen als Instrument der "Politischen Agitation" (agitacija političeskaja) begriffen, wobei es nur als ein Mittel unter vielen möglichen verstanden wird.

Die Agitation kann in verschiedenen Formen geführt werden: mündlich – auf dem Weg von Auftritten bei Meetings und Versammlungen, im Radio, Fernsehen, bei der Proklamation von Losungen auf Demonstrationen; [...] Die Parteikomitees verwirklichen die Politische Agitation mit Hilfe der Massenmedien, der Agitkollektive, der Gruppen von Politinformanten und Vortragenden, der Agitbrigaden, der veranschaulichenden Politischen Agitation<sup>3</sup>

In den für die vorliegende Arbeit verwendeten sowjetischen Nachschlagewerken wird das Fernsehen nicht explizit definiert, sondern nur als

Das Agitationspotential,

das in diesem noch jungen

Medium steckte, war von

Parteistrategen jedenfalls

schon früh erkannt worden

ein Mittel unter vielen zur Massenerziehung angesehen. Diese offenbar periphere Darstellung legt den Schluß nahe, daß die sowjetische Führung die

immensen praktischen Möglichkeiten des sowjetischen Fernsehens zur Verbreitung der kommunistischen Idee anfangs nicht vollends erkannt und ausgeschöpft hätte.

Ende der 40er Jahre zitiert die Große Sowjetenzyklopädie I. V. Stalin mit seiner Einschätzung über die "große agitatorische Arbeit der Presse" als "schärfste und stärkste Waffe unserer Partei".<sup>4</sup> In der Charakterisierung von Radio und Film ist man bei weitem nicht so euphorisch, wenn auch die BSE den beiden Medien als "mächtigem Mittel der politischen Arbeit unter der Bevölkerung" agitatorische Bedeutung zuschreibt: "Das Radio und der Film in der UdSSR sind Vermittler der bolschewistischen Idee. Der Rundfunk erlaubt es, schnell Beschlüsse der Partei und der Regierung,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> zit. n. Knut Hickethier: Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart – Weimar 1998, S. 96.

BSE, 1949, 2. Ausgabe, 1. Band, S. 295. [Bol'šaja Sovetskaja Enciklopedija, Redakcionnaja kollegija. Vtoroe izdanie. Izdatel'stvo Sovetskaja Enciklopedija Moskva 1949. Große Sowjetenzyklopädie. Redaktionskollektiv.

Zweite Ausgabe. Verlag Sowjetenzyklopädie Moskau 1949].

Slovar' po partijnomu stroiteľstvu. Kollektiv avtorov.
Izdateľstvo političeskoj literatury Moskva 1987.
[Wörterbuch des Parteiaufbaus. Autorenkollektiv. Verlag der politischen Literatur Moskau 1987] S. 7 f.

<sup>4</sup> vgl. BSE, 1949, 2. Ausg., Bd. 1, S. 300.

wichtige Mitteilungen und Dokumente zur Bevölkerung zu bringen. Den Film charakterisierte L.V. Stalin als "hervorragendstes Mittel der Massenagitation"."5 Eine Darstellung des sowjetischen Fernsehens fehlt auch hier.

#### Propaganda

Den Begriff der *propaganda* definiert die Große Sowjetenzyklopädie als "Vermittlung von politischen, wissenschaftlichen und anderen Kenntnissen, Anschauungen und Ideen". Als Propagandamittel nennt sie "die periodische Presse (Zeitungen, Zeitschriften), den Rundfunk, Vorlesungen, die politische, wissenschaftliche und die populärwissenschaftliche Literatur sowie die Belletristik, das Theater und den Film".

Die Parteipropaganda (partijnaja propaganda), die für die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideen bedeutendste Unterkategorie, wird von der BSE definiert als "mündliche oder schriftliche Aufklärung und Verbreitung von ldeen des Marxismus-Leninismus und der Politik der kommunistischen Partei".7 Sie ist "ein nicht wegzudenkender Teil der kommunistischen und Arbeiterparteien bei der ideell-politischen Erziehung der Parteimassen und aller Werktätigen im Sinne der Lehre des Marxismus-Leninismus". Zu den wichtigsten Mitteln der Parteipropaganda zählen abermals "die Presse (politische Literatur, Zeitungen, Zeitschriften), die mündliche Propaganda (Vorlesungen, Vorträge, Konsultationen), das selbständige Studium der Fragen zur Parteigeschichte und der Theorie des Marxismus-Leninismus, die Parteischulen, die Gruppierungen im System der Parteiaufklärung". Die Verbreitung von Propagandaideen mittels Rundfunk und Fernsehen fehlt in der immerhin beinahe vierseitigen Definition und Beschreibung des Begriffs der partijnaja propaganda in der Großen Sowjetenzyklopädie des Jahres 1955.

#### Informacija

Die sowjetische Auffassung von "Information" wird ausnahmslos dem Bereich der Presse (pečat') zugeschrieben und definiert sich ausschließlich über die "Verbreitung von Mitteilungen in schriftlich-publizistischer Form". Die Große

Sowjetenzyklopädie aus dem Jahre 1953 – immerhin 14 Jahre nach Beginn des regelmäßigen Fernschprogramms in der Sowjetunion – läßt die Informationsübermittlung via Fernsehen und generell via Rundfunk in ihrer Definition außer acht. Hingegen grenzt sie die sowjetische informacija von der "bourgeoisen" ab: "Die Information in der sowjetischen Presse unterscheidet sich durch Wahrhaftigkeit, Genauigkeit und richtige Widerspiegelung der Wirklichkeit. [...] Für die Information, die von der bürgerlichen Presse verbreitet wird, ist die lagd nach Sensationen charakteristisch; sie bedient sich der Desinformation, der Täuschung und Übertölpelung der Leser."8 Nach Auffassung von Lenin zielte der Propagandist vorwiegend auf das Gedruckte ab, im Gegensatz dazu zog der Agitator vom gesprochenen Wort mehr Nutzen. Die Dreifachfunktion der Presse als Propaganda-, Agitations- und Organisationsmittel, die auf die Erziehung der Massen mit dem Ziele der Schaffung kommunistischer Übermenschen ausgerichtet war, läßt sich generell auf das Konzept kommunistischer Medientheorie übertragen. Neben der Presse sollten auch Rundfunk und Fernsehen beim Aufbau eines kommunistischen Idealstaates hilfreich sein. Dieser - in sowjetischer Diktion sogenannten -"ideellen erzieherischen Arbeit" (idejno-vospitatel'naja rabota) dienen laut "Kleinem Politischen Wörterbuch" unter anderem die Massenmedien und die Propaganda.9

#### Televidenie

In ihrer dritten Ausgabe aus dem Jahre 1975 berücksichtigt die Große Sowjetenzyklopädie auch das Fernschen ausführlicher und beschreibt es als ein "Massenmedium der Information und Propaganda, der Erziehung, der Aufklärung und der Freizeitgestaltung der Bevölkerung". Das Zitat weist die zentralen Funktionen des Fernschens aus: Information und Propaganda auf der einen Seite sowie Organisation und Erziehung der Massen auf der anderen Seite. Interessant scheint auch der Zusatz "Freizeitgestaltung" zu sein, was in Richtung Unterhaltungsfunktion des sowjetischen Fernschens führt. Die BSE gibt eine umfassende Charakterisierung des Fernschens aus kommunistischer Sicht:

SE, 1949, 2. Ausg., Bd. 1, S. 300 f.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> BSE, 1955, 2. Ausg., Bd. 35, S. 70.

cbd.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> BSE, 1953, 2. Ausg., Bd. 18, S. 331.

<sup>°</sup> s. Kratkij političeskij slovar', Kollektiv avtorov. Izdanie

šestoe, dopolnennoe. Izdateľstvo političeskoj literatury Moskva 1989 [Kleines Politisches Wörterbuch, Autorenkollektiv. Sechste, erweiterte Ausgabe. Verlag der politischen Literatur Moskau 1989], S. 180 f.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> BSE, 1976, 3. Ausg., Bd. 25, S. 378.

In der UdSSR und in anderen sozialistischen Ländern beleuchtet das Fernsehen die Tätigkeit der kommunistischen und der Arbeiter-Parteien und der Regierungsorgane, die Teilnahme der Werktätigen im kommunistischen und sozialistischen Aufbau, es offenbart die Besonderheiten des sozialistischen Lebens, dient der Formung der öffentlichen Meinung, sowie der ideellen, moralischen und ästhetischen Erziehung der Massen und führt eine Propaganda der friedliebenden Außenpolitik. Als wirksames Mittel der kommunistischen Erziehung der Werktätigen nimmt das sowjetische Fernsehen einen wichtigen Platz im System der ideologischen Arbeit der KPdSU cin [ ... ].11

Diese Definition veranschaulicht sehr deutlich den Einfluß der kommunistischen Ideologie auf die Konzeption des sowjetischen Fernsehens und in Reaktion darauf den Einfluß des Fernsehens auf die kommunistische Erziehung. Mit anderen Worten: Die Programmkonzeption beruhte auf den allgemeinen Zielen der von der KPdSU als letzte ideologische Instanz formulierten Kulturpolitik:

Die KPdSU und die Sowjetische Regierung schenken der Entwicklung des Fernsehens, dem Wachstums seiner materiell-technischen Grundlage, der Steigerung seines Ideen- und künstlerischen Niveaus der Übertragung, sowie seiner Rolle bei der Bildung der kommunistischen Weltanschauung, im ideologischen Kampf mit der Welt des Kapitalismus, bei der Erziehung des sowjetischen Menschen für eine neue kommunistische Beziehung zur Arbeit, permanente Aufmerksamkeit. Im Beschluß des ZK der KPdSU "Über die weitere Entwicklung des sowietischen Fernsehens" (Januar 1960) wurde die wachsende Rolle des Fernsehens in der ideologischen Arbeit der Partei, in der politischen und kulturellen Erziehung der Massen angemerkt und konkrete Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung des Fernsehens genannt. Im Programm der KPdSU wurde die wichtige Rolle des Fernsehens in der Erziehungsarbeit der Partei, der Regierung und der gesellschaftlichen Organisationen hervorgehohen.\(\frac{1}{2}\)

Die eben charakterisierten Begriffe spiegeln recht anschaulich den an sich eher unbedarften Ansatz einer mehr oder weniger direkten Übertragung des rigiden Konzepts des Pressewesens auf das sich entwickelnde Medium Fernsehen wider. Und generell ist zu sagen, daß trotz der führenden Rolle von sowjetischen Technikern bei der Entwicklung der elektronischen Bildübertragung das Fernsehen in seiner Bedeutung als Massenmedium und sein Stellenwert für die Zwecke der ideologischen Erziehung von der Parteiführung erst relativ spät gewürdigt wurde.

## Die Programmkonzeption des sowjetischen Fernsehens

Der Einfluß der Partei auf die theoretische und praktische Entwicklung des Fernsehens in der UdSSR wurde in zahlreichen Verordnungen der KPdSU festgeschrieben, wie die oben zitierte Definition der Großen Sowjetenzyklopädie veranschaulicht. Da eine Auseinandersetzung mit allen relevanten Parteibeschlüssen in diesem Rahmen zu weit führen würde<sup>13</sup>, sollen hier nur der Grundtenor wiedergegeben und exemplarisch einige wesentliche Verordnungspunkte angeführt werden.

Kurz zusammengefaßt läßt sich über die medienrelevanten Parteiverordnungen folgendes sagen: Die Bedeutung des Fernsehens war der Einschätzung der durchgesehenen Beschlüsse nach erst relativ spät – mit Beginn der 60er Jahre – von den sowietischen Machthabern erkannt worden. In den relevanten Parteibeschlüssen der 40er und 50er Jahre rangierte das sowjetische Fernsehen in seiner Bedeutung hinter Presse und Radio. Erst allmählich erlangte es einen ähnlichen Stellenwert wie die beiden anderen Kommunikationsmittel, wobei alle drei Medien als "vorderste Kräfte der ideologischen Front bei der kommunistischen Erziehung des Volkes" verstanden wurden<sup>14</sup>. Im Gegensatz dazu wurde der Unterschied zu den bourgeoisen Medien hervorgehoben, die

<sup>&</sup>quot; ebd.

<sup>12</sup> cbd.

Einen umfassenden Überblick über Verordnungen zu Presse, Rundfunk und Fernsehen gibt die Dokumentenund Materialiensammlung O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii. Sbornik dokumentov i materialov, Izdatel'stvo "Mysl" Moskva 1972. [Über Partei- und Sowjetpresse, Radio und Fernsehen.

Dokumenten- und Materialiensammlung, Verlag "Gedanke" Moskau 1972].

s. "Über die aktuellen Aufgaben der ideologischen Arbeit der Partei. Aus der Verordnung des Plenums des ZK der KPdSU vom 21. Juni 1963." In: O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii. Sbornik dokumentov i materialov, 1972. S. 357.

mit ihrer imperialistischen Propaganda die Welt des Sozialismus verleumden würden.<sup>15</sup>

Mit der steigenden Verbreitung des Fernschens in der Bevölkerung wuchs auch seine Bedeutung als Informationsmittel über Ereignisse im Land, über Errungenschaften in der Industrie, der Landwirtschaft, der Wissenschaft etc. Aber, und das ist interessant: In den Verordnungen der Partei treten durchgängig – ganz im Sinne der marxistisch-leninistischen Philosophie von Kritik und Selbstkritik (kritika i samokritika) – die Unzulänglichkeiten und Schwächen des sowjetischen Fernsehens mehr oder weniger ungeschminkt zutage.

In einer Verordnung aus dem Jahre 1960 heißt es beispielsweise: "[...] das ZK der KPdSU hält fest, daß das sowjetische Fernschen immer noch unzureichend für die Propaganda des Aufbaus für das Sowjetvolk im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben genutzt wird, für den Aufbau des Kommunismus."16 Diese Kritik richtete sich

vor allem gegen das niedrige Niveau der Entwicklung des Rundfunkwesens in den Republiken. Aber genau diese mangelhafte Entwick-

In den Verordnungen der Partei treten die Schwächen des sowjetischen Fernsehens zutage

lung beruhte auf objektiven Kriterien<sup>17</sup> und simplen Gründen: ein riesiges Territorium mit unterschiedlicher Bevölkerungsdichte und infolgedessen auch der ungleiche Zugang zu den soziokulturellen Einrichtungen des Landes, der multinationale Charakter des Landes sowie die ungleichmäßige Entwicklung des Landes waren nur einige der Probleme, mit denen die Sowjetführung beim Ausbau des Fernsehens zu kämpfen hatte.

Die Führung der Sowjetunion postulierte demnach als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben die Eliminierung der sozialen Ungerechtigkeiten, um eine einheitliche sozialistische Entwicklung des neuen Sowjetmenschen zu gewährleisten. Eine bedeutende Rolle bei der Überwindung dieser vom alten Regime quasi geerbten sozialen Unterschiede kam natürlich den Medien zu, zuerst der Presse, später immer mehr auch dem Radio und Fernschen – zumal in Regionen mit höherem Analphabetenanteil.

#### Zu den praktischen Entwicklungen des sowjetischen Fernsehens

#### Kein Beginnen ohne Lenin

Der Einfluß der kommunistischen Partei auf die Entwicklung der Bildübertragung geht bis zu den Anfängen des Sowjetstaates zurück: Die offizielle Historiographie will es, daß auch bei der Entwicklung des Rundfunks alles mit Lenin begann. Nachdem es sowjetischen Technikern in Nišnij Novgorod 1921, drei Jahre vor sei-

nem Tod, gelungen war, "auf einem Bildschirm bewegte Bilder" darzustellen, förderte Lenin weitere Experimente auf dem Gebiet des Rundfunks, oder, wie er es nannte, "der Zeitung ohne Papier und 'ohne Entfernungen";¹\* wobei der gemeinhin unterstellte Einfluß Lenins auf die

Entwicklung des sowjetischen Fernsehens die Tatsachen verklärt. Denn Lenin dürfte ausschließlich die Radiotechnik gemeint haben, wenn er über die "gigantisch wichtige Sache (Zeitung ohne Papier und ohne Draht, weil mit Schalltrichter und Empfang)" schreibt, daß "das gesamte Rußland jene Zeitung hören wird, die in Moskau gelesen wird".<sup>19</sup> Gesichert ist jedenfalls, daß sich Lenin von nun an ständig über die neuesten Fortschritte der Wissenschafter auf dem Gebiet der Rundfunktechnik berichten ließ. Lenin wies Stalin im übrigen konkret auf die ideologische Funktion der radiotechnischen Erfindungen hin, die "aus der Sicht von Propaganda und Agitation, besonders für jene Massen der Bevölkerung, die

s. dazu "L. I. Brežnev. Der 24. Parteitag der KPdSU. Moskau. 30 März bis 9. April 1971. Aus dem Rechenschaftsvortrag des Zentralkomitees der KPdSU zum 24. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion". In: O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii, Sbornik dokumentov i materialov, 1972. S. 374.

<sup>&</sup>quot;Über die weitere Entwicklung des sowjetischen Fernsehens. Verordnung des ZK der KPdSU vom 29. Januar 1960." In: O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii. Sbornik dokumentov i materialov, 1972. S. 537.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Rudolf Boreckj: Das Rundfunksystem der UdSSR. In: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1982/1983, Hamburg 1982. S. E90 ff.

Aus dem Brief von V. Ul'janov (Lenin) an den Rundfunkentwickler M. A. Bonč-Bruevič vom 5.2.1920.
 In: O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii. Sbornik dokumentov i materialov, 1972.
 S. 502.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Aus dem Brief von Lenin an N. P. Gorbunov vom 26.1.1921. In: O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii. Sbornik dokumentov i materialov, 1972. S. 503.

des Lesens und Schreibens unkundig sind [...]", unumgänglich seien.<sup>20</sup>

#### Von der mechanischen zur elektronischen Bildübertragung

Die technische Entwicklung des sowjetischen Fernsehens führt noch in das zaristische Rußland Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, wobei die allerersten Versuche auf dem Gebiet der Rundfunkübertragung in der sowjetischen Literatur mit ausschließlich einem Namen in Verbindung gebracht werden - Boris L'vovič Rozing. Er erarbeitete 1907 das System der Kathodenteleskopie, mit deren Hilfe er für die Wiedergabe von Bildern bereits eine Elektronenstrahlenröhre verwendete. Bereits vier Jahre später stellte er mit demselben System erstmals auf der Welt unter Laborbedingungen eine Fernschübertragung vor. Damit allerdings die Bildwiedergabe auch außerhalb des Labors zu praktischen Zwecken genutzt werden konnte, mußten noch zahlreiche technische Verbesserungen vorgenommen werden. In den 20er und 30er Jahren unternahm Rozing zusammen mit einem Forscherteam auf Basis der 1884 erfundenen Nikpow-Scheibe weitere Versuche auf dem Übertragungssektor.

Die BSE verbindet die sowjetischen Entwicklungen in der Fernsehtechnik mit V. K. Zvorykin, einem Schüler Rozings, der in die USA auswanderte, bei Westinghouse übertragungstechnische Forschungen betrieb und als einer der ersten Mitte der 30er Jahre eine elektronische Kamera entwickeln sollte, weiters mit den Namen V. P. Grabovskij, S. I. Kataev, A. P. Konstantinov, P. V. Timofeev, sowie P. V. Šmakov.

Im Jahre 1930 wurde unter der Leitung von P. V. Šmakov erstmals ein mechanisches System zur Übertragung von Bildern in 30 Zeilen vorgeführt. Ab dem 1. Oktober 1931 wurden niedrigzeilige Übertragungen mit unbewegten Bildern regelmäßig durchgeführt, zu der Zeit begann man auch in Leningrad, Odessa, Kiev, Char'kov und Novgorod Fernsehbilder mechanisch zu übertragen. 1932 gelang die erste Übertragung

mit bewegtem Bild, 1934 schließlich mit Ton. Ab Anfang der 30er Jahre wurden die ersten niedrigzeiligen mechanischen "gesellschaftlich-politischen" Fernsehfilme übertragen, gewidmet waren sie den Themen – wie könnte es anders sein – l. Mai und 15 Jahre Oktoberrevolution. Außerdem wurden Zeichentrickfilme, Ausschnitte aus Theaterstücken und Konzerte gezeigt. Für das Jahr 1936 gibt die Große Sowjetenzyklopädie 300 Sendungen mit einer Gesamtsendelänge von rund 200 Stunden an.<sup>21</sup>

Der nächste bedeutende Sprung in der technischen Entwicklung gelang Ende der 30er Jahre, als man von der niedrigzeiligen mechanischen Übertragung zur elektronischen Übertragung überging, die eine Verbesserung der Bildqualität mit sich brachte und – wie es die Sowjets bezeichneten – "ein höheres kreatives Gestaltungspotential für das Fernsehen" gewährte. Damit war der erste Schritt zu einem modernen Massenmedium getan, die praktische Nutzung zur Massenagitation sollte allerdings noch Jahre dauern.

Der Inhalt der Sendungen setzte sich aus Kinofilmen, Konzerten und Theaterstücken zusammen. Im Jahre 1938 wurden im Leningrader Fernsehen das erste Fernsehtheaterstück und die erste themenbezogene Sendung, ein Bericht über das 20-Jahr-Jubiläum der VLKSM<sup>23</sup>, übertragen.

#### Etablierung eines regelmäßigen Sendebetriebs

Ein regelmäßiger elektronischer Fernsehbetrieb wurde im Jahr 1939 in Moskau und Leningrad aufgenommen, an dem aber nur wenige Zuschauer teilhatten<sup>24</sup>. Am 10. März 1939 wurde in Moskau via Fernschen ein Film über die Eröffnung des 18. Parteitages der VKP(b)<sup>25</sup> ausgestrahlt. Im November des selben Jahres sah man die "erste große gesellschaftlich-politische Übertragung", die dem 20-Jahr-Jubiläum der Ersten Reiterarmee gewidmet war.

Ab 1940 gelangte der Fernsehapparat vom Typ 17-T-I in den Verkauf, der zwar mit einem ziemlich kleinen Bildschirm ausgestattet war, dafür

Lenin. "Aus den Briefen an I. V. Stalin für die Mitglieder des Politbüro des ZK der RKP(b) über die Entwicklung der Radiotechnik". 19.5.1922. In: O partijnoj i sovetskoj pečati, radioveščanii i televidenii. Sbornik dokumentov i materialov, 1972, S. 504.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> BSE, 1975, 3. Ausg., S. 378. Anm.: Die in diesem Kapitel angeführten Fakten stammen, wenn nicht anders angegeben, aus der 3. Ausg. der BSE 1975.

<sup>27</sup> BSE, 1976, 3. Ausg., S. 378.

<sup>23</sup> Anm.: Abkürzung für Vsesojuznyj Leninskij

Kommunističeskij Sojuz Molodeži, zu deutsch Allunions-Leninistischer Kommunistischer Jugendverband.

Lutz P. Michel: Das Rundfunksystem der Sowjetunion. In: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1990/91. Baden Baden – Hamburg 1990, S. D215. Die Anzahl der Fernsehgeräte im Jahre 1939/40 gibt er mit rund 2000-3000 Stück an.

Anm.: Abkürzung für Vsesojuznaja Kommunističeskaja partija (bol'ševikov), zu deutsch Allunions-Kommunistische Partei (der Bolschewiken).

aber ein gestochen scharfes Bild wiedergab. Über die "herausragende Qualität der sowjetischen Fernsehgeräte" wußte auch die im österreichischen Rundfunk gesendete "Russische Stunde" zu berichten, über den 1950 eingeführten Apparat vom Typ T-2 heißt es beispielsweise: "Am meisten verblüffte mich die Schärfe der Bildwiedergabe, die ich in dieser Vollkommenheit bei keinem ausländischen Gerät gesehen hatte."<sup>26</sup>

Während des Großen Vaterländischen Krieges, wie der Zweite Weltkrieg sowohl in der offiziellen Historiographie, als auch in der russischen Alltagssprache genannt wird (genau genommen der Zeitraum vom deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bis zum Ende des Krieges in Europa im Mai 1945), ist die Fernsehentwicklung - wie auch in den anderen Ländern – brachgelegen. Die erste Nachkriegssendung des sowjetischen Fernsehens wurde am 7. Mai 1945 ausgestrahlt. Bereits am 15. Dezember 1945 nahm das Moskauer Fernsehzentrum als erste Sendeanstalt Europas seinen regulären Betrieb wieder auf und strahlte zweimal die Woche seine Programme aus. Zwei Jahre später nahm auch das Leningrader Fernsehzentrum seine Tätigkeit wieder auf. Die österreichische Rundfunkzeitung "Radio Wien" gibt 1946 einen unkritischen Bericht über den Aufbau des Rundfunkwesens in der UdSSR wieder und druckt die Jubelmeldung: "So hat die Sowjetunion bereits im ersten Nachkriegsjahr einen Aufbau des Rundfunkwesens vollzogen, der es zum führenden der ganzen Welt macht, das aber durch den neuen Fünfjahrplan zu einem Ausmaß gesteigert werden soll, das uns beinahe unvorstellbar ist."27 Im Jahre 1949 ging das vollständig reorganisierte Moskauer Fernsehzentrum zur modernen Übertragung in der standardmäßigen 625-Zeilen-Technik über. Ende der 40er Jahre wurden Fernsehapparate vom Typ "Moskvič T-1" und "Leningrad T-2" bereits in Massen produziert. Über das Nachfolgemodell T-3 heißt es in "Radio Wien": "Die steigenden Reallöhne infolge der fortgesetzten Preissenkungen in der Sowjetunion finden ihren Ausdruck in einer gesteigerten Nachfrage nach Gegenständen, die früher zu den ausgesprochenen und für die meisten unerreichbaren Luxusgegenständen gehörten. Ein solcher "Luxus", den sich heute schon zahlreiche Arbeiter,

Kolchosbauern und Angestellte in der Sowjetunion leisten, ist der neue Fernsehapparat T-3, ein wahres Universalgerät."28

Über die Existenz von sogenannten Fernsehstuben – einem Phänomen wie es später in Deutschland oder Österreich in einer bestimmten Entwicklungsphase des öffentlichen Fernsehens üblich wurde – konnte bislang kein Hinweis in der Literatur gefunden werden.

Seit Jahresende 1946 wurden Spielfilme und chronikale Filme regelmäßig gesendet. Die ersten Versuche von Übertragungen außerhalb der Fernsehstudios wurden 1948 unternommen, die erste gänzlich von außerhalb eines Studios übertragene Sendung war ein Fußballmatch im Jahr 1949.

Im Jahre 1951 wurde das "Zentrale Fernsehstudio" gegründet, was zum einen tägliche Fernsehsendungen möglich machte und zum anderen das Sendevolumen an Dokumentar-, gesellschaftlichpolitischen und publizistischen Sendungen vergrößerte. Das Zentrale Fernsehstudio in Moskau wurde im Jahre 1954 in mehrere Sektionen unterteilt: Propaganda, Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Sport. Diese Unterteilung zeigt sehr deutlich die Hauptbetätigungsfelder des sowjetischen Fernsehens bzw. die Grundausrichtung der sowjetischen Medienpolitik. Zu den dominanten Übertragungsformen wurden Reportagen aus Fabriken, Sowchosen, Kolchosen und von Baustellen.

#### Herausbildung von Programmschemata

Informationssendungen über das Leben im eigenen Land und Ereignisse im Ausland wurden zu einem regelmäßigen Bestandteil des sowjetischen Fernsehens. Seit Anfang der 60er Jahre wurden spezielle Sendeformate der Nachrichtenprogramme ausgestrahlt, zuerst die "Fernsehnachrichten" - Televizionnye novosti, später (ab 1968) dann die tägliche Ausgabe der Abendnachrichten "Die Zeit" - Vremja. Aufgezeichnete Theateraufführungen wurden ebenfalls zu einem beliebten Sendeschema, das erste im Fernsehen ausgestrahlte Theaterstück war "Die Wahrheit ist gut, aber Glück ist besser", eine Inszenierung des Maly Theaters des Jahres 1951. Am l. Mai 1956 berichtete das sowjetische Fernsehen erstmals direkt von der Maiparade am Roten Platz. Dem Weltju-

Fernsehen in Moskau. Zur Sendung der "Russischen Stunde" am 7. Juli [Anm.: 1950] um 19.00 Uhr. In: Radio Wien, Heft 25, S. 8, vom 24.6.1950.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Rudolf Berger: Das Rundfunkwesen in der Sowjetunion.

In: Radio Wien, Heft 9, S. 4, 15.6.1946.

Neues aus der Sowjetunion. Aus einer Sendung der "Russischen Stunde". In: Radio Wien, Heft 34, S. 8, 25.8.1951.

gendtreffen in Moskau 1957 wurde im sowjetischen Fernsehen eine breite Berichterstattung gewirdmet

Im Jahre 1961 wurde im bekannten sowjetischen Filmstudio "Mosfil'm" die künstlerische Abteilung "Fernschfilm" installiert, vier Jahre später ging der erste mehrteilige Fernsehspielfilm auf Sendung. "Mosfil'm" entwickelte sich in den Folgejahren zu einem der bedeutendsten Fernschstudios der Sowjetunion, die im Auftrag des Zentralen Fernsehens unzählige Filme produzierten.

Die Erweiterung des Fernsehwesens erhielt mit dem Bau des Fernsehtechnischen Zentrums "50. Jahrestag des Oktober" in Moskau (1967 bis 1970) weiteren Auftrieb. Die ersten bedeutenden Fernsehfilme wurden anläßlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution gedreht, unter anderem der Film "Chronik eines halben Jahrhunderts", sowie an die 40 Spiel- und Dokumentarfilme über den Begründer der Sowjetunion, stellvertretend dafür etwa "V. I. Lenin. Eine Chronik seines Lebens und seiner Arbeit" oder "An den Plätzen Lenins" aus den Jahren 1969 und 1970.

#### Organisationsform des sowjetischen Fernsehens

1957 wurde das Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der UdSSR gegründet, 1970 wurde es in das Staatliche Allunions-Republiks-Komitee des Ministerrates der UdSSR für Fernsehen und Rundfunk umbenannt. Die Organisationsform des Sowjetischen Fernsehens, das direkt dem Ministerrat der UdSSR unterstellt war, war in zentrale, auf Republiksebene angesiedelte und lokale Fernsehstationen gegliedert. Es gab in der UdSSR keine Rundfunkgebühren, mit dem Kauf eines Fernsehgerätes wurde bereits ein entsprechender Gebührenbeitrag mitentrichtet.

Seit 1961 war die Sowjetunion übrigens Mitglied der internationalen Organisation Intervision – das Gegenstück der im Westen agierenden Eurovision –, die mit dem Ziel des internationalen Programmaustausches vornehmlich unter den Volksdemokratien gegründet worden war.<sup>29</sup>

#### Die Versorgung der Bevölkerung mit Fernsehen™

Anfang der 60er lahre entwickelte sich das sowietische Fernsehen zu einem das gesamte Unionsterritorium betreffenden Faktor: 1960 gab es bereits 103 Fernsehzentren und mehr als 200 Kleinsendeanlagen, die mehr als 75 Mio. Menschen in der UdSSR mit Fernsehprogrammen versorgten – bei einer Gesamtbevölkerung von rund 209 Mio. Sowjetbürgern<sup>31</sup>. An die 4,8 Mio. Fernsehgeräte zählte man bereits unter der Bevölkerung. Die durchschnittliche tägliche Gesamtsendeleistung lag bei 276,5 Stunden. In den 60er Jahren nahm die Anzahl der großen Fernsehzentren, Relaisstationen und Sendeanlagen langsam aber stetig zu, mit kleinen Rückschritten etwa Mitte der 60er Jahre, als der weitere Ausbau an großen Fernsehzentren stagnierte. Ende 1967 waren schließlich 125 Fernsehzentren und 95 große Fernschrelaisstationen bei einer Gesamtzahl von 920 Fernsehstationen in Betrieb. 22.9 Mio. Fernsehgeräte standen der Bevölkerung 1967 zur Verfügung.

Mitte der 70er Jahre versorgten 127 Fernschzentren bereits drei Viertel der Bevölkerung der UdSSR mit Fernsehprogrammen, das Gesamtsendevolumen lag bei mehr als 1900 Stunden täglich. Mehr als 1550 Sendeanlagen sorgten für den terrestrischen Fernsehempfang, auf dem Gebiet der Satelliten-Fernsehübertragung kamen neue "Orbita"-Empfangsstationen hinzu. In der Bevölkerung waren 1975 rund 60 Mio. Fernsehgeräte abgesetzt, darunter mehr als eine Mio. Farbfernseher, im Durchschnitt kamen 98 TV-Apparate auf 100 Familien.

In den 80er Jahren mußten einige große Fernschzentren in der Sowjetunion geschlossen werden. Mitte der 80er Jahre gestalteten nur noch 115 Fernsehzentren das Programm in 45 Sprachen der Unionsvölker, das von 93 Prozent der Bevölkerung gesehen werden konnte. Immerhin 83 Prozent der Zuseher konnten aus mindestens zwei oder mehreren Fernschprogrammen wählen.

Für die Jahre 1987 bis 1989 wird die Prozentzahl der sowjetischen Fernschteilnehmer mit je 85

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Anm.: Eine genaue Darstellung des Programmaustausches innerhalb der Intervision geben das "Internationale Handbuch für Rundfunk und Fernsehen" und die Ausgaben von "Rundfunk und Fernsehen" der "Organisation Internationale de Radiodiffusion et Télévision" (OIRT) der jeweiligen Jahre.

Die Statistiken stammen, wenn nicht anders angegeben, aus dem "Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie"

<sup>(</sup>Ezegodnik Bol'šoj Sovetskoj Énciklopedii) des jeweiligen Nachfolgejahres. Die Darstellung kann aufgrund der Fülle an Material und Faktoren nur bruchstückhaft erfolgen, auf eine Beschreibung des Ausbaus des Satellitenfernsehens in der Sowjetunion kann nur peripher eingegangen werden.

Anm.: Für das Jahr 1959 gibt das Jahrbuch der BSE die Gesamtbevölkerung der Sowjetunion mit 208,8 Mio. Menschen an, für das Jahr 1962 mit 219,7 Mio.

angegeben, was acht Prozent weniger als 1986 bedeutet. Das Programm wurde von 117 Fernsehzentren in 45 Sprachen der Völker der UdSSR geliefert.32 Erklärungen für die gesunkene Teilnehmerzahl liefert das Jahrbuch der BSE nicht, das in seinen jährlichen Ausgaben auch keinerlei Vergleiche mit den Vorjahren anstellt, sondern nur absolute Daten für das jeweilige Jahr angibt. Mögliche technische Rückschritte im Ausbau oder neue - genauere, sprich realistischere -Berechnungen mit exakteren Kategorien des Fernschempfangs könnten die Gründe dafür sein. Lutz P. Michel sieht die Ursachen für die Stagnierung der Entwicklung des Republiks- und Lokalfernsehens in der "in vielen Fällen unzureichenden personellen und technischen Ausstattung".33

#### Farbfernsehen in der Sowjetunion<sup>34</sup>

as erste Farbfernsehversuchsprogramm wurde in Moskau bereits im Jahre 1954 ausgestrahlt. Das Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie aus dem Jahre 1962 listet eine Tabelle der zu der Zeit gängigen Fernsehapparate auf, von denen zwei Gerätetypen das Programm neben schwarz-weiß gleichzeitig auch in Farbe ausstrahlen konnten. Es sind dies die Apparate "Temp-22" ("Tempo") und – nomen est omen – "Raduga" (zu deutsch "Regenbogen"), die mit Abmessungen von 745 x 1025 x 640 mm und einem Eigengewicht von nicht weniger als 65 Kilogramm nicht gerade als handlich zu bezeichnen sind. Mit einer Bildfläche von 490 x 380 mm bzw. 485 x 360 mm und einer Anzahl von zwei bzw. drei Lautsprechern liegen die beiden Geräte qualitativ über den anderen gängigen Schwarz-Weiß-Modellen.

In welchem Ausmaß die beiden farbfernsehtauglichen Modelle bereits in der Bevölkerung verbreitet waren, und wie hoch der durchschnittliche Anschaffungspreis lag, darüber werden im Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie keine Angaben gemacht. Es könnte durchaus sein, daß sie vorerst nur der Nutzung in Industrie und Wissenschaft dienten. Angesichts ihrer beeindruckenden Ausmaße und der herrschenden Platznot in

sowjetischen Wohnungen haben die beiden Modelle wohl eher langsam Einzug in die Wohnund Schlafzimmer der Sowjets gehalten.<sup>35</sup>

1966 gelang die erste Übertragung eines Farbfernsehprogramms von Paris nach Moskau, ein Jahr später wurden Übertragungen in Farbe regelmäßig ausgestrahlt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Farbfernsehprogrammen betraf allerdings ausschließlich urbane Zentren.

So war 1974 der Empfang von Farbfernschsendungen aus Moskau in 120 Städten möglich, die Versorgung der ländlichen Gegenden war allerdings kein Thema. Neben Moskau wurde in den Städten Leningrad, Kiev, Taškent, Tbilisi, Erevan, Baku und Tallinn Farbfernsehen vorbereitet. Erstmals Farbfernsehsendungen durchgeführt wurden im Jahre 1974 in Minsk, Kišinev, Volgograd und Riga. Von den 55 Mio. Fernsehapparaten in der Bevölkerung waren laut Jahrbuch der BSE "mehr als 500.000 Farbfernsehgeräte", d.h. nur jeder hundertste Apparat war ein Farbfernseher. Diese Zahl zeigt, daß Mitte der 70er Jahre zwar die technische Voraussetzung für Fernsehempfang möglich, die Verbreitung unter den Fernsehnutzern allerdings noch nicht weit fortgeschritten

Mitte der 70er Jahre wurde der Ausbau für Farbfernschprogramme weiter vorangetrieben, den Hauptanteil der Sendeleistung übernahm dabei mit 76 Prozent das Zentrale Fernsehen in Moskau. Von den 13 Stunden täglichen TV-Angebots des Ersten Programms wurden immerhin zwölfeinhalb in Farbe, von den damals vier Stunden des Zweiten Programms dreieinhalb in Farbe, von den sieben Stunden des Dritten Programms dreineinhalb Stunden und von den fünfeinhalb Stunden des Vierten Programms viereinhalb in Farbe ausgestrahlt. Daraus läßt sich schließen, daß das Farbfernsehen Mitte der 70er Jahre, was das Zentrale Fernschen aus Moskau und nur die Senderebene betrifft, bereits gut entwickelt scheint. Immerhin waren in mehr als 700 Orten der Union die technischen Voraussetzungen dafür gegeben, Farbfernschprogramme zu empfangen. Wieweit allerdings Farbfernschen auf Empfängerebene innerhalb der Bevölkerung und

Anm.: Laut Jahrbuch der BSE des Jahres 1990 lebten 1989 insgesamt 286,7 Mio. Menschen in der Sowjetunion, davon 188,8 Mio. in den Städten, 97,9 Mio. gehörten zur Landbevölkerung. Seit Ende der 50er Jahre nahm die Bevölkerung jährlich um rund ein Prozent zu, wobei eine leichte Landflucht zu beobachten ist. Für die letzten Jahre der Existenz der Sowjetunion 1990 und 1991 liegen keine Daten vor.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Lutz P. Michel: Das Rundfunksystem der Sowjetunion.

In: Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernschen, 1990/91. Baden Baden – Hamburg 1990, S. D216.

Die Angaben stammen vornehmlich aus den Ausgaben des Jahrbuchs der Großen Sowjetenzyklopädie.

Anm.: Die Wohnungsnot blieb bis in die 90er Jahre ein Problem in Rußland. Wohnraum war eng bemessen, die Wohnzimmer waren meist Schlafzimmer und Aufenthaltsraum für die ganze Familie in einem.

besonders in den ländlichen Gebieten definitiv rezipiert wurde, darüber läßt sich nur spekulieren. Das Jahrbuch der BSE gibt dazu keinerlei Auskunft.

Ende 1977 wurde der Wechsel von Schwarz-Weiß-Fernsehen zu Farbfernsehen im Zentralen Fernsehen grundsätzlich abgeschlossen, ab 1978 waren alle Sendungen des Zentralen Fernsehens in Farbe zu sehen. In 48 anderen Fernsehzentren wurden Farbfernschprogramme produziert, mehr als 70 mobile Fernsehstationen im Lande konnten in Farbe senden. Von den 120 programmgestaltenden Fernsehzentren im Jahre 1983 sendeten "mehr als hundert in Farbbildern". Die breite Masse der sowietischen Bevölkerung spürte von diesem technischen Fortschritt offensichtlich allerdings wenig, denn nur rund 15 Mio. Farbfernseher standen 70 Mio. Schwarz-Weiß-Geräten gegenüber.

Für die letzten Jahre der Sowjetunion macht das Jahrbuch der BSE keinerlei Angaben über die

weitere Entwicklung des Farbfernsehwesens. Über die Gründe läßt sich mutmaßen. nur unter Umständen wurde der Übergang vom Schwarz-Weiß- zum Farbfernsehen Mitte der 80er lahre von offiziellen Stellen bereits als abgeschlossen angesehen. Aus der paral-

lelen Zahlenentwicklung von Schwarz-Weißund Farbgeräten läßt sich jedenfalls herauslesen, daß sich das Farbfernsehen in der Sowjetunion trotz früher technischer Entwicklung und Erforschung Mitte der 50er Jahre und teilweise noch früher - erst relativ spät, Ende der 80er Jahre, in der breiten Öffentlichkeit durchsetzte. Die lange Zeit hindurch relativ geringe Anzahl an Farbfernsehgeräten innerhalb der Bevölkerung läßt durchaus darauf schließen, daß auf Empfängerebene Farbfernsehgeräte eher als Luxusgegenstände betrachtet wurden.

#### Die Programme des Zentralen Fernsehens"

Das Erste Programm

Das Erste Programm war auf das gesamte Land ausgerichtet und kombinierte informativ-publizistische sowie künstlerische Sendungen. Die durchschnittliche tägliche Sendeleistung lag bei 13 Stunden. Das Angebot des Ersten Programms beinhaltete Sendungen über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse der UdSSR und des Auslands, über festliche Versammlungen, Demonstrationen und Meetings der Werktätigen, Regierungstreffen und andere bedeutende politische Veranstaltungen sowie Reportagen aus dem Kosmos. Politische Beobachter kommentierten in regelmäßigen Auftritten die aktuellen Ereignisse.

as kulturelle Angebot wurde im Ersten Programm groß geschrieben: Gemeinsam mit künstlerischen Verbänden wurden sogar Autorenabende mit Komponisten organisiert oder Liederfestivals veranstaltet. Einen Hauptteil des Fernsehangebots nahmen Fernseh- und Spielfilme, Übertragungen von Fernschaufführungen, Theaterstücke und Konzerte sowie Unterhaltungsund humoristische Sendungen ein. Das Repertoire umfaßte natürlich auch Kinder- und

lugendsendungen

Die Gestaltung und Ausstrahlung Fernsehprogramms des Zentralen Fern-

sowie Übertragungen von Sportwettkämpfen.

sehens oblag den Sendechefredaktionen (Glavnie veščateľnye redakcii), der Hauptprogrammdirektion (Glavnaja direkcija programm) und dem Fernsehtechnischen Zentrum "50. Jahrestag des Oktober" (Televizionnyj techničeskij zentr im. 50letija Oktjabrja). Die Verantwortlichkeit der Fernsehfilmproduktion lag bei den künstlerischen Abteilungen der Fernsehstudios, als dessen bedeutendste das Studio Ekran ("Fernsehschirm") des Staatlichen Komitees des Ministerrates der UdSSR für Fernsehen und Rundfunk galt, sowie bei großen Filmstudios, die im Auftrag des Zentralen Fernsehens Filme produzier-

Das Erste Programm wurde unter der Programmbezeichnung Vostok ("Osten") unter Berücksichtigung der Zeitzonen via terrestrischer Leitungen in die mittelasiatischen Sowjetrepubliken Usbekistan, Tadšikistan, Kirgisien, Turkmenistan und in einige Gebiete Kasachstans und des Ural mit einem täglichen Programmangebot von 13 Stun-

eine umfassende Darstellung der jahrzehntelangen Entwicklung der einzelnen Programme des Zentralen Fernsehens und des Ausbaus in den Sowjetrepubliken verzichtet.

Das Farbfernsehen

setzte sich in der breiten

Öffentlichkeit erst Ende

der 80er Jahre durch

Mann.: Die Angaben stammen zum überwiegenden Teil aus der 3. Ausgabe der BSE (1976) und wurden mit Fakten aus einzelnen Ausgaben des Jahrbuchs der BSE angereichert. Aufgrund der Fülle an Daten wurde hier auf

den ausgestrahlt. Das Programm *Orbita* setzte sich ebenfalls aus Sendungen des ersten Programms zusammen, wurde allerdings via Satellit in Gebiete Sibiriens, des Fernen Ostens, des Hohen Nordens und in Teile Kasachstans und Mittelasiens ausgestrahlt. Alle Regionalsender, die zwei verschiedene Programme gleichzeitig ausstrahlten, übernahmen das Erste Moskauer Zentralprogramm als zweites Programm.

#### Das Zweite Programm

Das Zweite Programm des Zentralen Fernsehens, das im Februar 1956 seinen Betrieb aufgenommen hatte, galt als "Dokumentations- und Informationskanal" sowie als "Unterhaltungskanal" und wurde im europäischen Teil der UdSSR empfangen. Das Zweite Programm, das es Mitte der 70er Jahre auf eine Sendeleistung von rund sechs Stunden täglich brachte, hatte lokalen Charakter und war auf die Hauptstadt Moskau zugeschnitten. In seinem Sendeangebot beinhaltete es deshalb vor allem Reportagen aus dem Alltagsleben, etwa über sogenannte Bestarbeiter, die in Moskau oder dem Umland von Moskau lebten und arbeiteten, und der Bevölkerung als nachahmenswerte Vorbilder präsentiert wurden.

#### Das Dritte Programm

Das Dritte Programm des Zentralen Fernsehens, das im Jahre 1965 eingeführt wurde, beschreibt die BSE als sogenannten Bildungskanal mit populärwissenschaftlichen und Unterrichts- und bildungsbezogenen Sendungen für Schüler, Hörer von Fachhochschulen und Technika, sowie Studenten und Spezialisten der Volkswirtschaft. Das Programm, das täglich nur etwas mehr als sechs Stunden zu empfangen war, wurde im europäischen Teil der Sowjetunion ausgestrahlt. Die Programminhalte setzten sich aus Themen wie Literatur, Geographie, Geschichte, Grundlagen der sowjetischen Gesetzgebung, Physik und anderen Schwerpunkten zusammen und sollten im Unterricht ebenso wie zu individuellen Bedürfnissen genutzt werden. Als Vortragende der Sendereihen traten Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Lehrer der führenden Hochschulen, Kunstprofessoren und Pädagogen auf.

#### Das Vierte Programm

Mit seinen täglich bloß dreieinhalb Stunden Sendezeit hatte das Vierte Programm den geringsten Stellenwert von allen Kanälen des sowjetischen Fernsehens. In seinen Inhalten widmete es sich vorwiegend den Bereichen Unterhaltung und Sport, darüber hinaus bot es Wiederholungen von künstlerischen Sendungen des Ersten Programms.

#### Das Fernsehen in den Sowjetrepubliken

ie Sowjetunion hatte im Bereich des Ausbaus des Fernsehnetzes ein im wahrsten Sinne des Wortes gewaltiges Problem zu lösen das mit knapp 22 Millionen Quadratkilometern größte Land der Erde rundfunktechnisch zu versorgen, und möglichst vielen seiner rund 260 Millionen Einwohner den ideologisch so wichtigen Zugang zu diesem neuen Massenmedium zu gewährleisten. Das Territorium dieses Riesenreichs, das sich über zehn Zeitzonen erstreckte, wurde in vier Übertragungszonen eingeteilt. Die Sendungen des Zentralen Fernsehens wurden mittels Relaisstationen, Kabel und später via Satellit in die Republiken übertragen, die ihrerseits das Zentrum in Moskau mit lokalen Beiträgen versorgten. Die Fernsehstationen in den Republiken, Bezirken und Verwaltungsgebieten sendeten in der jeweiligen Landessprache. Man muß bedenken, daß in der Sowjetunion mehr als 100 Völker und Stämme mit rund 130 Sprachen lebten. Das Fernsehen mußte dem multinationalen Charakter der sowjetischen Bevölkerung natürlich Rechnung tragen und sendete in rund 40 verschiedenen Sprachen, das Radio sogar in

Im Jahre 1975 setzte sich das Republiks- und lokale Fernsehwesen aus 130 programmgestaltenden Fernsehzentren (78 in der RSFSR<sup>37</sup> und 52 in den anderen Unionsrepubliken) zusammen, deren durchschnittliche Gesamtsendeleistung pro Tag mehr als 2000 Stunden betrug. Mehr als 1800 Sendeanlagen, mehr als 70.000 Kilometer Rundfunkleitungen und rund 70 Satelliten-Empfangsstationen des Systems *Orbita* trugen Mitte der 70er Jahre zur Fernsehversorgung in den Unionsrepubliken bei.

Die Programminhalte setzten sich vorwiegend aus lokalen Materialien zusammen, "die in ihrer

<sup>37</sup> Anm: Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.

Thematik und Struktur mit den Programmen des Zentralen Fernschens koordiniert wurden und diese ergänzten".<sup>38</sup> Dieser Hinweis zeigt deutlich, daß das Programm in der Provinz, fernab vom Zentrum, in seiner Konzeption und in seinem Angebot fest von Moskau aus gesteuert war.

Das Ziel des Ausbaus des sowjetischen Fernsehens war stets ausgerichtet auf die Versorgung des gesamten Staatsgebiets. Aber selbst Mitte der 80er Jahre konnten immer noch fast 30 Millionen Sowjetmenschen keinen Hörfunk und kein Fernsehen empfangen. Und noch einmal soviel Sowjetbürger hatten wegen veralterter Übertragungsstationen oder schlecht funktionierender Endgeräte einen nur eingeschränkten Empfang, wobei vor allem die ländlichen Regionen davon betroffen waren.

#### Resonanz des Publikums

Ein grundlegendes Prinzip des kommunistischen Kommunikationskonzepts war die Einbeziehung des Rezipienten. Die Interessiertheit des Publikums zeigte sich in der ständig wachsenden Zahl an Briefen, die in den Fernsehredaktionen einlangten. Das Zentrale Fernsehen erhielt beispielsweise in den 60er Jahren jährlich ungefähr 100.000 Zusendungen. Im Jahre 1975 langten bereits an die zwei Millionen Briefe beim Zentralen Fernsehen ein. In den Briefen wurden konkrete Vorschläge für einzelne Sendungen gemacht. Inwieweit diese Zusendungen zum Forschungsgegenstand über die öffentliche Meinung in der Sowietunion wurden, ist nicht bekannt. Der Kommunikationswissenschafter Lutz P. Michel bemängelt, daß bislang kaum repräsentative Daten zur Fernsehnutzung in der UdSSR herausgegeben wurden.39 Die angeführten Zahlen müssen selbstverständlich unter einem quellenkritischen Standpunkt gesehen werden: Es muß durchaus davon ausgegangen werden, daß das Fernsehpublikum zum Verfassen von Zuschauerbriefen aufgefordert und angespornt wurde, selbst der Inhalt der Briefe könnte von politischer Seite gesteuert worden sein.

Spezielle Abteilungen in den Fernsehzentren setzten sich mit den Inhalten der Briefe auseinander. um das Fernsehprogramm noch stärker nach den Teilnehmerwünschen auszurichten. Laut der einzigen in der Literatur gefundenen sowjetischen Studie zur Rezipientenforschung aus den späten 70er lahren schenkte der sowietische Durchschnittsrezipient den Printmedien weniger als eine Stunde seiner täglichen Freizeit, während er eineinhalb Stunden pro Tag Radio hörte, und ganze drei Stunden vor dem Fernsehgerät zubrachte. Eine Untersuchung der Abteilung Soziologie der Massenmedien hat ergeben, daß das Fernsehen und vor allem die kulturell-erzieherischen Programme positiv auf die Lektüre von Literatur und auf den Besuch von Theatern wirkte.40

#### Programminhalte des sowjetischen Fernsehens<sup>41</sup>

ie Programminhalte und die Konzeption des Fernsehens in der UdSSR wurden in verschiedenen Verordnungen und Beschlüssen der kommunistischen Partei festgeschrieben, die den Sowjetmenschen beim Aufbau des Kommunismus im Lande unterstützen sollten. Über die zentralen Programmrichtlinien informierte auch das Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie, das die - für die Staats- und Parteiführung bedeutendsten Ereignisse des jeweiligen Jahres als Eckpfeiler der Fernsehinformation definierte. Ähnlich wie in den jeweils aktuellen programmatischen Zielsetzungen der Partei treten auch in den alljährlichen Programmvorgaben für das Fernsehen die zentralen Forderungen der politischen Führung deutlich zutage: die Propagierung des Aufbaus des Kommunismus im Lande, die Vorantreibung der Wirtschaft zur Erfüllung der Fünfjahrpläne, die Darstellung der aktuellen Parteiarbeit und der Parteitage, die Erziehung des Sowjetbürgers im Sinne der kommunistischen Ideologie, die Würdigung der historischen Errungenschaften der UdSSR im Rahmen der großen Jubiläen (Oktoberrevolution, Zweiter Weltkrieg), sowie die geradezu beschwörende Betonung des

<sup>\*\*</sup> BSE, 3. Ausg., 1976, S. 379 [Ežegodnik Bolšoj Sovetskoj Énciklopedii, Izdateľstvo "Boľšaja Sovetskaja Énciklopedija" Moskva 1976].

ygl. Lutz P Michel: Das Rundfunksystem der Sowjetunion. In: Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernsehen 1990/91, Baden Baden – Hamburg 1990, S. D221.

aus: Rudolf Boreckij: Das Rundfunksystem der Sowjetunion. In: Internationales Handbuch für Hörfunk

und Fernsehen 1982/83, Hamburg 1982, S. E95.

Anm.: Die Entwicklung der Programmsparten wird nur fragmentarisch vorgestellt, im Aufsatz berücksichtigt werden nur Informationssendungen, Dokumentationen und Magazine mit informativem, politischem und geschichtlichem Charakter. Der komplexe Bereich der Unterhaltungssendungen, Spielfilme, Kinder- und Sportsendungen muß aufgrund der Fülle an Material ausgeschlossen bleiben.

friedliebenden Charakters der sowjetischen Außenpolitik. Im folgenden sollen diese Programm-Topoi etwas näher vorgestellt und einer kurzen Analyse unterzogen werden.

Tür die Jahre 1974 und 1975 definiert das Fur die Jame 1777 aug. Jahrbuch der BSE als grundlegende Programmrichtlinie "das Aufzeigen des aufopferungsvollen Tuns der Sowjetmenschen bei der Verwirklichung (des vierten Jahres) des neunten Fünfjahrplanes".42 Dieser Schwerpunkt tritt zwar auch in den Jahren davor und danach immer wieder auf, für den hier herausgegriffenen Zeitraum fällt allerdings auf, daß das Jahrbuch in beiden Ausgaben dieselbe Formulierung verwendet (bis auf die Worte "Aufzeigen" statt "Beleuchtung" bzw. "Verwirklichung des vierten Jahres" statt "erfolgreiche Erfüllung"). Als Autor des Kapitels "19. Fernsehen und Rundfunk" scheint beide Male der Name R. Oljunin auf. Das legt die Vermutung nahe, daß sich entweder der Autor wenig

Mühe für seine einzelnen Aufsätze machte und plump die Definition aus dem Vorjahr wiederholte (was allerdings nicht realistisch

Immer wieder waren Sendungen der Erfüllung des wirtschaftlichen Plansolls gewidmet

erscheint, da eine Publikation im Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie sicherlich als ein ehrenvolles Verdienst für einen sowjetischen Wissenschafter galt, und ein entsprechendes Engagement als gegeben hingenommen werden kann), oder die zuständigen Behörden die Programmrichtlinien bis aufs Wort genau vorgaben, und der Autor des entsprechenden Eintrags im Jahrbuch zwangsläufig die Definitionen übernehmen mußte.

Immer wieder waren Sendungen des sowjetischen Fernsehens dem Thema der Erfüllung des wirtschaftlichen Plansolls gewidmet, wie beispielsweise "Auf den Baustellen des Fünfjahrplanes", "Gegenplan in Aktion", "Die ländliche Stunde", die neue Sendereihe "Die Wirtschaft und der Wohlstand des Volkes", die Serie "Suche", "Von ganzem Herzen", "Moskau und die Moskauer", "BAM43 –Trasse der Tapferkeit" oder "Wir – die jungen Herren der Erde".

Über die sogenannten Bestarbeiter (Arbeiter, die ihr Plansoll übererfüllt haben) des sozialistischen

Wettbewerbs und die Vorarbeiter in sowjetischen Betrieben berichtete eigens die bereits bekannte Reihe "Von ganzem Herzen", deren Moderatorin V. N. Leont'eva für diese Sendereihe den Staatspreis der UdSSR des Jahres 1975 erhielt, sowie die Sendungen "Wir bauen die BAM" oder "Die Adressen der Jungen". Derartige Sendereihen hatten die Funktion, neue sowjetische Bestarbeiter vorzustellen und derart die breite Arbeitermasse zu ebensolcher Mehrarbeit anzuspornen. Es ist anzunehmen, daß es unter der sowjetischen Bevölkerung als Ehre angesehen wurde, in Presse und Fernsehen als Bestarbeiter vorgestellt und ausgezeichnet zu werden.

Eine zentrale Aufgabe des sowjetischen Fernsehens war es, das Volk – sprich die einzelnen Sowjetbürger, Werktätigen, "Erbauer des Sozialismus" – nicht nur in den Sendungen anzusprechen und über ihre Taten zu berichten, sondern auch aktiv einzubauen. Die Mitarbeit der Werktätigen am Land und in der Stadt bei der Ver-

wirklichung des Versorgungsprogramms der UdSSR wurde beispielsweise in den Fernsehsendungen "Die ländliche Stunde", "Der Mensch ist der Herr der Erde" sowie in den Dokumentarfilmen "Das Versorgungsprogramm ist eine Sache des ganzen Volkes" und "Die Viehzucht

ist die vorderste Front" thematisiert. Aus moderner westlicher Sicht scheint es befremdlich, daß eigene Sendungen über das Versorgungsprogramm und die Viehzucht in der UdSSR gestaltet wurden. Die konsequente Berichterstattung dar- über hatte aber den simplen Auftrag, die Landarbeiter noch intensiver an ihre Aufgabe der Produktionssteigerung zu erinnern.

Die Versorgung des riesigen Landes und der gesamten Bevölkerung war ein allgegenwärtiges Problem. Anfang der 80er Jahre mußte die sowjetische Führung wohl erkennen, daß die UdSSR im Wettstreit mit der westlichen Welt den Kürzeren zog, es kam immer wieder zu Engpässen in der Versorgung. Das einzugestehen, wäre einer Verleugnung der Allmächtigkeit des sowjetischen Systems gleichgekommen. Indem man nun wieder das sowjetische Volk als entscheidendes Element bei der Realisierung des Versorgungsprogramms einband, konnte die Sowjetführung die Verantwortung auf die Bevöl-

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Siehe Jahrbuch der BSE, 1975; 19. Ausg., S. 101 bzw. 1976, 20. Ausg., S. 98.

<sup>41</sup> Anm.: Abkürzung für Bajkal amur' magistrale', Eisenbahnverbindung zwischen Zentral- und Ostsibirien.

kerung abschieben und diese dazu ermahnen, noch effektiver am Aufbau des Sozialismus zu arbeiten. Als Forum für diese Aktivierung des Volkes fungierten die Nachrichtensendung "Die Zeit", die traditionellen Sendereihen "Die ländliche Stunde", "Die Leninuniversität der Millionen" und "Von ganzem Herzen" sowie die neuen Fernsehreihen "Ehre durch Arbeit", "Was das Kollektiv kann" und "Das wird an Ort und Stelle gelöst".

ls die wichtigsten Inhalte der Fernsehbe-A richterstattung des Jahres 1976 definierte das Jahrbuch der BSE "die Propaganda der Ergebnisse des 25. Parteitages der KPdSU, die Beleuchtung des Allunions-Sozialistischen Wettbewerbs für eine erfolgreiche Erfüllung der volkswirtschaftlichen Pläne und das Aufzeigen des aufopferungsvollen Tuns der Sowjetmenschen im Kampf um Effektivität und Qualität".44 Diese Definition kann als symptomatisch und als "Musterbeispiel" für Fernschprogrammdefinitionen anderer Jahre bezeichnet werden: Wir haben zum einen die Propagierung des 25. Parteitages, der erst vom 24. Februar bis zum 3. März 1976 stattfand - und nicht bereits im Jahre 1975, wie man ob der breiten Fernsehberichterstattung im Vorjahr bereits hätte denken können. Zum anderen haben wir die zentralen kommunistischen Losungen des "unionsweiten sozialistischen Wettbewerbs" und der "erfolgreichen Erfüllung der Fünfjahrpläne", die als Triebfeder den einfachen Arbeiter zur Mehrarbeit beim Aufbau des ersten kommunistischen Staates anspornen sollten. Schließlich taucht das Schlagwort vom "aufopferungsvollen Tun des Sowjetmenschen" auf, das ähnlich wie die zwei eben genannten Losungen dem Arbeiter seine bedeutende Rolle als "Erbauer des Kommunismus" verdeutlichen soll.

"Die Tätigkeit der KPdSU und des gesamten sowjetischen Volkes bei der Verwirklichung der Ergebnisse des 25. Parteitages und der Vorhaben des 10. Fünfjahrplanes"<sup>45</sup> sowie der 26. Parteitag der KPdSU bildeten den Programmschwerpunkt in den Jahren 1980/81. Die Vorbereitung des kommenden Parteitages wurde umfassend in den Nachrichtensendungen "Die Zeit" und "Nachrichten" und in den Sendungen "Dem 26. Parteitag der KPdSU entgegen" und "Dem 26. Parteitag der KPdSU entgegen" und "Dem 26. Partei-

tag der KPdSU - einen würdigen Empfang!" thcmatisiert. Die Sendekonzepte für derartige Programmschwerpunkte waren über die Jahre ähnlich, es machte kaum einen Unterschied, der wievielte Parteitag (der 24., 25., 26. etc.) gerade Thema der Berichterstattung war. Die Eröffnung der Parteitage wurde in der Regel in allen Programmen des Zentralen Fernsehen übertragen, und auch auf die Zuseher in den Bruderländern wurde nicht vergessen. In verschiedenen Sondersendungen und Schwerpunktberichten gab es zum Teil technisch aufwendige Übertragungen nach Polen, Bulgarien, Ungarn, in die DDR, die ČSSR, nach Kuba, in die Mongolei und sogar nach Afghanistan. Über die Arbeit des Parteitages informierten Sondersendungen wie "Tagebuch des 26. Parteitages der KPdSU" und "Auf dem 26. Parteitag der KPdSU", ebenso wurden die Meetings der Parteidelegierten regelmäßig im sowjetischen Fernsehen übertragen. Die Propaganda zu den Ergebnissen des Parteitages übernahmen die Sendungen "Probleme, Suche und Lösungen", "Die Ergebnisse des 26. Parteitages der KPdSU verwirklichen!", "Die Bannerträger des werktätigen Ruhmes" und "Der Fünfjahrplan und das Kollektiv". Allein schon in der Vielzahl der verschiedenen Fernsehsendungen, die alle das Thema des 26. Parteitages der KPdSU zum Inhalt haben, manifestiert sich die zentrale Stellung der Kommunistischen Partei nicht nur als höchste Instanz des politischen Lebens in der Sowjetunion, sondern auch als Objekt der medialen Verherrlichung, dem sich die Fernsehjournalisten und Sendungsverantwortlichen erst unter den Bedingungen von glasnost und perestrojka etwas kritischer nähern durften.

Gleich zwei politische Großereignisse, die nach einer entsprechenden medialen Vorbereitung und Begleitung verlangten, fielen in das Jahr 1977: die Annahme einer neuen Verfassung und der 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution. Diese Themen wurden in den Sendereihen "Tagebuch des sozialistischen Wettbewerbs", "Die ländliche Stunde" und "Von ganzem Herzen" behandelt, sowie in den neuen Sendungen "Die Leninuniversität der Millionen", "Wir diskutieren den Entwurf der Verfassung der UdSSR", "Gespräche über den Entwurf der Verfassung der UdSSR" und "Ratschläge und das Leben"<sup>46</sup>.

<sup>4</sup> Siehe Jahrbuch der BSE, 1977, 21. Ausg., S. 95.

<sup>45</sup> Jahrbuch der BSE, 1981, 25. Ausg., S. 92.

<sup>\*\*</sup> Anm.: Der sowjetische Originaltitel lautet Sovety i žizn'. Das russische Wort sovet (Singular) bzw. sovety (Plural) hat mehrere Bedeutungen: Neben "Ratschlag", "Rat" und "Beratung" meint sovet in der Sowjetunion vor allem

<sup>&</sup>quot;Sowjet" als Organ der Staatsmacht in der UdSSR (vgl. etwa Verchovnij Sovet SSSR bedeutet Oberster Sowjet der UdSSR) oder "Rat" einer politischen oder gesellschaftlichen Institution. D.h. der Sendetitel Sovety i žizn könnte auch mit "Die Sowjets und das Leben" bzw. "Die Räte und das Leben" übersetzt werden.

Die öffentlich abgehandelten und landesweit organisierten Diskussionen über die neue Verfassung der UdSSR sollten den Sowjetbürgern zumindest das Gefühl geben, in die wichtigsten Entscheidungsprozesse des Landes eingebunden zu sein. Das Jahrbuch der BSE unterstrich demnach auch, daß sich eine breite Masse an Fernsehzuschauern in die Diskussion über den Entwurf des neuen Grundgesetzes einbrachte: Von Juni bis September des Jahres 1977 traten an die tausend Menschen in den Programmen des Zentralen Fernsehens auf, und rund 5500 Briefe mit Vorschlägen und Ergänzungen zum Verfassungsentwurf langten bei den Sendern ein. Inwieweit die einzelnen Anregungen aus dem Volk definitiv in die neue Verfassung, die schließlich am 7. Oktober des Jahres 1977 in Kraft trat, einbezogen wurden, kann nicht gesagt werden. Es läßt sich allerdings mutmaßen, daß Ideen und Wünsche seitens des einfachen Bürgers kaum in die Endfassung einflossen, da die heiße Phase der TV-Diskussionen im Sommer und Spätsommer stattfand und bereits im Herbst die neue Verfassung verabschiedet wurde. Die in den Medien zelebrierten Diskussionen erfolgten demnach zu einem Zeitpunkt, zu dem die grobe Endfassung eigentlich schon längst abgeschlossen sein mußte, wenn man bedenkt, wie langsam bürokratische Mühlen mahlen, zumal die sowjetischen.

"Dem 60. Jahrestag des Oktober entgegen" hieß das Motto bereits 1976, ein Jahr vor dem eigentlichen Jubiläum. Unter den damals gestarteten Schwerpunktsendungen erlangte vor allem die Videofilmreihe "Unsere Biographie", eine TV-Geschichtschronik der Sowjetunion von den ersten Tagen ihres Bestehens an, besondere Popularität. Die umfangreich angelegte Dokumentationsreihe wurde bereits ein Jahr vor dem Gedenkjahr gesendet, um das Fernsehpublikum rechtzeitig auf die historische Wichtigkeit dieses Jubiläums rechtzeitig einzustimmen.

Besondere mediale Würdigungen wurden natürlich mit dem Geburtstag des Partei- und Staatsgründers alljährlich verbunden, wobei auch in diesem Fall in mehreren Folgen konzipierte Sendereihen mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf gestartet wurden. So galt als eines der wichtigsten Ereignisse des Programmjahres 1980 der 110. Geburtstag von V. I. Lenin, zu dessen Ehren "die besten Spielfilme des sowjetischen Leninfilmwesens" gezeigt wurden. Das Jahrbuch der BSE nennt als Beispiele die Premieren der Dokumen-

tarfilme "Wir sind die Union des Kampfes", "Lenin und die Zeit" sowie die Sendereihen "Zu Lenin in den Kreml", An den Plätzen Lenins" und "Die Musik in der Familie Ul'janov".<sup>47</sup> In den Sendetiteln wird die Verehrung des "Universalgenies Lenin" spürbar, wenn man sogar in eigenen Fernsehsendungen den Stellenwert der Musik im Hause Lenins ausführlich besprach oder die Orte, an denen der Gründer der Sowjetunion jemals gewirkt hatte, porträtierte.

Ein ebenfalls immer wiederkehrendes Suiet der Fernsehberichterstattung war mit dem "Tag des Sieges," dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbunden, aber auch mit einzelnen kriegsentscheidenden Ereignissen, wie etwa der Schlacht um Stalingrad. Zum 30. Jahrestag des Kriegsendes brachte das Fernsehen die Filme "Gedenken an die Feueriahre", "Dem Gedenken an die Kriegsjahre", die Sendung "Kapitel aus der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges" und den mehrteiligen Dokumentarfilm "Gedenken an den großen Krieg". Der 40. Jahrestag des Sieges der Schlacht um Stalingrad wurde im Jahre 1982 schwerpunktmäßig mit den Sendungen "Heldentat", "Ich diene der Sowjetunion" und "Verband der Frontfreunde" begangen.

ie außenpolitische Berichterstattung des sowjetischen Fernsehens hatte natürlich mit der von der Partei vorgegebenen Leitlinie der Außenpolitik der UdSSR konform zu gehen. Als zentrale Zielrichtung dieser Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs galt die "Verwirklichung des Friedensprogramms" der Sowjetunion. Diese Thematik wurde in den Sendungen "Die Welt des Sozialismus", "Internationales Panorama" sowie in der 1974 neu eingeführten Reihe "9. Studio" behandelt. Den "wichtigsten internationalen Ereignissen des Jahres 1974" sollte eine breit angelegte Berichterstattung zuteil werden, das Jahrbuch der BSE nennt aber nur "allen voran die Reisen von L. I. Brežnev nach Kuba, in die Polnische Volksrepublik, die DDR, die Mongolische Volksrepublik, BRD, Frankreich und in die USA".48 Diese eingeschränkte Darstellungsweise verdeutlicht die Reduzierung dessen, was dem Publikum als "Außenpolitik" verkauft wurde, auf die Reisetätigkeit des Generalsekretärs der KPdSU, wobei selbstverständlich zuerst die sozialistischen Bruderstaaten und erst danach die kapitalistischen Staaten genannt wurden.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Jahrbuch der BSE, 1981, 25. Ausg., S. 92.

<sup>48</sup> Jahrbuch der BSE, 1975, 19. Ausg., S. 101.

Fragen des internationalen Lebens wurden in populären Sendungen wie "Internationales Panorama" und "Die Gemeinschaft" thematisiert, in den Sendereihen "Heute in der Welt" und "9. Studio" kamen sogar außenpolitische Beobachter zu Wort. In den Auslandsmagazinen wurden überwiegend Beiträge über den Alltag in den Bruderstaaten oder in anderen sozialistischen Ländern gezeigt – wie der Titel "Die Gemeinschaft" andeutet – und weniger Beiträge über das kapitalistische Ausland. Auch wenn "außenpolitische Beobachter" ins Studio eingeladen wurden, kamen sie aus dem "befreundeten Ausland", da generell nur linientreu berichtet werden durfte, und die Fernsehmacher nicht das Risiko eingehen konnten, daß ein westlicher Kommentator das sowjetische System kritisieren und die Vorteile des Kapitalismus propagieren könnte, "Über die Situation in den Ländern des Kapitals" hingegen informierten die Sendungen "In der Welt des Business" und "Das Amerika der 70er", die die – negativen - Folgen der kapitalistischen Staatsführung beleuchteten.

Zu einer eigenen Art "Außenpolitik" geriet in Zden sowjetischen Medien die Berichterstattung über internationale Ereignisse, die in der UdSSR stattfanden. Eines der bedeutendsten Ereignisse dieser Art waren die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau. Bereits im Vorfeld der Olympiade zeigte das Zentrale Fernsehen Sondersendungen wie die Sendereihen "Fünf Ringe" oder "Sei gegrüßt, Olympiade". Während der Spiele lief täglich das "Tagebuch der Olympiade", das Reportagen über die wichtigsten Wettkämpfe brachte. Politisch überschattet waren diese Spiele vom Boykott der USA als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Das sowjetische Fernsehen versuchte diesen "Schönheitsfehler" der Spiele durch eine beinahe schon sportlich motivierte technische Kraftanstrengung wettzumachen und schickte laut Jahrbuch der BSE rund 20 Programme täglich in den Äther, die von rund 130 Fernseh- und Rundfunkstationen auf der ganzen Welt in einem durchschnittlichen Umfang von bis zu 500 Stunden ausgestrahlt wurden. Das Zentrale Fernsehen selbst brachte rund 280 Stunden Programm zu den Olympischen Spielen. Der durchschnittliche Umfang der internationalen Fernsehsendungen zu den Spielen betrug mehr als 6000 Stunden, mehr als 1,5 Milliarden Menschen auf der Welt verfolgten die 22. Olympischen Sommerspiele via Fernsehen.<sup>49</sup>

#### Die medialen Folgen des Neuen Denkens

as Fernsehprogramm des Jahres 1986 stand ganz im Zeichen des 27. Parteitages der KPdSU, der vom 25. Februar bis 6. März stattfand und den "Beschluß über die Modernisierung" faßte. Die Errungenschaften des Landes fanden ihre Thematisierung in den Sendungen "Dem 27. Parteitag der KPdSU entgegen", "Womit wir zum Parteitag gehen" und "Dem Wort folgt die Tat". Die Nachrichtensendungen Vremja und Novosti sowie die Sondersendungen "Auf dem 27. Parteitag der KPdSU" und "Tagebuch des 27. Parteitages der KPdSU" brachten ausführliche Reportagen über den Fortgang des Parteitages. Im Laufe des Jahres wurden viele Treffen mit Delegierten des 27. Parteitages der KPdSU veranstaltet, über die das sowjetische Fernsehen berichtete. Das Jahrbuch der BSE vermeldete mit Stolz, daß mehr als zwei Milliarden Menschen im Verbund der Intervision und Eurovision die Arbeit des Parteitages via Fernsehen verfolgten. Die Verwirklichung des Parteiprogramms wurde in den Sendungen "Die ländliche Stunde", "Probleme, Suche, Lösungen", "Beschleunigung", "Das wird an Ort und Stelle gelöst" und "Wissenschaft und Leben" thematisiert.50

Aktuelle Probleme im Alltag des Landes und "die Teilnahme der Sowjetmenschen bei der Lösungsfindung volkswirtschaftlicher Aufgaben"st wurden in den neuen Sendeleisten "Arbeiterversammlung" und "Gespräch zur Sache" behandelt. In den neuen Sendereihen "Für alle und jeden", "Nüchternheit ist die Norm des Lebens", "Unser Haus" und "Elterntag ist Samstag" sowie in der Dokumentarserie "Kontrollarbeit für Erwachsene" wurden die Herausarbeitung von moralischen Standpunkten und die sittlichen Wertvorstellungen des modernen Sowjetmenschen diskutiert. Diese neuen Lebenshilfesendungen verdienen größere Beachtung, da Probleme wie Alkoholmißbrauch oder moralischer Verfall innerhalb der Bevölkerung bis dahin von offizieller Seite verschwiegen wurden. Die neuen Fernsehsendungen zeigen das Umdenken in der Sowjetfüh-

<sup>49</sup> Jahrbuch der BSE, 1981, 25. Ausg., S. 93.

<sup>50</sup> ebd.

rung in Richtung eines transparenteren Umgangs mit den sozialen Unzulänglichkeiten des Landes. Zu einem exemplarischen Modellfall für den vermehrt gesuchten Dialog mit dem Zuschauer zu aktuellen Problemen des alltäglichen Lebens wurde die neue Live-Sendung "12. Stock".

"Die friedliche Initiative der Sowjetunion, die auf die Abwendung der Gefahr eines atomaren Krieges ausgerichtet ist, der Abbruch der Aufrüstung und aller Atomversuche sowie die Nichtzulassung der Militarisierung des Weltalls"52 bestimmten die Programminhalte von "Internationales Panorama", "9. Studio" und "Die Kamera blickt in die Welt". Die verstärkte Berichterstattung über den "Kampf gegen atomare Aufrüstung" und die Betonung der friedfertigen Positionen der Sowjetunion kann sicherlich als eine mediale Konsequenz der Atomkatastrophe von Černobyl vom 26. April 1986 verstanden werden, die tagelang von den sowjetischen Medien verheimlicht worden war. Hinweise über die Explosion im ukrainischen Kernkraftwerk und das anfängliche mediale Negieren sucht man in den offiziellen Quellen aber vergebens. Hingegen vermeldet das Jahrbuch der BSE, daß das Zentrale Fernsehen die Erklärung von M. S. Gorbačev übertrug, in der er das "historische Programm zur etappenweisen Vernichtung der Atomwaffen" vorbrachte.

Ein medialer Höhepunkt des Jahres 1986 war Sicherlich das Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und seinem sowjetischen Amtskollegen Michail Gorbačev in der isländischen Hauptstadt im Oktober. Die Pressekonferenz aus Reykjavik und die Rede des Generalsekretärs zu den Ergebnissen des sowjetisch-amerikanischen Treffens wurden im sowjetischen Fernsehen gebracht.

Eine Neuigkeit in der Berichterstattung stellen auch die Übertragungen von Pressekonferenzen zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik aus dem Pressezentrum des Außenministeriums der UdSSR im sowjetischen Fernsehen dar, was einen gewissen Live-Charakter suggeriert. Zweifellos wurden die Pressekonferenzen aber nicht direkt, sondern aufgezeichnet und geschnitten im Fernsehen übertragen.

"Der friedliebenden Außenpolitik der UdSSR" wurde ab 1984 eine neue Sendung mit moderner Übertragungsart gewidmet, ",Fernsehbrücke' Moskau – Washington", eine Live-Diskussion sowjetischer und amerikanischer Wissenschafter zu Problemen des Kampfes gegen atomare Aufrüstung. Diese neue Sendung verdient großes Interesse, da erstmals in der Literatur der Begriff des Live-Charakters im Fernsehen angesprochen wird. Bislang paßten Livesendungen ob ihrer "Unberechenbarkeit" nicht in das kommunikationspolitische Konzept der Sowjetführung. Die sich andeutende Umgestaltung des politischen Systems innerhalb der UdSSR und des daraus resultierenden geänderten Umgangs der Sowjetunion mit dem Westen, machten eine Neudefinierung nötig: Satellitendiskussionen mit dem ehemaligen - Feind USA deuten den Umbruch in der sowjetischen Medienpolitik an. In den Folgejahren wurden die "Fernsehbrücken" mit unzähligen Städten auf der ganzen Welt fortgeführt, im Jahre 1987 wurden bereits insgesamt 41 derartige Fernsehbrücken, "die den Effekt des lebendigen Umgangs schufen"53, inszeniert. Das neue Programmgenre kann sicherlich als ein weiteres Zeichen des sich abzeichnenden fundamentalen Wandels im politischen System der Sowjetunion gewertet werden, wenn sogar das Jahrbuch der BSE schreibt, daß sie "der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens zwischen den Menschen verschiedener Staaten" dienten.

Als wichtigstes Wirkungsfeld von Rundfunk und Fernsehen im Jahr 1987 nennt das Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie "die aktive Propaganda der von der Partei verfolgten Linie zur Vertiefung des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft".54 Glasnost' und perestrojka erfassten damit schließlich auch die Medien, was nun auch erstmals mehr oder weniger deutlich artikuliert wurde: "Ereignisse und Fakten wurden gezeigt, die mit dem revolutionären Wechsel in unserem Land verbunden sind."55 Dieser lapidare Satz aus dem Jahrbuch der BSE markiert nicht mehr und nicht weniger den Auftakt zur grundlegenden Neuorientierung der sowjetischen Medienpolitik. Aus dieser Zeit stammt auch die Tradition des "lebendigen Bildschirms", die dem sowjetischen Fernsehen mehr Unmittelbarkeit in Form von Publikumsdiskussionen und Expertendebatten brachte. Rund 40 neue Sendereihen wurden ins Leben gerufen, darunter "Scheinwerfer der Perestrojka", "90 Minuten" (seit 1988 "120 Minuten"), "Bei uns in Ostankino", "Vor und nach Mitternacht", "Position" oder "Pro und

<sup>52</sup> s. ebd.

<sup>33</sup> Jahrbuch der BSE, 1988, 32. Ausg., S. 96.

<sup>54</sup> s. ebd.

<sup>55</sup> ebd.

kontra". Diese Programme vermitteln einen gewandelten Fernschbegriff, indem sie erstmals freie bzw. freiere Diskussion und die Vertretung nichtkonformer Meinungen ermöglichten.

Die Demokratisierungsprozesse, die das wirtschaftliche politische, geistige und kulturelle Leben des Landes betrafen, wurden im Zentralen Fernsehen 1988 umfassend thematisiert. Die 19. Allunions-Parteikonferenz, die vom 18. Juni bis 1. Juli tagte und das Konzept der glasnost' schließlich beschloß, stand im Zentrum der Fernsehberichterstattung. Das Jahrbuch der BSE vermeldet, daß die Sowjetmenschen die Rede von M. S. Gorbačev, "Über den Fortgang der Realisierung der Ergebnisse des 27. Parteitages der KPdSU und über die Aufgaben zur Intensivierung der Perestrojka" via Fernsehen verfolgen konnten. <sup>56</sup> Die Ausweitung von Demokratie, Transparenz und Pluralismus spiegelte sich in fol-

genden Sendungen wider: "Auf dem Kurs der 19. Allunions-Parteikonferenz", "Dialog", "Lernen wir Demokratie" und "Philosophische Gespräche". Fernsehreportagen von den Sitzungen des Präsidiums des Obersten Sowjet und des Ministerrates der UdSSR sollten die

praktische Umsetzung der Demokratisierungsbestrebungen dokumentieren. Die Fernsehzuschauer bekamen erstmals das (trügerische) Gefühl vermittelt, sie seien Zeugen der aktuellen politischen Entscheidungsprozesse. In der TV-Sendung "Position", in unzähligen Gesprächen und Treffen, konnten offen Fragen der internationalen Beziehung diskutiert werden.

Als Novum kann gewertet werden, daß das sowjetische Fernsehen der Aufarbeitung der historischen Vergangenheit des Landes große Aufmerksamkeit widmete. So wurden die Dokumentarfilme "Risiko I" und "Risiko II", "Zeit der Hoffnung" und "Säuberung", "die eine Wiederherstellung der historischen Wahrheit gewährleisteten"<sup>57</sup>, im Fernsehen ausgestrahlt.

Das Programmvolumen, das den wirtschaftlichen Problemen des Landes gewidmet war, wurde im Fernsehjahr 1988 bedeutend vergrößert. In den Sendereihen "Stufen", "Selbstporträt", "Die ländliche Stunde", "Land und Leute" wurden Fragen der Wirtschaft, Eigenfinanzierung, Preisbildung und Kooperation erörtert – Themen, die den all-

gemeinen Aufbruch zu einer liberaleren Marktwirtschaft spürbar machen. Eine Novität in den Fernsehinhalten stellte auch die Berichterstattung über ökologische Probleme dar, die bislang tabuisiert wurden. Als konkrete Beispiele sind die Magazine "Scheinwerfer der Perestrojka" und "Signal" zu nennen, die sich unter anderem mit dem Umweltschutz am Schwarzen Meer und rund um den Aralsee befaßten und die "gegen den unüberlegten Bau von ökologisch schädlichen Unternehmen nicht nur einmal auftraten".58 Den Fragen des Rechtsschutzes, die bislang kaum offen diskutiert werden konnten, waren die Sendung "Mensch und Gesetz" sowie das neue, aus mehreren Fernsehreihen bestehende Magazin "Handelnde Personen" gewidmet. Zu einem weiteren neuen Programminhalt im sowjetischen Fernsehen wurde das Thema "Barmherzigkeit", wie es offiziell im Jahrbuch der BSE tituliert wurde59: Erstmals wurden Notleidende, Waisen-

> kinder oder von Einsamkeit und sozialer Isolation betroffene Menschen zum Inhalt sowjetischer Fernsehberichterstattung gemacht. Als Forum

dafür dienten die Sendungen "Ansicht" und "Jugend". Bis dahin waren diese Themen ausschließlich Sujets über die Ausbeutung der Menschen im Kapitalismus gewesen.

Auch Unglücke und Naturkatastrophen passierten in der Sowjetunion plötzlich nicht weniger oft als in der übrigen Welt, aber auch daran mußten sich die Fernsehkonsumenten erst allmählich gewöhnen. Einen traurigen Anlaß dazu bot das verheerende Erdbeben in Armenien. Über die Aufräumungsarbeiten, die Folgen für die Bevölkerung und die geleistete Hilfe – auch aus dem Ausland – wurde lang und breit in Funk und Fernsehen berichtet.

Die Enttabuisierungsbestrebungen im sowjetischen Fernsehen machten konsequenterweise auch vor dem Thema Religion nicht Halt. Die freie Religionsausübung war seit Lenins Zeiten verboten, die russisch-orthodoxe Kirche war jahrzehntelangen Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Aus Anlaß der Christianisierung Rußlands vor tausend Jahren schenkte das Fernsehen der Vorbereitung und Durchführung der Jubiläumsfeier-

Die Demokratisierungs-

**7entralen Fernsehen 1988** 

umfassend thematisiert

prozesse wurden im

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Jahrbuch der BSE, 1989, 33. Ausg., S. 99.

<sup>57</sup> chd.

<sup>™</sup> cbd.

<sup>59</sup> ebd.

lichkeiten große Aufmerksamkeit. Daneben sollten spezielle Programme und Dokumentationen die Bevölkerung mit den geistigen und religiösen Ursprüngen der russischen Kultur bekanntmachen.

Das Zentrale Fernschen berichtete, wie auch das Fernsehen auf Republiks-, Rayons- und Gebietsebene, 1989 ausführlich über den Wahlkampf zu den Wahlen zum 1. Kongreß der Volksdeputierten. Dazu gehörte auch, daß die Zuschauer über die zur Wahl stehenden Kandidaten und ihre Programme informiert wurden und so erstmals auch eine lebendige Idee von politischem Pluralismus vermittelt bekamen. Auf besonderes Interesse seitens des Fernschpublikums stießen dabei die Wahlkampfdebatten der Kandidaten zum Volksdeputiertenkongreß, die vom Moskauer und Leningrader Fernsehen organisiert wurden. Im Zuge dieser Wahlkampfberichterstattung erweiterte das sowjetische Fernsehen seine Informationssendungen, insbesondere wurden die Ausgaben der Nachrichtensendung Vremja auf drei Sendungen pro Tag ausgedehnt.

ngesichts dieser verstärkten Publikumsnach-🕽 frage nach Informationssendungen zum Thema Politik gegen Ende der 80er Jahre ortet auch das Jahrbuch der BSE die Übertragung von Sitzungen des Volksdeputiertenkongresses und des Obersten Sowjet der UdSSR als "zentralen Platz von Rundfunk und Fernsehen", und nicht wie all die Jahre zuvor die offiziöse Berichterstattung über Parteitage der KPdSU oder den Fortgang der Umsetzung des Fünfjahrplanes. In der Folge wurden beinahe alle Sitzungen, entweder live oder mittels Aufzeichnung im Ersten und Zweiten unionsweiten Fernschprogramm übertragen. Im Rahmen der Berichterstattung dieser Sitzungen wurden sogenannte "Tagebücher" und Reportagen gesendet, die von einer eigens eingerichteten Parlamentsredaktion gestaltet wurden.

Der weitere Umbau von Partei und Staat führte zu einer noch intensiveren Zusammenarbeit mit den Medien, wobei diese sich merklich von ideologischen Vorgaben und parteipolitischen Notwendigkeiten zu emanzipieren begannen. So veröffentlichte etwa die Presse den Entwurf der Plattform "Die nationale Politik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen" des ZK der KPdSU, der sowohl innerhalb der politischen Elite wie auch unter den Bürgern Diskussionen hervorrief. Das Zentrale Fernsehen führte daraufhin sogar eine Sonderreihe mit dem Titel "Wir diskutieren den Entwurf der Plattform der KPdSU" ins Sendeschema ein. Allein der Titel dieser Sendung versprach Revolutionäres: Erstmals waren damit auch konkrete politische Vorhaben der sakrosankten Parteigremien keine unumstößlichen Glaubenswahrheiten mehr, sondern Gegenstand im (fast) freien Wettbewerb der politischen Ideen. Vordringliche Fragen zur Grundorganisation der Partei wurden in den TV-Reihen "Parteikomitee und Perestroika" und "Das Parteikomitee heute" diskutiert, "Große Resonanz beim Fernsehpublikum" – wie das Jahrbuch der BSE 1990 berichtet<sup>60</sup> – rief der neu gegründete Zyklus "Dialoge über die Partei" hervor, in dem auf Basis von historischen Retrospektiven die aktuelle Situation der Partei sowie konkrete Angelegenheiten des Kommunismus besprochen wurden. In der ebenfalls neu gegründeten Fernsehreihe "Das aktuelle Interview" stellte sich die Führung der Partei und der Regierung der öffentlichen Diskussion. Die Vielzahl an derartigen politischen Sendungen macht deutlich, an welche Grenzen die geänderte Informationspolitik ging: Das sowjetische Fernsehen berichtete nicht nur über Tabus wie Naturkatastrophen oder soziale Not in der UdSSR, sondern bot zahlreiche Foren, in denen die "letzte Bastion" der Sowjetunion, die allmächtige KPdSU, zur Zielscheibe immer unverhohlenerer öffentlicher Kritik wurde, und das Einparteiensystem an sich in Frage gestellt wurde. Diese bemerkenswerte Entwicklung war aber paradoxerweise nur mit Hilfe ebendieser KPdSU unter der Führung von Generalsekretär Michail Gorbačev möglich.

Eine Personalisierung der Berichterstattung, wie im Westen üblich, war in der Sowjetunion die längste Zeit über nicht existent gewesen. Was zählte, war die Vermittlung von "objektiven" Wahrheiten und Grundsätzen, die Rolle von Berichterstattern und Moderatoren war die des anonymen Herolds. Mit der großen thematischen Öffnung des Rundfunk- und Fernsehwesens änderte sich auch dieses Grundmuster. Nach und nach entwickelte sich eine Art Personalisierung auch im sowjetischen Fernsehen, das bald schon seine eigenen Nachrichtenstars hervorbrachte, wie die Beispiele von L. A. Voznesenskij

Jahrbuch der BSE, 1990, 34. Ausg., S. 96. Für das Jahr 1991 liegt keine Ausgabe des Jahrbuchs der BSE vor. Die

<sup>34.</sup> Ausgabe scheint die letzte zu sein.

mit seiner Sendung "Perestrojka: Probleme und Lösungen" und V. P. Beketov mit "Gespräch zur Sache" zeigten. Mit ihren populären Magazinen boten sie den Zusehern zu Hause und im Studio die Gelegenheit, Fragen der sozialen Versorgung, des Gesundheitswesens, der Demokratie und des Rechtswesens – zum Teil kontroversiell – zu diskutieren. Das Attribut "berühmte Journalisten"", mit dem das Jahrbuch der BSE die beiden Moderatoren bedenkt, darf als kleine Sensation gewertet werden und ist doch nur ein Zugeständnis an die Funktionsweisen von Fernsehen als modernem Massenmedium.

Mit der Darstellung des Themas Kriminalität fiel ein weiteres Tabu der sowjetischen Berichterstattung. Informationssendungen, aber auch neue TV-Reihen wie "Aus den Berichten des MVD62" und "Das MVD teilt mit" befriedigten mit mehr oder weniger spektakulären Mitteln die Sensationslust der Fernsehkonsumenten. Mitarbeiter von Polizei und Sicherheitsorganen stellten sich den Fragen der Fernsehjournalisten und wurden bei ihrer teilweise lebensgefährlichen Arbeit porträtiert. In der Rechtsberatungsendung "Mensch und Gesetz" wurde über Methoden zur Ausmerzung des organisierten Verbrechens und der Schattenwirtschaft sowie über die "Enthüllung korrupter Elemente und der Mafia"63 berichtet. Ungewohnt und neuartig in der sowjetischen Programmgestaltung ist die Tendenz zu Esoterik, Außerirdischem und Übersinnlichem. Diesem populären Themengebiet widmete das Zentrale wie auch das Republiksfernsehen eine Reihe verschiedener Sendungen. Als Beispiel nennt das Jahrbuch der BSE eine Esoterik-Veranstaltung mit dem Psychotherapeuten A. Kašpirovskij aus dem Konzertstudio von Ostankino, die im Fernsehen übertragen wurde. Sendungen über alternative Heilmethoden fanden ebenso Eingang ins Fernsehprogramm.

Anhand der angeführten Beispiele werden die aufgrund der Politik von glasnost' und perestrojka initiierten Änderungen in der Programmkonzeption Mitte und Ende der 80er Jahre evident: Das Fernsehprogramm wird vielseitiger, ehemalige Tabuthemen wie Kriminalität, Religion oder Esoterik werden aufgegriffen, die im Fernschen dargestellte Beziehung zum Westen erfährt eine grundlegende Neudefinierung. Lutz P. Michel faßt als charakteristische Neuerungen für diesen Zeitraum den "Übergang vom Monolog zum Dialog mit dem Zuschauer", den "Übergang von der aufgezeichneten zur Live-Sendung", die "Erhöhung der Aktualität" der ausgestrahlten Sendungen sowie eine gewisse "Enttabuisierung von Themen" zusammen.64

er ökonomische Faktor entwickelte im sowjetischen Fernsehen keine Triebkraft, das heißt, das Bestreben, mit dem Fernsehen Geld zu verdienen (wie im kapitalistischen System), war nicht vorhanden. Werbung kam erst Ende der 80er Jahre ins Fernsehen, wobei in den dabei verwendeten Sujets eine absatzfördernde Intention in bezug auf das beworbene Produkt vordergründig nicht zu erkennen war. Während der wirtschaftliche Aspekt also praktisch keine Rolle spielte, war natürlich der politische Aspekt um so größer. Erstmals 1989 spricht das Jahrbuch der BSE die Fernseh- und Rundfunkwerbung an, wobei die Ausführung etwas lapidar ausfällt: "Viele Informationsprogramme begannen, ihren Sendungen Werbeeinschaltungen beizufügen."65 Mit dem Hinweis, daß "seit dem 1. November (von 7.00 früh bis 18.30 abends) der regionale Moskauer kommerzielle Informations- und Werbe-TV-Kanal ,2 x 2" seinen Sendebetrieb aufnahm, erschöpft sich die Darstellung über das regionale kommerzielle Fernsehen der Sowjetunion im Jahrbuch der Großen Sowjetenzyklopädie.

Mag. Ruth STIFTER (1972)

Dissertantin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

Mitarbeiterin des ORF-Archivs.

<sup>6</sup> Jahrbuch der BSE, 1990, 34. Ausg., S. 96.

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Anm.: Innenministerium.

Jahrbuch der BSE, 1990, 34. Ausg., S. 96.

Lutz P Michel: Das Rundfunksystem der Sowjetunion.

In: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1990/91. Baden Baden – Hamburg 1990, S. D219.

<sup>65</sup> s. Jahrbuch der BSE, 1990, S. 97.

## "...von der Loslösung der Nachrichtenstelle aus dem rein staatlichen Charakter..."

Die Gründung der Austria Presse Agentur<sup>1</sup>

#### Edith Dörfler/Wolfgang Pensold

Als sich der Zweite Weltkrieg seinem Ende nähert, die Kämpfe aber örtlich noch andauern, erscheint in Wien die Zeitung Neues Österreich. An dem Blatt, das am 23. April 1945 erstmals herausgebracht wird, arbeiten Redakteure aus den "drei demokratischen Parteien" SPÖ, ÖVP und KPÖ. Die Idee zu einer solchen überparteilichen Zeitung entstand laut Edmund Weber, dem ehemaligen Leiter der ständestaatlichen Amtlichen Nachrichtenstelle, im Konzentrationslager - die Idee einer "Zeitung von morgen, von der Zeitung des neuen Österreich": "Wir haben uns damals das Wort gegeben, über alle Parteiunterschiede hinweg Österreich voranzustellen."2 Die überparteiliche Harmonie hält jedoch nur wenige Monate. Am 27. Juni 1945 gründen die drei provisorischen Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und KPÖ ein gemeinsames Presse-Komitee, um bei den Besatzungsmächten die Wiederzulassung der Parteizeitungen zu erwirken.3 Nachdem die Besatzer die dafür nötigen Papierkontingente im Verhältnis 1:1:1 für die SPÖ, die ÖVP und die KPÖ sowie entsprechende Druckereikapazitäten freigeben,4 verkündet die Regierung am 5. August 1945 per Plakat, daß ab sofort zur "weiteren Entfaltung der Demokratie in unserem vom Nazismus befreiten Lande"5 wieder Parteizeitungen erscheinen werden. Die SPÖ gründet in Wien die Arbeiter-Zeitung; deren Chefredakteur wird Oscar Pollak, der als einer der ersten aus der Emigration aus Großbritannien zurückkehrt. Von Edmund Weber wird das

neue Blatt der ÖVP, das Kleine Volksblatt, herausgegeben: Chefredakteur wird Leopold Husinsky. Die KPÖ gründet die Österreichische Volksstimme. als Chefredakteur fungiert Erwin Zucker-Schilling.<sup>6</sup> Die Zeitungen der drei Regierungsparteien stehen, so heißt es, im Dienst "der moralischen und wirtschaftlichen Wiedergeburt unserer Heimat", im Dienst einer "wirklichen Demokratisierung" des neuen Staates und des öffentlichen Lebens, sowie im Dienst "der Ausmerzung aller Überreste des Faschismus in unserem Lande." Sie sollen "gegen den alten Parteihader wirken, der das Volk zersplittert hat" und "der Mobilisierung aller demokratischen Volkskräfte und der öffentlichen Meinung für den Gedanken der demokratischen Einigung dienen."7 Der nationalen Aussöhnung verpflichtet, übernehmen die Parteiblätter die überkommene Rolle der Regierungspresse, wenn auch mit einem gewissen innenpluralistischen Anstrich. Einmal mehr soll in Österreich Demokratisierung von oben erfolgen.

Mit dem Wiedererscheinen der Parteizeitungen nimmt am 2. August 1945 auch die offizielle Nachrichtendrehscheibe der Zwischenkriegszeit, die Amtliche Nachrichtenstelle, ihre Tätigkeit wieder auf.\* Ihre Wiederbelebung verdankt sie dem "Opferstatus", der Österreich von den Alliierten in der Moskauer Deklaration zugesprochen wurde. Dem "befreiten" Land wird eine landeseigene Nachrichtenagentur zugebilligt, die neben den besatzereigenen Nachrichtendiensten arbeiten

Dieser Aufsatz entstand im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojekts, das vom Geschäftsführer der Austria Presse Agentur Dr. Wolfgang Vyslozil initiiert und von der Austria Presse Agentur finanziert wurde. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus einem Buch mit dem Titel Die Macht der Nachricht. Nachrichtenagenturen in Österreich, das 2001 erscheinen wird.

Edmund Weber: Presse, Kunst und Schule im neuen Österreich, ÖVP-Pressedienst, 20. November 1945.

S. Sonja Wenger: Der "Verband Österreichischer Zeitungsberausgeber" 1945 – 1955. Sozialpartnerschaftliche Medienpolitik am Beginn der Zweiten Republik, Wien 1993, S. 31.

Willi Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, Wien 1966, S. 53.

zit. n. Wilhelm Döhne: Presse- und Nachrichtenpolitik in

Österreich von der ersten bis zur zweiten Republik (1918 – 1946), phil. Diss., Wien 1947, S. 98.

b The Development of the Vienna Daily Press, 22 April to 1 September 1945; in: Oliver Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung, Wien – Köln – Graz 1985, S. 314 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> zit. n. Döhne, S. 98.

<sup>\*</sup> s. Döhne, S. 97.

Directive for Psychological Warfare and Control of Austrian Information Services, Supreme Headquaters, Allied Expeditionary Force, Psychological Warfare Division. 29. April 1945; in: Michael Schönberg: Die amerikanische Medienund Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1950; phil. Diss., Wien 1976, Dokumentation Bd. 1, S. 74.

kann. Auf der Grundlage des Behörden-Überleitungsgesetzes wird das bisher im Besitz des nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtenbüros befindliche Büro übernommen und nach "einigen unbedingt notwendigen Reparaturarbeiten" wieder in Betrieb gesetzt.<sup>10</sup> Hinsichtlich der Organisationsform knüpft man an jene von vor 1938 an; die Amtliche Nachrichtenstelle wird, wie vor dem Krieg, der Presseabteilung des Bundeskanzleramts unterstellt. An deren Spitze steht anfangs wieder Eduard Ludwig, der schon für

Dollfuß und Schuschnigg Bundespressechef war, dem aber aufgrund der Abneigung des Staatskanzlers Renner ihm gegenüber bald Josef Carl Wirth nachfolgt." Programmatisch knüpft die ANA da an, wo sie 1938 aufhören mußte: als zentrale Nachrichtendrehscheibe der

Regierung. Unter Renner bleibt der Charakter der Amtlichen Nachrichtenstelle ein amtlicher. Berichte in den Zeitungen aus solch offizieller Quelle werden mit "Amtlich wird gemeldet" eingeführt.

eleitet wird die Amtliche Nachrichtenstelle Jvon Karl Siepen, von 1929-32 Wirtschaftskonsulent beim Bundespressedienst, danach Leiter der kommerziellen Abteilung der Amtlichen Nachrichtenstelle, 1938 in den Ruhestand versetzt, wenn auch weiterhin beim DNB beschäftigt. 12 Lückenlos ist auch die Karriere von Rupert Schödl. Schon vor 1938 als Redaktionsaspirant bei der ANA, ist er vom DNB übernommen worden und dort bis Kriegsende als "Schriftleiter" aktiv gewesen; jetzt ist auch er wieder bei der ANA tätig.13 Auch die meisten anderen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben faschistische Zeiten durchlebt, waren entweder schon vor 1938 bei der Amtlichen Nachrichtenstelle und wurden dann vom Deutschen-Nachrichtenbüre übernommen bzw. entlassen, oder aber sie sind vom DNB eingestellt worden.14 Die personelle Kontinuität zu Austrofaschismus und Nationalsozialismus ist freilich nicht auf die Amtliche Nachrichtenstelle

beschränkt, sondern in der österreichischen Presselandschaft generell verbreitet.<sup>15</sup>

Die Amtliche Nachrichtenstelle ist ihrer ererbten Regierungsnähe wegen jedoch nicht unumstritten. In den Reihen der angelsächsischen Alliierten, die die ideologische Korrumpierung staatlicher Agenturen während des Krieges erfahren haben über ihre Nachrichtendienste ihre liberalen Journalismustraditionen in die Verliererstaaten zu importieren gedenken, entstehen Pläne, die öster-

Programmatisch knüpft die ANA da an, wo sie 1938 aufhören mußte: als zentrale Nachrichtendrehscheibe der Regierung reichische Regierungsagentur künftig privatrechtlich zu organisieren. Noch zu Kriegszeiten sind in den USA Entscheidungen über eine internationale

Medienorganisation für die Zeit nach dem Krieg getroffen worden: die Agenturen Associated Press und United Press stehen (nicht zuletzt aus kommerziellen Erwägungen heraus) dafür, weltweit Pressefreiheit zu initiieren. Kent Cooper, der Direktor der Associated Press, die seit ieher im Besitz einer Genossenschaft amerikanischer Zeitungen ist, hat in den USA sogar eine Pressekampagne bestritten, mit dem Ziel eine "charter for freedom for news and communication" in den Friedensvereinbarungen zu verankern, um den betreffenden europäischen Regierungen die Kontrolle über die ihnen unterstehenden Nachrichtenagenturen zu nehmen.16 Eine Zielsetzung, der sich die American Society of Newspaper Editors und Republikaner wie Demokraten im Kongreß angeschlossen haben. Aus dem September 1944 datiert eine Resolution des Kongresses, die ein weltweites, durch internationale Übereinkommen geschütztes Recht auf freien Nachrichtenaustausch proklamiert. Präsident Roosevelt hat zur Zufriedenheit Coopers – versprochen, daß im Sinne dieser Resolution ein Passus in den Friedensverträgen verankert werden soll. Roosevelt hat das Kriegsende aber nicht mehr erlebt. Sein Nachfolger als Präsident der Vereinigten Staaten,

ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, zl. 80.305-III/46; in: Bundeskanzlei Erlässe, Grzl. 3017/46.

The Development of the Vienna Daily Press, 22 April to 1 September 1945; in: Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik, S. 305.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Personalakt Karl Siepen.

Personalakten der Amtlichen Nachrichtenstelle; ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091, 80.031-III/46.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Personalakten der Amtlichen Nachrichtenstelle, ÖSTA,

AdR, BKA, Sektion III; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091/46.

s. Hans Heinz Fabris: Der ,österreichische Weg' in die Mediengesellschaft; in: Reinhard Siedler/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.): Österreich 1945-1955, Wien 1995, S. 650.

Kent Cooper: The Right to Know. An Exposition of the Evils of News Suppression and Propaganda, New York 1956, S. 164.

Truman, korrigiert den Kurs. Er meint, es wäre besser, nicht allzutief in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Staaten einzugreifen. Man werde sie wieder aufrichten und dafür sorgen, daß Regierungen eingesetzt werden, die man anerkennen könne – "then keep hands off."17 Cooper schreibt daraufhin an den Präsidenten, man solle zumindest ankündigen, daß die Vereinigten Staaten Pressefreiheit in die Friedensverträge einbeziehen wollen. In der Antwort zeigt sich Truman zurückhaltend; er wünsche ein Friedensabkommen, das funktioniere...!"

Auch in Großbritannien ist die Forderung nach Pressefreiheit und unabhängigen Agenturen noch während des Krieges erhoben worden. Der Journalist Vernon Bartlett hat im *House of* Commons eine Anfrage bezüglich der Unterstützung der amerikanischen Bewegung, die das System der Regierungsagenturen demontieren will, eingebracht. Seiner Ansicht nach ist kein Monopol gefährlicher als jenes der Ideen, Ansichten und Nachrichten.<sup>19</sup> Daß man mit staatlichen Agenturen, deren Nachrichten immer gefärbt seien, künftig nicht mehr zusammenarbeiten werde, hat im übrigen auch Christopher J. Chancellor, der Generaldirektor der britischen Agentur Reuters, in verschiedenen Reden gegen Kriegsende unverblümt ausgesprochen.20 Die von ihm geleitete Agentur Reuters befindet sich im Besitz einer Genossenschaft britischer Zeitungen. Nun, nach Ende des Krieges, werden diese Grundsätze in der Reuters'schen Vertragspolitik umgesetzt. Insbesondere für die Nachfolgestaaten des Dritten Reiches will man die Gründung von nationalen, staatsunabhängigen Agenturen im Eigentum der Landeszeitungen in die Wege leiten, mit denen man guten Gewissens Verträge abschließen könne.

Auf den Kontinent entsendet man zu diesem Zweck Alfred Geiringer, einen Österreicher, seit 1937 Mitarbeiter von Reuters, der nach dem "Anschluß" Österreichs an das Dritte Reich 1938 wegen seiner jüdischen Herkunft fliehen mußte. In der Position des European Editor von Reuters fliegt Geiringer von London nach Wien, wo er trotz einer Bruchlandung unverletzt ankommt. Damit beginnt ein abenteuerlicher Aufenthalt in Europa. In einem Bericht beschreibt er die widri-

gen Umstände seiner Reise, die ihn im Winter 1945 durch das vom Krieg gezeichnete Zentraleuropa führt – "I tried all methods of travel – air, road, rail and sea and all provided their share of discomfort." Nach kurzem Aufenthalt in Wien fährt er in einem offenen Jeep nach Prag. Besonders die Rückreise hinterläßt bleibende Eindrücke: "The ten hours return journey was made in a temperature 10° below freezing on icy roads, with a blizzard filling the jeep with snow and with russian troop movements in both directions. Dispite two pullovers, two overcoats and two blankets I have never been so cold for so long a period." Seine nächste Station ist Zürich, wo er nach einer 30stündigen Zugfahrt mit dem Arlberg Express – "which deserves its Name only as far as the ,Arlberg' goes" - ankommt. In Zürich soll er helfen, die Agence Télégraphique Suisse zu modernisieren und einen Exklusivvertrag zugunsten Reuters als Weltnachrichtenlieferant, sowie einen Vertrag mit der Agence Cosmographique im Hinblick auf das kommerzielle Service von Reuters auszuhandeln.21 In Wien hingegen soll Geiringer nicht bloß vertragliche Beziehungen knüpfen, sondern eine Umwandlung der amtlichen Agentur in eine in genossenschaftlichem Besitz der Zeitungen befindliche initiieren.<sup>22</sup> Dabei gilt die italienische Agenzia Nazionale Stampa Associata (ANSA) als Vorbild. Nachdem die Psychological Warfare Branch der Alliierten ihre Tätigkeit im befreiten Italien eingestellt hat, hat sich die ANSA konstituiert und den Nachrichtendienst in Italien übernommen. Sie ist im Besitz von zwölf Tageszeitungen und genoß von Anfang an die besondere Unterstützung von Cecil Sprigge, dem Chief Representative von Reuters in Italien; bei Reuters war man strikt gegen eine Neuauflage der ehemaligen Regierungsagentur Agenzia Stefani oder die Gründung einer neuen Staatsagentur.23

Ein wesentlicher Grundsatz der genossenschaftlichen Organisationsform, wie sie die ANSA verkörpert, ist die Absage an eine staatlich inspirierte Nachrichtenpolitik, aber auch an eine ökonomische Profitorientierung. Regierungsinteressen wie Gewinnstreben sind dem zentralen Zweck der Genossenschafter untergeordnet, alle beteiligten Zeitungen kostengünstig mit dem Rohstoff

<sup>17</sup> Cooper: The Right to Know, S. 181.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Cooper: The Right to Know, S. 182 f.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Graham Storey: *Reuters Century* 1851 – 1951, London 1951, S. 235 f.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> s. Storey: Reuters Century, S. 236.

Donald Read: The Power of News. The History of Reuters, London 1999, S. 310.

Notiz von Fleetwood-May, 31. August 1945, Reuters Archiv London.

<sup>21</sup> Storey: Reuters Century, S. 240.

Nachricht zu versorgen.<sup>24</sup> Daneben weist das genossenschaftliche Prinzip auch einen ideellen Nutzen auf. Tendenziös motivierter Einscitigkeit der Nachrichtensammlung wirkt die Pluralität der Genossenschafter entgegen, deren Mitgliedschaft freiwillig ist und jederzeit beendet werden kann; jedes Mitglied hat eine gleichwertige Stimme, bei Abstimmungen entscheidet das Mehrheitsprinzip.<sup>25</sup> Vielzahl und Vielfalt an Mitgliedern sollen verhindern, daß eine starke Interessensgruppe – ob staatlicher oder ökonomischer Provenienz – die Oberhand bekommt.

Ähnliches ist nun auch für Österreich geplant. Seitens der amerikanischen Besatzungsmacht wird am 29. Oktober 1945 im Exekutivkomitee der Alliierten Kommission ein Vorschlag für die Gründung einer österreichischen Nachrichtenagentur eingebracht. Dabei wird als ein Ziel betont, die Einrichtung einheimischer Informations- und Nachrichtendienste nach angloamerikanischem Muster – etwa der Associated Press – zu fördern, sobald es die politische, verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Wiederherstellung des Landes erlaube. Die italienische ANSA gilt dezitiert als Vorbild.26 Jede Art von staatlicher Kontrolle soll künftig ausgeschlossen werden, auch solle die neue Agentur in ihrer Tätigkeit nicht durch die Zonenteilung Österreichs beeinträchtigt werden, also für das gesamte Bundesgebiet arbeiten. Abschließend wird dem Alliierten Rat empfohlen, durch eine Viermächteabteilung eine "(...) cooperative, non-profit news agency for Austria in which the owner-ship would be shared by any publisher willing to subscribe to it, pay his prorata share for the operating cost and contribute to its management"27 zu gründen.

Alfred Geiringer, der im Auftrag von Reuters dafür sorgen soll, daß die neue Agentur einen Exklusivvertrag mit den Briten eingeht, erfährt im Zuge eines Gesprächs mit Ralph Murray und Charles de Beauclerc, beide von den britischen Behörden in Wien, von der Initiative der Amerikaner. Er ist mit dem Vorstoß nicht glücklich, befürchtet er doch, daß eine vom Alliierten Rat

initiierte Agentur kein einseitiges Abkommen mit Reuters treffen könnte, da auch Franzosen, Amerikaner und Russen in die Verhandlungen miteinbezogen werden müßten. Er schlägt deshalb vor, nicht zu hastig vorzugehen und britischerseits vorerst keine Empfehlung an den Alliierten Rat abzugeben. Den Österreichern soll Zeit bleiben, aus eigenem Antrieb eine Agentur ins Leben zu rufen, ein exklusives Abkommen mit Reuters zu treffen und so ein fait accompli zu schaffen. Abgesehen von solcher Geschäftstaktik erachtet man aber auch seitens Reuters die genossenschaftliche Organisationsform als die beste für eine neu zu gründende Agentur.

Peiringer nimmt in der Folge Kontakt zum ■Präsidenten Karl Renner auf, den er übrigens als Mitglied der Sozialistischen Mittelschüler bereits vor dem Krieg persönlich kennengelernt hat.29 Er kontaktiert auch den Kanzler Leopold Figl sowie die potentiellen Genossenschafter, die Herausgeber der großen Zeitungen. Am 23. November 1945 telegraphiert er an Reuters, daß ein Treffen mit den Vertretern der Parteizeitungen Edmund Weber, dem Herausgeber des Kleinen Volksblatts, Oscar Pollak, dem Chefredakteur der Arbeiter Zeitung, und Erwin Zucker-Schilling, dem Chefredakteur der Österreichischen Volksstimme, stattgefunden habe.30 Die Vertreter der Parteiblätter, so Geiringer, zeigten sich hellauf begeistert von der Idee, eine genossenschaftliche Agentur einzurichten, die eng mit Reuters zusammenarbeite. Außerdem sprächen sie sich ohnedies gegen eine Belassung der Amtlichen Nachrichtenstelle in der derzeitigen Form aus. Das Service der Amtlichen Nachrichtenstelle, "which suffers from all the shortcomings of the European agencies without any of their good points",31 wurde als schlechter empfunden als das des britischen Besatzerdienstes ACA, weshalb die Zeitungen eher auf das Material der ACA als auf das der ANA zurückgriffen. Fazit: die Chefredakteure wollen die Regierung bitten, ihnen das Vermögen und die Ausrüstung der Amtlichen Nachrichtenstelle für eine neu zu gründende Agentur zu über-

s. Wolfgang Dieter Benz: Die dienstleistende Genossenschaft. Möglichkeiten einer Unternehmensform im tertiären Sektor, Dipl. Arb., Linz 1989, S. 36 f.

<sup>25</sup> s. Franz Baltzarek: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften; in: Mario Patera (Hg.): Handbuch des österreichischen Genossenschaftswesens, Wien 1986, S. 4 ff.

zit. n. Rudolf Tschögl: Tagespresse, Parteien und Alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945-1947, phil. Diss., Wien

<sup>1979,</sup> S. 185.

zit. n. Tschögl, S. 186

Alfred Geiringer: Report to the General Manager on the Visit to Austria, Czechoslovakia, Switzerland and France between November 18 & December 21, December 1945, S. 4, APA-Archiv.

Gespräch Geiringers mit Wolfgang Vyslozil, 1989.

Geiringer, Telegramm vom 23. November 1945, Reuters Archiv London.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Geiringer: Report to the General Manager, S. 5.

lassen und planen ein Treffen mit dem Bundespressechef Wirth, um die Abwicklung zu besprechen.<sup>32</sup>

Die Zeitungslandschaft in Österreich ist im Winter 1945, abgesehen von den Besatzerzeitungen, von den Blättern der drei regierenden Parteien dominiert. Der Umstand, daß die wichtigsten Zeitungen den (Regierungs)Parteien unterstehen, mag ein wesentlicher Grund dafür sein, daß sich die Regierung recht schnell mit dem Gedanken abfindet, die Amtliche Nachrichtenstelle aus ihrem direkten Einflußbereich zu entlassen und in die Hände der Zeitungen – vorwiegend ihrer Zeitungen – zu legen. Es gibt aber auch Betroffene, die mit einer derartigen Lösung nicht zufrieden sind. Einen jener versteckten Gegner ortet Geiringer in der Person Wirths, der die Nachrichtenstelle in ihrer derzeitigen Form belassen will. Als Leiter des Bundespressedienstes, dem die Amtliche Nachrichtenstelle untersteht, würde Wirth gerne weiterhin die Fäden in seiner Hand behalten. Er ist sich aber, laut Geiringer, bewußt, daß er sich für eine der beiden Funktionen entscheiden muß.

Ausschlaggebend für diese Einsicht dürfte laut Geiringer die Empfehlung der Amerikaner bezüglich einer Neugründung der öster-

Die anglo-amerikanischen Besatzer forcieren die Gründung einer genossenschaftlich organisierten österreichischen Agentur

reichischen Nachrichtenagentur gewesen sein. Im Rahmen eines Gesprächs habe Wirth zudem gemeint, ihm sei bewußt, daß Reuters nicht mit einer offiziellen Staatsagentur zusammenarbeiten würde, da er einen diesbezüglichen Artikel in der britischen Zeitschrift World's Press News gelesen habe. Wirth habe zudem von Widerstand im Kabinett gegenüber der Idee berichtet, die Nachrichtenstelle aus dem Einfluß des Staates zu entlassen; er habe die Betreffenden aber von der Notwendigkeit einer Umwandlung in eine Genossenschaft überzeugen können. Der scharfäugige Beobachter Geiringer ist jedoch der Meinung, daß Wirth dies aus Zwang, und nicht aus persönlicher Überzeugung getan habe.13 Geiringer erwähnt Wirth in seinem Bericht dann auch nicht besonders wohlwollend als er Vorschläge bezüglich der Leitung der künftigen österreichischen Nachrichtenagentur unterbreitet; Wirth sei zu sehr Beamter: "I feel he is too much of the ,old routinier' type to be an easy man to co-operate with and he is also too much civil servant to make a good head of a news agency." Wirth solle künftig keine führende Position einnehmen, aber man werde mit ihm verhandeln müssen, da er sonst die Umwandlung sabotieren könnte. Pollak von der Arbeiter-Zeitung und Weber vom Kleinen Volksblatt wären zwar geeignet, die Transformation der Amtlichen Nachrichtenstelle in die neue Form durchzuführen, aber keiner von beiden wäre letztendlich ein guter Manager, und keiner würde diese Position wirklich wollen. Auf den Kommunisten Zucker–Schilling geht Geiringer erst gar nicht ein.

Die Initiative der USA bezüglich der Einrichtung einer neuen österreichischen Nachrichtenagentur deutet Geiringer dahingehend, daß die Amerikaner möglichst rasch das Land verlassen wollten. Den einzigen Widerstand gegen die Umwandlung ortet er bei den Sowjets, aber auch dieser sei nicht allzu vehement. Im Sinne einer Zwischenbilanz merkt er an, daß bis-

lang die drei österreichischen Parteien, die führenden Zeitungen, die britischen und amerikanischen Bevollmächtigten und der Bundespressechef Wirth der Bildung einer genossenschaftlich organisierten Nachrichtenagentur zugestimmt hätten. Auch gebe es noch keine offenen Anzeichen

für Initiativen der amerikanischen Agenturen Associated Press und der kommerziellen United Press, die sich in Österreich ansiedeln und damit die Pläne von Reuters durchkreuzen könnten, "but no doubt both AP and UP are watching and preparing."35

Bei Reuters macht man sich daraufhin an die Arbeit. Der European Mangager von Reuters, Cecil Fleetwood-May wendet sich in einem Brief vom 22. Jänner 1946 an Wirth. Er teilt darin mit, daß Reuters gerne mit der neuen Nachrichtenagentur zusammenarbeiten werde: "We are looking forward to close and friendly collaboration with the new Austria news agency which, I understand, is to be formed, owned and run by the Austrian newspapers on a co-operative basis, similar to Reuters and other European newsagencies." Fleetwood-May betont, daß Wirths Hilfe bei der Umwandlung der Amtlichen Nachrichtenstelle in

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Geiringer: Report to the General Manager, S. 4.

<sup>33</sup> Geiringer: Report to the General Manager, S. 2 f.

<sup>4</sup> Geiringer: Report to the General Manager, S. 4.

<sup>5</sup> Geiringer: Report to the General Manager, S. 6.

Brief von Fleetwood-May an Wirth, 22. Jänner 1946, Reuters Archiv London.

eine Genossenschaft der Zeitungen eine große Bereicherung darstelle...

Tatsächlich spielt Wirth bald keine Rolle mehr in dieser Angelegenheit, nachdem ihn Fritz Meznik als Bundespressechef ablöst. Einen Anhaltspunkt, weshalb Wirth abgelöst wird, führt Geiringer an, wenn er meint, daß ihn die Amerikaner verdächtigten, die staatliche Agentur erhalten zu wollen und zudem den Briten zu freundlich gesinnt zu sein, da er *Reuters*- und *BBC*-Nachrichten durch die *Amtliche Nachrichtenstelle* ausgegeben habe.<sup>57</sup>

In der Zwischenzeit haben die amerikanischen Bevollmächtigten in Wien Mitte Jänner neuerlich die Initiative hinsichtlich der Gründung einer Nachrichtenagentur ergriffen und ein Treffen mit den Verantwortlichen der Besatzungsmächte und den Zeitungsherausgebern einberufen. Den Vorsitz bei diesem Treffen führt der Chief U.S. Information Officer in Wien, Arthur McChrystal. Weiters sind Oscar Pollak, Ernst Fischer, Edmund Weber und Erwin Zucker-Schilling, sowie Vertreter des britischen und französischen Information-Service anwesend. Von der sowjetischen Besatzungsmacht ist kein Vertreter dabei.

Auf diesem Treffen wird die weitere Vorgangsweise besprochen. Nachdem sich die Vertreter der Zeitungen ausdrücklich für die Form einer genossenschaftlich organisierten Nachrichtenagentur aussprechen und auch von politischer Seite -Kanzler Leopold Figl habe seine Zustimmung gegeben, heißt es - kein Widerstand zu erwarten ist, geht es nun um Details. Man ist sich nicht einig, ob sich die Organisationsform an jener der Agentur Reuters orientieren soll (die Präferenz Pollaks), oder an jener der amerikanischen Associated Press (was pikanterweise die beiden kommunistischen Vertreter vorschlagen). Außerdem gibt es Zweifel, ob die neue Agentur genügend technische Ressourcen zur Verfügung haben werde. Dem hält Beauclerc, der britische Bevollmächtigte, entgegen, daß in Österreich ausreichend Material, einschließlich Fernschreibern, erhältlich wäre und daß die neue Agentur auch Hilfe von Reuters oder der amerikanischen Agenturen bekommen könne. Die österreichischen Zeitungsvertreter meinen zuversichtlich, daß ohnehin die Ausrüstung der Amtlichen Nachrichtenstelle der neuen Agentur übergeben würde. Um diese und andere Angelegenheiten hinsichtlich der Bildung der neuen Agentur zu regeln, wird ein Komitee unter dem Vorsitz Edmund Webers gebildet.38 Dem Komitee gehören die Chefredakteure Oscar Pollak von der Arbeiter-Zeitung, Gustav Canaval von den Salzburger Nachrichten, Erwin Zucker-Schilling von der Volksstimme, Ernst Fischer vom Neuen Österreich, und Hans Behrmann, der Herausgeber der Oberösterreichischen Nachrichen, an.39 Laut Beauclerc, so berichtet Geiringer nach London, würde die Angelegenheit durch den Druck der Amerikaner nun beschleunigt und konkrete Ergebnisse könnten in den nächsten Wochen erwartet werden. Durch diese Entwicklung werden aber Geiringers Pläne, einen Exklusivvertrag mit der neuen Nachrichtenagentur abzuschließen, durchkreuzt. Er schreibt, nicht ohne ärgerlichen Unterton:

"Thus it seems that the Austrians because of their lack of initiative, their undue attention to party aspects and their general hardiness have missed the opportunity of creating an agency on their own and now the whole affair is under the aegis of the Allied Control Commission. As a result the new agency will (...) have to be prepared to deal with the agencies of all four Allied powers represented on the Allied Control Commission on an equal footing, i.e. they will have to take the services of TASS, AFP, AP and/or UP besides Reuters."40

Der Druck der Amerikaner macht vorerst aber nur begrenzt Eindruck; in einer Notiz vom 11. Februar 1946 meldet Geiringer unter Berufung auf Murray, den Vertreter der britischen Behörden in Wien, nach London, daß die Österreicher keinen Fortschritt bei der Gründung der genossenschaftlichen Agentur machen würden. Die Gründe dafür seien, "apart from the usual ones", die Angst, daß die neue Agentur unter Druck der Russen geraten könnte sowie finanzielle Erwägungen. United Press und Associated Press wiederum übten Druck aus, damit sich Österreich gegenüber dem privaten Agenturmarkt öffne, weil sie eigene Büros einrichten wollten. Die amerikanischen Besatzer wollten bis spätestens 1. Mai ihr offizielles Nachrichtenservice in Österreich beenden, und außerdem kursiere das Gerücht, daß die TASS ein eigenes großes Nachrichtenbüro zur Verbreitung russischer Nachrich-

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Notiz Geiringers an Fleetwood-May, 4. Februar 1946, Reuters Archiv London.

<sup>™</sup> cbd.

OSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.267/III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47.

Motiz Geiringers an Fleetwood-May, 4. Februar 1946.

ten in Österreich einrichten wolle. Geiringer schreibt, Murray dränge darauf, daß sich *Reuters* darauf vorbereiten soll, in Wien ein eigenes Büro zu installieren, um zu verhindern, daß die amerikanischen Agenturen eine beherrschende Stellung in Österreich erlangen könnten.<sup>41</sup>

In der Londoner Reuters-Zentrale zeigt man sich indes gelassen. Der für Europa zuständige Fleetwood-May schreibt, daß keine Veranlassung für überstürztes Handeln bestehe. Natürlich sei man nicht bereit, das Feld den anderen zu überlassen. aber Reuters wäre momentan nicht geneigt, einen teuren Übersetzungs- und Verbreitungsdienst zu organisieren. Wenn ein solcher Dienst von den Amerikanern eingerichtet würde, wäre man nicht sehr beunruhigt, da man auf die Erfahrungen in anderen befreiten Ländern setze, wo Reuters von überstürzten Handlungen Abstand genommen und dadurch durchaus profitiert habe. Aber man werde die Situation wachsam beobachten, um nicht den anderen Fehler zu machen – zu spät zu handeln.42

Unterdessen muß auch der österreichische Amtsapparat zur Kenntnis nehmen, daß die Entscheidung für eine unabhängige Agentur gefallen ist. Und dies, obwohl die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Amtlichen Nachrichtenstelle, die die Entnazifizierung überstanden haben, erst Anfang Februar 1946 den Treueeid auf die Republik abgelegt haben. Sie haben sich verpflichtet, daß sie in ihrer Funktion als Mitarbeiter der amtlichen ANA ihre "ganze Kraft in den Dienst des österreichischen Volkes und des Wiederaufbaues unserer schwer geprüften Heimat stellen werden."<sup>43</sup> Die Zeit der Regierungsagentur geht aber zu Ende.

Auf eine Anfrage der steirischen Landesregierung an das Bundeskanzleramt, ob die Absicht bestehe, wieder eine Filiale des amtlichen Nachrichtenbüros in Graz einzurichten, ergeht am 20. März 1946 die Antwort, daß das Bundeskanzleramt bereits die notwendigen Einrichtungen vorbereitet hätte, wäre nicht, "wie streng vertraulich mitgeteilt wird, die Frage der allfälligen Entstaatlichung der Amtlichen Nachrichtenstelle in ein aktuelles Stadium getreten".<sup>44</sup> Der Abschluß internationaler Nachrichtenverträge, die die Vor-

aussetzung des seitens der Tageszeitungen geforderten Nachrichtendienstes für Auslandsmeldungen ebenso wie für die "Unterbringung" österreichischer Pressenachrichten im Ausland, bildeten, scheint "von der Loslösung der Nachrichtenstelle aus dem rein staatlichen Charakter abhängig gemacht zu werden". Die Entscheidung, so der Hinweis in diesem Schreiben, werde "schonbald" fallen...

Am 6. April 1946 wird auf einer konstituierenden Vollversammlung die Gründung der Genossenschaft Austria Presse Agentur beschlossen. Der Name der neuen Agentur geht übrigens auf einen Vorschlag Geiringers zurück: seine Argumente finden Anklang; einerseits ist durch die Ähnlichkeit der beiden Kürzel APA und ANA eine Anlehnung an die bisherige Agenturbezeichnung gegeben, und zweitens ist die Abkürzung auch auf englisch (Austrian Press Agency) und französisch (Agence de Presse Autrichienne) nachvollziehbar. Es ist jedoch nicht die Agentur, die sich Geiringer gewünscht hat, nämlich eine exklusiv an Reuters gebundene. Die APA ist ein Produkt amerikanischer Besatzungspolitik.

Auf dieser ersten Vollversammlung sind die Mitglieder der neuen Genossenschaft, die Vertreter der Zeitungen, anwesend; als Gäste wohnen der Versammlung A. van Eerden, Deputy Chief der amerikanischen Information Service Branch und Fritz Meznik vom Bundespressedienst bei. Zunächst wird die Rolle der amerikanischen Besatzer als Geburtshelfer für die neue Agentur gewürdigt, indem der Vorsitzende des vorbereitenden Komitees, Edmund Weber, im Namen der österreichischen Tagespresse dem Chef des amerikanischen Informations- und Kulturdienstes, McChristal, für seine Initiative in dieser Frage und dem Ehrengast, Professor van Eerden, für seine "wertvolle beratende Mithilfe in all den schwierigen Verhandlungen"47 dankt. Im weiteren werden die Grundlagen für die Genossenschaft Austria Presse Agentur festgelegt, so das Statut und die personelle Besetzung des Vorstands und Aufsichtsrats. Das Statut der Austria Presse Agentur legt die Unabhängigkeit fest; Zweck und Ziel der Genossenschaft sind ein unabhängiger Nachrichtendienst für die österreichischen Zei-

Motiz Geiringers, 11. Februar 1946, Reuters Archiv London

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Brief von Fleetwood May an Horton, 11. Februar 1946, Reuters Archiv London.

<sup>45</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Erlässe, Grzl. 3091/46.

<sup>44</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.212-III/46; in:

Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091/46.

OSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.212-III/46; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091/46.

Gespräch Geiringers mit Vyslozil, 1. August 1984 in London.

ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.267/III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47.

tungen, die APA dürfe "(...) weder direkt noch indirekt von einer privaten oder amtlichen Stelle finanziert werden, noch unter einer wirtschaftlichen oder geistigen, mit den Grundsätzen der Demokratic unvereinbaren Beeinflussung stehen. 48 Mitglied der Genossenschaft kann jede physische oder juristische Person werden, die eine seit mindestens einem halben lahr bestehende österreichische Tageszeitung mit mehr als 5.000 Stück Auflage herausgibt. Die Organe der Austria Presse Agentur sind der Vorstand und der Aufsichtsrat, beide auf drei Jahre gewählt, sowie die Generalversammlung der Genossenschafter. 49 Der Vorstand setzt sich aus drei Vertretern der Wiener Presse und drei Vertretern der Länderzeitungen zusammen, wobei die von den Parteien bereits festgelegte Auswahl – zwei Vertreter von der ÖVP-Presse, zwei Vertreter der SPÖ und je ein Vertreter der KPÖ und der "neutralen" Presse – das Übergewicht der Parteien nach Proporzmanier zementiert. Vorstandsvorsitzender ist Oscar Pollak, Ebenfalls "aufgrund einer Parteienvereinbarung" wird der Aufsichtsrat besetzt. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wird als Gegengewicht zum "roten" Pollak der "schwarze" Edmund Weber bestimmt. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zwölf Mitgliedern, und zwar aus sechs Vertretern der Wiener Presse und sechs der Länderpresse. zusammen, wobei ieweils vier der ÖVP und der SPÖ und jeweils zwei der KPÖ und der parteiunabhängigen Presse angehören. Erster Generaldirektor wird der bisherige Leiter der Amtlichen Nachrichtenstelle Karl Siepen (ÖVP), journalistischer Leiter und Chefredakteur Vinzenz Ludwig Ostry (SPÖ). Ostry war zuvor Chefredakteur der Nachrichtenabteilung des Österreichischen Rundfunks, die er nach dem Krieg (den er in Gefängnissen und im Konzentrationslager Buchenwald durch- und überlebte) aufgebaut hat.50 Zum Schluß der Sitzung wird noch eine Resolution gefaßt, die der Vertreter des Bundespressedienstes Meznik an die Bundesregierung weiterleiten soll:

"Die Vertreter der österreichischen Presse haben in ihrer Versammlung am 6. April 1946 das Statut der neu gegründeten Austria-Presse-Agentur angenommen und den Vorstand und Aufsichtsrat gewählt. Sie bitten die Bundesregierung, mit dem Beginn der Tätigkeit der Austria Presse-Agentur die Amtliche Nachrichtenstelle auflösen zu wollen und bitten die Nominierung eines Vertreters der Bundesregierung, mit dem Vertreter der Austria-Presse Agentur wegen Ueberlassung des von der Amtlichen Nachrichtenstelle benützten Staatseigentums (Apparate, Einrichtungsgegenstände usw.), Eintritt in den Mietvertrag, Ueberführung von Angestellten in das neue Unternehmen usw. verhandeln können."

Kaum ist die *APA* aus der Taufe gehoben, nimmt Alfred Geiringer Verhandlungen mit Vertretern der neuen Genossenschaft auf, im Zuge derer eine erste Fassung eines Vertrags zwischen der APA und Reuters ausgearbeitet wird. Der Generaldirektor von Reuters, Chancellor, schreibt unter Berufung auf diese Vertragsfassung an Karl Siepen, den zukünftigen Generaldirektor der APA; er wolle ihn und die Mitglieder der Verwaltungsdirektion zur Unterzeichnung des Vertrags nach London einladen, wobei man ihnen die Agentur Reuters zeigen und persönlich Bekanntschaft schließen könne. Für die Belieferung der Austria Presse Agentur mit Reuters-Nachrichten stellt Chancellor einen Rabatt für die ersten 12 Monate in Aussicht.52 In dem am 20. Mai abgeschlossenen Vertrag bekennen sich beide Partner zum freien Nachrichtenverkehr; sie erklären, "(...) that they are news agencies serving no other purpose than the distribution of truthful unbiased news, that they are free from any Government or tendentious control and that the news which they supply to each other shall be compiled and selected purely on its merits as news, and that the editorial discretion on each side is free from outside dictation or pressure. "53

Noch im Mai 1946 dringt die Neuigkeit von der Gründung der Austria Presse Agentur auch ins österreichische Parlament. Der eng mit der Geschichte der Amtlichen Nachrichtenstelle verbundene Eduard Ludwig, Bundespressechef des Ständestaates und nunmehr ÖVP-Abgeordneter, bemerkt, daß das Parlament von den Plänen zur Umwandlung der Amtlichen Nachrichtenstelle eigentlich nichts erfahren habe. Er fragt nach den Motiven, "(...) auf Grund derer man diese altehrwürdige, an die hundert Jahre alte Institution auf einmal aus den Händen des Staates weggibt und

<sup>\*\*</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, ZI. 80.267/III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47.

<sup>\*\*</sup> APA (Hg.): Österreich im Weltnachrichtennetz. Was die APA ist und wie sie arbeitet, Wicn 1976, S. 3 und 5.

s. 100. Geburtstag von Vincenz Ludwig Ostry; APA-Meldung vom 18. Juli 1997.

STA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.267/III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Brief von Chancellor an Siepen: "Globereuter Service", London 27. April 1946, Reuters Archiv London.

Vertrag zwischen der Austria Presse Agentur und Reuters Limited, 20. Mai 1946, Reuters Archiv London.

einer Privatgesellschaft, einer Art Associated Press, überträgt."54 Ludwigs Lobgesang auf die altehrwürdige Amtliche Nachrichtenstelle entgegnet der SPÖ-Abgeordnete Mark mit einem Hinweis auf deren Mißbrauch während des Ständestaates; die neue Agentur beruhe im Gegensatz dazu als genossenschaftliches Institut auf der Zusammenarbeit aller österreichischen Tageszeitungen und gebe Nachrichten von allen Seiten weiter. Es sei, so der sozialdemokratische Abgeordnete, wichtig, daß die Parteizeitungen als Eigentümer fungieren: "Nur diese, auf einer Übereinkunft aller drei Parteien beruhende Nachrichtenvermittlung wird imstande sein, eine Gewähr für unparteiische Berichterstattung zu bieten."55 Diese Interpretation ist freilich auch nicht unbedingt im Sinne der angloamerikanischen Erfinder; die anstelle der Staatseigentümerschaft präferierte Genossenschaft der (Regierungs)Parteien entspricht nur bedingt dem Primat einer unabhängigen Presselandschaft. Es ist eine recht eigenwillige Form von Pressefreiheit, die in der österreichischen Proporzdemokratie um sich greift in der Presselandschaft ebenso wie in der Austria Presse Agentur.

**7** ur formalen Abwicklung der Übergabe der Amtlichen Nachrichtenstelle tritt der Bundespressedienst mit der Austria Presse Agentur in Verhandlung. Grundlage ist ein Ministerratsbeschluß vom 9. April 1946, worin die Regierung ihre Einwilligung zu den Verhandlungen kundgibt - wenn auch mit Bedingungen. Die Regierung will die Wahrung der "Interessen des Bundeskanzleramtes/Äußeres" und die vom Finanzminister geäußerten "Wünsche finanzieller Natur "56 berücksichtigt wissen. Sie will sich der neu zu gründenden Agentur auch weiterhin als offiziöses Sprachrohr versichern und dabei möglichst günstig aussteigen. Die finanziellen Wünsche beziehen sich auf eine zumindest teilweise Übernahme der Pensionisten der Amtlichen Nachrichtenstelle und eine Gesamtübernahme des aktiven Personalstandes.<sup>57</sup> Bei den Verhandlungen zeigt sich aber, daß die Vertreter der APA die bessere Verhandlungsposition haben. Diese resultiert vor allem aus der Erklärung der internationalen Agenturen, künftig mit einer staatlichen Agentur,

"also einem offiziellen Nachrichtenamt einer Regierung aus demokratischen Gründen keine Verträge mehr abzuschließen".58 Angesichts dessen gesteht man seitens des *Bundespressedienstes* zu, zufrieden sein zu müssen, daß die Verhandlungspartner überhaupt bereit seien, einen Vertrag mit der Republik Österreich abzuschließen:

"Dieser Vertragspartner hätte nämlich ohneweiteres auf den Vertrag überhaupt verzichten können, weil eine schon in naher Zukunft ohne Nachrichtendienst der grossen Auslandsagenturen arbeitende Amtliche Nachrichtenstelle von vornherein zum Absterben bestimmt ist und neben der neuen Agentur nur mehr ein ganz überflüssiges von niemanden benötigtes Scheindasein hätte führen können."59

An eine Belassung der Amtlichen Nachrichtenstelle in der bestehenden Form ist grundsätzlich nicht mehr zu denken - zumindest bis auf weiteres nicht mehr. Des Finanzministers Vorschlag, der APA das Inventar der Amtlichen Nachrichtenstelle leihweise zu überlassen, deutet jedoch darauf hin, daß die Regierung sich nicht für alle Zeit aus dem Nachrichtenagenturbetrieb zurückzuziehen gedenkt. Die Vertreter der APA lehnen eine Leihnahme aber ab und bestehen darauf, das Inventar zu kaufen. Dafür erklären sie sich mit einem Kaufpreis von 120.000 Schilling einverstanden, obwohl der Schätzwert nur 70.000 Schilling beträgt. Nach einer Bezahlung von 30.000 Schilling soll der Rest in Jahresraten von 10.000 Schilling abbezahlt werden. Für den Fall, daß die Amtliche Nachrichtenstelle das Inventar nicht verkaufen wolle, drohen die Verhandler der APA, daß sie hinsichtlich der Überlassung von Gerätschaften mit dem amerikanischen oder dem britischen Nachrichtendienst in Verhandlungen treten würden. Daß man auf Regierungsseite die Amtliche Nachrichtenstelle noch nicht gänzlich aufzugeben bereit ist, darauf verweist auch der Umstand, daß die Amtliche Nachrichtenstelle nach dem Vertragsentwurf nicht zu existieren aufhören, sondern ihr Dienst für die zehnjährige Dauer des Vertrags mit der Austria Presse Agentur lediglich ruhen würde. Nach Auslaufen des Vertrags könne sie jederzeit wieder aktiviert werden...

Stenographische Protokolle des Nationalrates, 16. Sitzung, 22. Mai 1946, S. 223.

Stenographische Protokolle des Nationalrates, 16. Sitzung, 22. Mai 1946, S. 240.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.318-III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47.

ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.267/III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47.

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.318-III/46; in: Erlässe, APA, Grzl. 3091/47

<sup>59</sup> ebd.

Auf der Basis der geführten Verhandlungen arbeitet der Leiter der Finanzprokuratur einen Vertragstext aus. Der angestrebte Termin für die Genehmigung durch den Ministerrat, der 1. Juni 1946, kann zwar nicht eingehalten werden, doch ist man auch auf Regierungsseite um einen Abschluß bemüht. Um die "Unterhandlungsbasis" durch noch längeres Zuwarten nicht weiter zu verschlechtern und da "das derzeitige Übergangsstadium aus Dienstgründen unerträglich wird", stellt man seitens des Bundespressedienstes am 5. Juli 1946 den Antrag, den Vertrag mit der Austria Presse Agentur zu schließen.60 Es wird festgelegt, daß die Republik Österreich mit 1. August 1946 Vermögenswerte der Amtlichen Nachrichtenstelle um 120.000 Schilling an die Austria Presse Agentur verkauft. Im übernommenen Inventar befindet sich eine "Herrenzimmereinrichtung (3-

türiger Bücherschrank, Likörschrank, Schreibtisch, Aktenschrank, 4 Lederfauteuils, 1 Lederbank, 1 Sockeltisch, eine Kaminuhr und ein Angermannteppich (3 x 4 m)<sup>61</sup> sowie Schreibtische, Schränke, Öfen, Betten, Schlafdecken, "Thonetsesseln", Pende-

luhren, ein Paravant und sechs "Telephonzellen". Auch technisches Gerät wie beispielsweise Hellschreiber, 11 an der Zahl, Kurz- und Langwellenempfänger, Abziehmaschinen, neun Fernschreiber und 16 Schreibmaschinen, sowie Werkzeug und eine kleine Bibliothek mit Nachschlagewerken gehen in den Besitz der *APA* über.

Auf personeller Ebene übernimmt die APA die Angestellten der Amtlichen Nachrichtenstelle, sofern diese damit einverstanden sind; für jene Angestellten, die nicht übernommen werden, muß die APA für Abfertigungsansprüche aufkommen. Bei dem von der APA übernommen Personal handelt es sich vorwiegend um technische Angestellte und Sekretärinnen. Journalistisches Personal ist kaum vorhanden und muß zu einem großen Teil erst rekrutiert werden. Die 70 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen residieren weiterhin in den Räumlichkeiten in der Wiener Börse, nachdem die Austria Presse Agentur in das Mietverhältnis der Amtlichen Nachrichtenstelle eintritt. 62

Hinsichtlich der Verbreitung von Regierungsnachrichten wird festgelegt, daß die Bundesregierung und andere Bundespressestellen der APA iene Meldungen, deren Verbreitung gewünscht wird, nicht später als anderen Stellen zukommen läßt. Die APA ihrerseits veroflichtet sich, "(...) die die Öffentlichkeit und die Abonnenten ihres Nachrichtendienstes interessierenden Mitteilungen in gleicher Weise im In- und Ausland zu verbreiten, wie alle übrigen Nachrichten",63 dabei habe sie iedoch das Recht, die offiziellen Meldungen besonders zu kennzeichnen. Das Recht der österreichischen Bundesregierung und anderer Bundesstellen, Nachrichten auf eine andere Weise in der In- und Auslandspresse zu verbreiten, wird durch den Vertrag nicht eingeschränkt. Die APA muß zudem der Pressesektion des Bundeskanzleramts je ein Exemplar ihres Nachrich-

tendienstes "gleichzeitig wie den anderen Beziehern" zur Verfügung stellen. Darüber hinaus verpflichtet sie sich, eine "vom Bundeskanzleramt

bezeichnende Stelle" über bei ihr einlangende wichtige, Österreich betreffende Nachrichten telefonisch zu informieren.

Der Ministerrat tritt am 9. Juli 1946 zusammen und beschließt, der "internationalen Nachkriegslage auf dem Gebiete des Presse-Nachrichtenwesens Rechnung tragend",64 den, nicht wie ursprünglich vorgesehen mit 1. August, sondern mit 1. September 1946 in Wirksamkeit tretenden Vertrag mit der Austria Presse Agentur abzuschließen.65 Bemerkenswert ist der Hinweis auf die "Nachkriegslage" – als habe man gegen die Westmächte einen Krieg um das staatliche Agenturmodell verloren.

Nach der Regelung des Verhältnisses zur Republik steht nunmehr noch jenes zum eigentlichen Souverän in Österreich, den Besatzungsmächten, aus. Nach einigen Unstimmigkeiten zwischen den Westalliierten und den Sowjets gibt der *Alliierte Rat* unter sowjetischem Vorsitz am 7. August Bundeskanzler Figl bekannt, daß

An eine Belassung der

ist grundsätzlich nicht

mehr zu denken

Amtlichen Nachrichtenstelle

in der bestehenden Form

ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.447-III/46; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091/46.

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> Inventarverzeichnis der Amtlichen Nachrichtenstelle; in: APA Eröffnungsbilanz 1/9 1946; APA-Archiv.

ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.447-III/46; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091/46.

<sup>61</sup> ebd.

ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.328-III/46; in: Bundeskanzlei Erlässe, Grzl. 3017/46.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> s. ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.447/III/46; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091/46. ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.587/III/46, in: Erlässe APA, Grzl. 3091/47.

der Alliierte Rat nichts gegen die Bildung einer österreichischen Nachrichtenstelle einzuwenden hat. Damit sind die letzten Hindernisse beseitigt und am 27. August 1946 unterzeichnen für das Bundeskanzleramt Leopold Figl und für die Austria Presse Agentur Oscar Pollak und Edmund Weber den Vertrag zwischen der Republik Österreich und der APA. 66 Am nächsten Tag informiert der Bundeskanzler die Präsidentschaftskanzlei. das Bundeskanzleramt/Aeusseres und die Präsidien der Bundesministerien, daß nun die Genossenschaft Austria Presse Agentur die Veröffentlichung und Verbreitung des amtlichen Nachrichtenmaterials "in der von der Amtlichen Nachrichtenstelle bisher geübten Weise"67 übernehme, wodurch der Regierung die bisherige Publizität gesichert bleibe. Die amtlichen Mitteilungen, die zur Weitergabe an die Presse bestimmt sind, seien wie bisher ausschließlich an den Bundespressedienst zu übermitteln. Weiters werden die Präsidien der Landeshauptmannschaften ersucht, von der Änderung Kenntnis zu nehmen und die dortigen Presseämter zu verständigen.

Über das eigene Fernschreibernetz, das ab 1. September 1946 einsatzbereit ist, übermittelt die APA fortan neben ihrem normalen Dienst amtliche Kommuniqués und offiziöse Aussendungen. Der offizielle Charakter dieser Kommuniqués wird mit dem Vermerk "Amtlich wird mitgeteilt", "Amtlich wird bekanntgegeben" oder "Amtlich wird verlautbart" gekennzeichnet. Die offiziösen Aussendungen, die keinen amtlichen Charakter haben, die dem Bundespressedienst aber als wichtig erscheinen, lassen gegenüber dem Eingeweihten durch den Hinweis "Wie die APA erfährt" ihren Ursprung erkennen.68

Mit dem Datum vom 31. August 1946 ist die Austria Presse Agentur (APA) als registrierte Genossenschaft ins Genossenschaftsbuch am Handelsgericht Wien eingetragen. Das im Statut

festgelegte Ziel des Unternehmens ist die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder, welche man durch "(...) entgeltliche Versorgung derselben mit Nachrichten aller Art aus dem In- und Auslande unter Zuhilfenahme aller zur Erreichung dieses Zweckes erforderlichen Hilfsmittel, durch die Errichtung von Nachrichtenagenturen im Inund Auslande und durch Beteiligungen an anderen gleichartigen Unternehmungen" erreichen will. Die Austria Presse Agentur soll einen "(...) unabhängigen Nachrichtendienst für die österreichischen Zeitungen, gleichgültig welcher politischen oder weltanschaulichen Tendenz"69 gewährleisten. Im ersten Jahr sendet die APA Auslands- und Inlandsnachrichten, Wirtschaftsmeldungen und Kursdienst, sowie in- und ausländische Sportnachrichten in einem Umfang von täglich rund 30.000 Worten aus. Im Vordergrund steht die Versorgung der Mitglieder, die mit einem Geschäftsanteil von 1.000 Schilling je 10.000 Stück Auflage das Unternehmen tragen. wobei die Auflage alle vier Monate erhoben wird. Um zusätzliche Kosten zu decken, leisten die Mitglieder vierteljährlich Beiträge, die nach einem bestimmten Schlüssel festgesetzt werden. Mit Ende 1946 sind fast alle österreichischen Tageszeitungen außer den Besatzerzeitungen Mitglieder der Genossenschaft. Lediglich die Salzburger Nachrichten und die Tiroler Tageszeitung haben noch keine Anteile gezeichnet, auch die Vorarlberger Nachrichten sind noch nicht Mitglied; diese Blätter beziehen den APA-Dienst aber im Abonnement.70

Da das Nachrichtengeschäft in Österreich ein faktisches Monopol der *APA* darstellt, ist auch der Verkauf von Nachrichten an Nichtmitglieder – wenn auch nur als Hilfsgeschäft – zulässig. Den *APA*-Dienst haben beispielsweise auch Besatzerund Wochenzeitungen, die alliierten Radiostationen, andere Nachrichtenagenturen, Vertreter von ausländischen Zeitungen oder Radiostationen

s. ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.587/HII/46; in: Erlässe APA, Grzl. 3091/47.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III, Zl. 80.328-III/46; in: Bundeskanzlei Erlässe, Grzl. 3017/46.

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Enrico Schiavon: Tätigkeit und Bedeutung der Pressestellen in der zweiten österreichischen Republik, phil. Diss., Wien 1951. S. 27.

<sup>&</sup>lt;sup>ω</sup> zit.n. Tschögl, S. 190.

APA Mitglieder: Das Kleine Volksblatt (ÖVP), Wien; Arbeiter Zeitung (SPÖ), Wien; Österreichische Volksstimme (KPÖ), Wien; Neues Österreich, (Drei-Parteien-Blatt) Wien; Linzer Volksblatt (ÖVP), Linz; Neue Zeit (KPÖ), Linz; Oberösterreichische Nachrichten (unabhängig), Linz; Tagblatt (SPÖ), Linz; Salzburger Volkszeitung (Volksblatt)

<sup>(</sup>ÖVP), Salzburg; Demokratisches Volksblatt (SPÖ), Salzburg; Salzburger Tagblatt (KPÖ), Salzburg; Tiroler Nachrichten (ÖVP), Innsbruck; Volkszeitung (SPÖ), Innsbruck; Tiroler Neue Zeitung (KPÖ), Innsbruck; Vorarlberger Volksblatt (ÖVP), Bregenz; Vorarlberger Volkswille (SPÖ), Bregenz; Vorarlberger Nachrichten, Bregenz; Das Steirerblatt (ÖVP), Graz; Neue Zeit (SPÖ), Graz; Wahrheit (KPÖ), Graz; Volkszeitung (ÖVP), Klagenfurt; Die Neue Zeit (SPÖ), Klagenfurt; Otlswille, Klagenfurt (KPÖ); s. Bilanz 31. 12. 1946, APA-Archiv. Die Salzburger Nachrichten und die Tiroler Tageszeitung treten im Laufe des Jahres 1947 als Mitglieder bei, die Vorarlberger Nachrichten 1948.

und private Firmen abonniert.<sup>71</sup> Vor allem der Wirtschaftsdienst ist auch für private Kunden interessant. Ein Mitarbeiter der APA besorgt den Kursdienst und versorgt Interessenten aus Industrie und Wirtschaft telefonisch mit Marktpreisen; diese Kunden will man auch mit den Spezialdiensten zu bestimmten Wirtschaftszweigen ansprechen. Es ist dies angesichts der darniederliegenden österreichischen Wirtschaft allerdings noch kein besonders großer Bereich.72 Das Geschäft mit den Nichtmitgliedern ist für die APA dennoch eine wichtige zusätzliche Einnahmequelle, die letztlich ermöglicht, einen, wenn auch begrenzten Gewinn, zu schreiben.73 Wie sich im Lauf der Zeit zeigt, stellt gerade jenes "Hilfsgeschäft" einen Großteil des Umsatzes, was vom Genossenschaftsverband in fast jedem Bericht rügend angemerkt wird, da dies eigentlich nicht im Sinn einer Genossenschaft sei, was aber zweifellos einen entscheidenden Beitrag zum wirtschaftlichen Überleben der APA darstellt.

Die Nachrichten aus dem Ausland bezieht die APA vorerst von Reuters – allerdings nicht exklusiv. Bis Ende 1947 schließt sie auch Verträge mit der sowjetischen Agentur TASS, dem amerikanischen International News Service (INS), der Schweizerischen Depeschenagentur mit der man auch eine direkte Fernschreiberverbindung hat, und der Sportinformation Zürich, der ungarischen MTI, sowie der französischen Agence France Presse. Abmachungen über einen Nachrichtenaustausch hat die APA auch mit der tschechoslowakischen CTK, der PAP (Polen), der TANJUG (Jugoslawien), der ANSA (Italien), der ANP (Holland), dem norwegischen Norsk Telegrambyra NTB, Ritzau (Dänemark), dem schwedi-

schen *Tidningarnas Telegrambyra* (TT) und der Agentur in der amerikanischen Zone Deutschlands, der *DENA*.74 Abgesehen davon unterhält die *APA* auch nichtvertragliche Beziehungen zu *RADOR* (Rumänien), der *Agence Anatolie*, der *Agence Telegraphique Belge* (*BELGA*) und der bulgarischen Nachrichtenagentur *BTA*.75 1948 tauscht man kurzfristig den Dienst der amerikanischen Agentur *International News Service* gegen den der *Associated Press*, was man, unzufrieden, noch im selben Jahr wieder rückgängig macht. Man baut überdies ein Korrespondentennetz auf und stellt eigene Redakteure in London, Zürich, Prag, Brünn, Paris, Rom und Budapest ein.76

D ei der Nachrichtenbeschaffung aus dem Aus-**B**land bedient man sich der funktechnischen Übertragung. Die Nachrichten kommen auf dünnen Streifen aus dem Gerät und müssen direkt von den Bändern abgelesen werden." Allerdings ist der Dienst atmosphärischen Störungen ausgesetzt, dadurch gehen immer wieder einzelne Sequenzen verloren. So ist es auch eine der Aufgaben der Redakteure, den Inhalt dieser "Lückentexte" zu rekonstruieren; diese Unzulänglichkeit nimmt man aber in Kauf, da man durch die drahtlose Übertragung der russischen Zensur entgeht. Die Streifen werden auf Papier geklebt, sofern nötig übersetzt, von einer Sekretärin mit der Schreibmaschine getippt, vom Fernschreiber auf Lochkarten gestanzt und in dieser Form an die Redaktionen der einzelnen Zeitungen geschickt. Dabei sind die für die vielen Schreibarbeiten nötigen Schreibmaschinen anfangs noch Mangelware. Als man plant, den Dienst auszuweiten, wendet man sich über den Bundeskanzler an die "zuständigen Stellen" staatlichen Stellen – um Hilfe. Man rechtfertigt

Nichtmitglieder u.a.: Tageszeitung, Bregenz; Österreichische Zeitung, Wien; Welt am Abend, Wien; Weltpresse, Wien; Wiener Kurier, Wien; Die Presse, Wien; Wirtschaft, Wien; Wirtschaftsecho, Wien-Linz; Wiener Zeitung, Wien; Sportmontag, Wien; Volkswille, Klagenfurt; Kärntner Illustrierte, Klagenfurt; Neue Österreichische Gewerbe-Zeitung, Wien; Vorarlberger Nachrichten, Bregenz; sowie die Rundfunkstation RAVAG; Sender Alpenland, Wien; BBC, Wien; Chicago Sun, Wien; Melantrich-Verlag, Wien; New York Times, Wien; Il Tempo, Wien; Polnischer Rundfunk, Wien; Reuters Limited, London; TASS, Wien-Moskau; Privatwirtschaft: Fa. Hämmerle; Kastner; Brüder Perutz; Wilhelm Peukert; Pottendorfer Spinnerei; Seutter & Co.; Vinciguerra; Theresienthaler;... s. Bilanz 31. 12. 1946, APA-Archiv.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Interview von Edith Dörfler mit Herbert Jaros, 28. September 2000.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> s. Bericht über die Überprüfung des Rumpfgeschäftsjahres vom 1, 9, bis 31, 12, 1946 der Firma Austria Presse

Agentur (Apa), erstattet durch Allgem. Treuhand Ges. m. b. H. im Auftrage der Austria Presse Agentur (Apa), Wien, am 6. Mai 1947, S. 15, APA-Archiv.

<sup>74</sup> Schönberg: Die amerikanische Medien- und Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1950, Dokumentation, Bd. II, S. 523 ff.

<sup>78</sup> s. Karl Siepen und Oscar Pollak: Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. 1. – 31. 12. 1947; Wien, den 29. 4. 1948; in: APA Bilanz per 31. 12. 1947; sowie: APA – Geschäftsbericht und Jahresabschluß für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. 9. bis 31. 12. 1946; in: APA-Bilanz per 31. 12. 1946, APA-Archiv.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> s. Karl Siepen und Oscar Pollak: Bericht über das Geschäftsjahr vom 1.1. – 31. 12.1948, Wien, den 28. 9. 1949; in: APA Bilanz per 31. 12. 1948, APA-Archiv.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Interview mit Eric Derman, 22. Oktober 1985; in: Elizabeth Grandville: *Information als Ware. Die Austria Presse Augentur*, Wien 1986, S. 42 f. (unveröffentlichtes Manuskript, APA-Archiv).

das Subventionsansuchen mit dem Argument, daß die APA als die "einzige österreichische Nachrichtenagentur" nicht nur Presse und Rundfunk, sondern auch "Regierung und Wirtschaft mit Informationen versorgt" und daß der Ausbau der Dienste "von höchstem staatspolitischem Interesse ist". Die Bedürfnisse der APA wären aus diesem Grund "an erster Stelle zu berücksichtigen". 78 So ganz gelingt die Emanzipation vom Staat nicht; eine rudimentäre Bindung bleibt, die jedoch weniger den Interessen der Regierung als denen der Republik gilt und die das Fundament für die öffentliche Aufgabenstellung bildet, die der APA als nationale Agentur künftig immer stärker zukommen wird.

Wie dem auch sei, mit der Implementierung der *Austria Presse Agentur* ist der Nachrichtendienst in Österreich erstmals dem unmittelbaren Einfluß des staatlichen Presseapparats entzogen, ein mittelbarer Einfluß bleibt freilich bestehen. Als Genossenschaftsmitglieder firmieren die österreichischen Tageszeitungen, allen voran die Zeitungen der Regierungsparteien, was nicht unbedingt eine Gewähr ist für Unabhängigkeit im engeren Sinn. Zudem sind Vorstand und Aufsichtsrat der APA aufgrund von Parteienvereinbarungen proporzmäßig besetzt. Auch in der Inlandsredaktion bildet sich von Anfang an ein proportionales und verfeindetes Duo heraus, das sich in Karl Waranitsch und Elisabeth Thury verkörpert. Beide, Waranitsch, ehemals Chefredakteur des Pressedienstes der Vaterländischen Front, 79 nunmehr ÖVP, und die sozialistische Redakteurin Thury, waren ihrer Überzeugung wegen im Konzentrationslager. Jetzt achten beide darauf, daß die Parteikorrespondenzen ihrer Parteien in entsprechendem Umfang Platz in der Berichterstattung finden, wobei Waranitsch als Ressortleiter trotz der Vehemenz seiner Kollegin zumeist das letzte Wort hat.80

Ein gravierendes Problem zu Beginn ist die Rekrutierung von qualifiziertem journalistischen Personal. Dadurch, daß die Branche von jeher männlich dominiert ist, wirkt sich der allgemeine kriegs- und gefangenschaftsbedingte Männermangel negativ aus. Darüber hinaus darf so mancher, der seine Gesinnung allzu offen zur Schau getragen hat, wegen nationalsozialistischer Vergangenheit seinen Beruf nicht mehr ausüben. Infolgedessen besteht die Redaktion neben wenigen Übernommenen hauptsächlich aus jungen Leuten, von denen manch einer noch die Uniform - mitunter auch eine amerikanische oder britische - trägt. Aus dem Widerstand oder dem Konzentrationslager kommen, abgesehen von Waranitsch, der Chefredakteur Ostry, die Innenpolitik-Redakteurin Thury sowie Eric Derman und Alfred Jenauth, beide im Auslandsressort tätig.81 Jenauth ist als 18jähriger Maturant, angewidert von antisemitischem und großdeutschem Gedankengut, das sich in Österreich breitmachte und um dem Militärdienst zu entgehen, im Februar 1938 aus Wien emigriert. Nach langer Odyssee, unterbrochen immer wieder durch Internierungen, ist er im Mai 1945 mit der britischen Armee nach Österreich zurückgekommen. wo er bis Mitte 1947 den Nachrichtendienst der britischen Sendergruppe Alpenland geleitet hat.82 Jetzt ist er bei der APA gelandet.

Demgegenüber steht der Leiter des Auslandsressorts Rupert Schödl, der aus dem nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtenbüre übernommen worden ist. Schödl kann sich aber behaupten, durch ein "ausgleichendes Wesen", das ihm nachgesagt wird, und mit der Unterstützung Jenauths. Nur einmal droht ihn seine Vergangenheit einzuholen. In der kommunistischen Volksstimme vom 10. Jänner 1948 scheint sein Name im Zusammenhang mit Vorwürfen gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten auf. In diesem Artikel wird eine Erklärung des Presseamts des ehemaligen Wiener Gauleiters Bürckel vom 15. März 1939 zitiert, nach der einige Schriftleiter des Deutschen Nachrichtenbüros, Hauptstelle Wien, unter anderem auch der nunmmehrige Leiter des Auslandsressorts der APA, Rupert Schödl,

"(...) sowohl während der Zeit der Vorbereitung der Volksabstimmung in Österreich als auch später, und da wiederum besonders zur Zeit der Septemberkrise, ausgezeichnete Arbeit geleistet

OSTA, AdR, BKA/III; Zl. 80.786/47, 16/III Kt: 7. 79Personalakten der Amtlichen Nachrichtenstelle; ÖSTA, AdR, BKA, Sektion III; in: Amtliche Nachrichtenstelle, Grzl. 3091, 80.033-III/46.

Interview von Edith Dörfler mit Herbert Jaros, 28. September 2000.

<sup>\*</sup> cbd.

Alfred Jenauth: Ich hatte mir das alles leichter vorgestellt; Interview von Anton Mitterer, Olga Kronsteiner und Doris Weber; in: Manfred Bobrowsky: Schreiben im Widerstand. Österreichische Publizisten 1933-1945; Wien 1993, S. 193 ff; sowie: Ehemaliger Auslandschef Fred Jenauth gestorben; in: APA-Basisdienst 17. Dezember 1999.

haben. Diese erfolgreiche Leistung gründete sich nicht nur auf den Fleiß und die Bereitwilligkeit der Genannten, sondern auch auf den weltanschaulichen Einsatz für das Reich und die Partei.\*883 Die Nennung Schödls in dieser Causa führt zu großer Aufregung in der *APA*, doch Schödl geht einige Wochen auf Urlaub und die Angelegenheit verrinnt im Sand...<sup>84</sup>

### Mag. Edith DÖRFLER (1971)

Mitarbeiterin der Austria Presse Agentur und Dissertantin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

### Mag. Wolfgang PENSOLD (1967)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Technischen Museum Wien und Dissertant am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

No. Volksstimme, 10. Jänner 1948, S. 2.

Interview von Edith Dörfler mit Oskar Maier, 4. Oktober 2000.

# "Unter eigener Redaktion"

Bestandsaufnahme der Sozialdemokratischen Frauenpresse in der Ersten Republik

# **Margit Wolfsberger**

"Unter eigener Redaktion" ist der Zusatz, den Emmy Freundlich einem Antrag der Frauenreichskonferenz am Parteitag 1924 hinzufügen möchte. Der Antrag fordert die bereits wiederholt verlangte und auch versprochene Einführung einer wöchentlichen Frauenbeilage für das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs, die Arbeiter-Zeitung. Emmy Freundlich begründet ihren Zusatz mit der Einschätzung: "(...) denn wenn wir diese Autonomie nicht haben, werden wir sehr oft von Dingen nicht sprechen können, die für die Frauen sehr wichtig sind, die aber die Männer nicht als wichtig ansehen."

Sie, eine in bezug auf Frauenfragen eher gemäßigte Vertreterin, spricht hier an, was grundlegende Problematik der sozialdemokratischen Frauenbewegung seit ihrer Entstehung in Folge des Einigungsparteitages 1889 in Hainburg ist: Der ständige Kampf um die Anerkennung der "Genossen", das gelegentliche Aufbegehren gegen die Bevormundung oder totale Ignoranz und die letztlich doch ausgeübte Einordnung in die Gesamtbewegung.<sup>2</sup> "Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand" sind bis heute¹ untrennbar mit der Emanzipation von Frauen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung verbundene Begriffe.

Die Sozialdemokratische Frauenbewegung kann als Schnittstelle von Arbeiter/innenbewegung und Frauenbewegung, zwei der wichtigsten sozialen Bewegungen des ausgehenden 19. und gesamten 20. Jahrhunderts gesehen werden. Zur historischen und ideologischen Verortung der Frauenbewegungen stellt Theresa Wobbe fest, daß Frau-

enbewegungen als "Teil und Effekt der großen politischen Männerbewegungen des 19. Jahrhunderts, des Liberalismus und Sozialismus bzw. Reformismus", definiert werden.<sup>4</sup> Die wechselseitige Provokation zwischen Frauenbewegung und Sozialdemokratie ist nicht nur seit der Genese beider Bewegungen eines ihrer beständigsten Wesensmerkmale – der latente Kampf wird heute auch in der unterschiedlichen Bewertung durch Historiker reproduziert:

Wenn die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in Deutschland etwa seit den 1840er Jahren den Begriff der sozialen Bewegung mit der Arbeiterbewegung als der treibenden Kraft in der Geschichte und als Prototyp einer sozialen Bewegung gleichsetzen, so ignorieren die damit die sich gleichzeitig mit dem Aufkommen der Arbeiterbewegung organisierende Bewegung der Frauen.

In Österreich besteht diese Gefahr angesichts der sozialdemokratischen "Erfolgsstory" des "Roten Wien" und des faszinierenden Gedankengebäudes des Austromarxismus in der Ersten Republik umso mehr. Daher ist eine Darstellung der problematischen Beziehung zwischen Segmenten der oft monolithisch vermittelten Sozialdemokratie ein notwendiges Korrektiv zur allzu harmonisierenden traditionellen Geschichtsschreibung. Gleichzeitig soll aber, "(...) eine zunehmend brüchiger werdende Fortschrittsgeschichte nicht länger mit dem Subjekt "Frau" zu "kitten" versucht werden." So wenig wie von den Arbeitern und Arbeiterinnen gesprochen werden kann, ist es möglich eine generelle Aussage über die "Frauen" einer Epoche zu treffen.

Frauen-Zentralkomitee (Hg.): Organisation, Nationalrat und soziale Gesetzgebung. Verhandlungen der Frauenreichskonferenz in Salzburg am 30. 10. und 1. 11. 1924, Wien 1925, S. 10.

Unter Gesamtbewegung werden hier Partei, Gewerkschaften, Kulturorganisationen mit den jeweils Involvierten und Anhängern, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, verstanden.

vgl. Susanne Feigl (Hg.): Beharrlichkeit, Anpassung und

Widerstand, Wien 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Theresa Wobbe: Gleichheit und Differenz, Frankfurt – New York 1989, S. 11.

Ute Gerhard: Die "langen Wellen" der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: dies. Atempause, Frankfurt 1999, S. 16.

Theresa Wobbe: Gleichheit und Differenz, Frankfurt – New York 1989, S. 18.

Im Zentrum dieser Arbeit steht eine Bestandsaufnahme der sozialdemokratischen Frauenpressez der Ersten Republik und eine knappe Darstellung der Rahmenbedingungen, unter denen Frauen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung als Kommunikatorinnen handelten. Dieses Basismaterial ist notwendig für weitere Forschungen zur sozialdemokratischen Frauenbewegung, die nach Ute Gerhard folgende Bereiche umfassen soll: Analysen der "Phasen der Mobilisierung und Institutionalisierung", der "Gruppe der Trägerinnen" und der "Kommunikationsstrukturen und Artikulationsformen". Darüber hinaus interessieren aber auch "die persönlichen Beziehungen, die intellektuellen und sozialen Netzwerke und eine

Bewegungskultur (...)"." Bei einigen dieser Forschungsfelder liegen für die sozialdemokratische Frauenbewegung der Ersten Republik bereits Studien, wie zum Beispiel zu einzelnen Führerinnen (Adelheid Popp, Therese Schlesinger)" und zu Einzelaspekten (z. B. Abtrei-

bungsfrage), vor. Eine Gesamtdarstellung der Kommunikationssituation fehlt allerdings noch und auch die Monographien zu einzelnen Frauenperiodika entsprechen in der Mehrzahl nicht mehr heutigen Forschungsstandards und sind zudem meist auf zwei Publikationen – nämlich Arbeiterinnen-Zeitung bzw. Die Frau und Die Unzufriedene – konzentriert. Dieser heutigen Wahrnehmung steht eine viel größere Vielfalt an historischen Presseerzeugnissen entgegen, die allerdings in der allgemeinen Geschichtsforschung zur Sozialdemokratie unbeachtet bleiben. Für diese Arbeit galt daher: Wer suchet, die findet!

# Die sozialdemokratische Presse der Ersten Republik

Um eine Bestandsaufnahme der sozialdemokratischen Frauenpresse in der Ersten Republik innerhalb der Gesamtbewegung einordnen zu können, ist es notwendig, einen kurzen Blick auf die gesamte Presse der sozialdemokratischen Partei, Gewerkschaften und Kulturorganisationen zu werfen. Die Forschungslage zu letzteren ist sehr spärlich und die Trennungslinien sind hier nicht immer klar zu ziehen. Eine Orientierung sind die offiziellen Parteitagsbeschlüsse. So werden etwa 1919 beim Parteitag 33 Parteiblätter als solche anerkannt. 10 1926 erwähnt der Bericht

über die Parteipresse mit Stichtag 30. Juni 1926: 28 Parteiorgane, darunter sechs Tageszeitungen; vier Periodika werden als Reichsorgane eingestuft.<sup>11</sup> Neben diesen

offiziellen Parteiorganen, gibt es die Zeitschriften der Kulturorganisationen, die Gewerkschaftspresse und die "offiziöse" Presse.<sup>12</sup> Der Stand der Fachblätter der Zentralverbände der Freien Gewerkschaften von 1926 wird mit 55 Titeln angegeben. Es wird aber bei dieser Aufstellung auch erwähnt, daß "nur die von den Zentralen der Organisation herausgegebenen Fachblätter" berücksichtigt wurden, und daß darüber hinaus "eine Reihe von Blättern, die für einzelne Länder oder von Gehilfenausschüssen herausgegeben werden", existierten.<sup>13</sup> 1930 werden in einem Artikel zur "Parteipresse" (!) sieben Tageszeitungen, 68 Zeitschriften (inkl. jener der Kulturorga-

In der allgemeinen

Geschichtsforschung zur

viele historische Presse-

erzeugnisse unbeachtet

Sozialdemokratie bleiben

Die hier behandelte Frauenpresse ist genaugenommen "Frauenbewegungspresse". Nicht von einer allgemeinernden Frauenkultur ist hier die Rede, sondern stattdessen "von Frauenbewegungskultur als bewußt geschaffenem Zusammenhang einer Gruppe von Frauen zur Durchsetzung von Emanzipationszielen". vgl. Ute Gerhard/Christina Klausmann/Ulla Wischermann: Frauenfreundschaften – ihre Bedeutung von Politik und Kultur der alten Frauenbewegung. In: Feministische Studien 1/1993, S. 33.

Ute Gerhard: Die ,langen Wellen der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: dies. Atempause, Frankfurt 1999, S. 25.

ygl. Édith Prost (Hg.): "Die Partei hat mich nie enttäuscht..." Österreichische Sozialdemokratinnen, Wien 1989. Zwei neuere biografische Arbeiten behandeln Marianne Pollak und Adelheid Popp. Vgl. Michaela Schneider: Schreiben für den "Neuen Menschen". Die sozialdemokratische Journalistin und Politikerin Marianne Pollak 1891-1963, Diplomarbeit, Wien 2000. Gabriella Hauch: Adelheid Popp (1869-1939) Bruch-Linien einer

sozialdemokratischen Frauen-Karriere. In: Frauke Severit (Hg.): Das alles war ich: Politikerinnen, Künstlerinnen, Exzentrikerinnen der Wiener Moderne, Wien – Köln – Weimar 1998.

vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs 1920, Wien 1920, S. 123, 288.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> vgl. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926, Wien 1926, S. 86-87. Diese Zahlen sind nur als Richtwert zu nehmen, denn in dieser Aufzählung fehlt etwa Der Kampf, der zur Parteipresse gehört. In einer Aufstellung von 1925 werden hingegen Bildungsarbeit und Der Kampf zur Parteipresse gezählt. Vgl. Österreichischer Arbeiter-Kalender, Wien 1926, S. 96-99.

Unter "offiziöser" oder "Parteirichtungspresse" wird mit einer Partei sympathisierend verstanden. Sie wird hier nicht berücksichtigt.

vgl. Stärke und Leistungsfähigkeit der Freien Gewerkschaften Deutsch-Österreichs. In: Arbeit und Wirtschaft 5.11 (1927), Sp. 496, S. 517-518, Tab. XI.

nisationen) und 52 Gewerkschaftsblätter erwähnt.<sup>14</sup>

Trotz des Umfangs und der Vielfalt der sozialdemokratischen Presse gibt es nur ein Zentralorgan, die Arbeiter-Zeitung, ein Umstand, der die generelle Konzeption der österreichischen Sozialdemokratischen Partei mit ihrem omnipräsenten Einheitsbestreben, der bei allem Verbalradikalismus sehr rigid ausgeübten Abgrenzung nach links und den auf Wien gerichteten Zentralismus abbildet.

Die Aufgaben der Parteipresse werden im Parteistatut definiert:

Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.(...) Zur Anerkennung als Parteiblatt bedarf es des Beschlusses eines Parteitages.<sup>15</sup>

us den programmatischen Erklärungen wird Adie Bedeutung der Presse im "Denkschema der Partei", für den "Prozeß der Bewußtseinsbildung" und der "meinungsmäßigen Gleichschaltung"16 der Mitglieder durch die Einschränkungen, denen lournalisten und louranlistinnen bei diesen Medien unterworfen sind, klar. Alle diese Faktoren wirkten auch auf die sozialdemokratische Frauenpresse ein. Hier kommen einerseits noch das Mißtrauen der männlichen Genossen gegenüber Sonderinteressen von Frauen und einer immer befürchteten etwaigen Separatorganisierung und andererseits die Ignoranz innerhalb aller männlichdominierten Gremien gegenüber Frauenangelegenheiten hinzu. Dennoch stellt auch die sozialdemokratische Frauenpresse in der Ersten Republik ein größeres Kommunikationsnetz her, als aus den bisherigen Untersuchungen zur sozialdemokratischen Presse hervorgeht. Gegen irrationale Vorurteile und persönlich motivierte Gründe für das Festhalten an patriarchalischen Strukturen innerhalb der Gesamtbewegung gelang es, in mühsamer Überzeugungsarbeit, taktischen Scharmützeln und letztendlich um den Preis des Verzichts auf radikale Reformen des Geschlechterverhältnisses Kommunikationsräume zu erobern. <sup>17</sup> Eine Grundbedingung für die Existenz der sozialdemokratischen Frauenbewegung war dabei auch die Abgrenzung von anderen Richtungen der Frauenbewegung.

# Positionierung innerhalb der Frauenbewegung

Die "Frauenbewegung" wird üblicherweise nach den verschiedenen Richtungen unterteilt, die entweder mit politischen oder weltanschaulichen Richtungen in Verbindung stehen. Diese Unterscheidung erscheint nicht immer sinnvoll¹³ und verdeckt gemeinsame Ziele bei unterschiedlichen Strategien:

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten ging es in beiden [sozialdemokratischen und bürgerlichen] Konzepten um die Eigenrechte der Frau und um die Veränderung des Status quo in den Geschlechterverhältnissen als Teil gesellschafilicher Reform oder gar Revolution.<sup>19</sup>

Die prinzipielle Distanz zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Frauenbewegung bestand ohne Zweifel seit Gründung beider Strömungen und auch während der gesamten Ersten Republik, dennoch gibt es innerhalb der Frauenbewegungspresse eine sporadische Zusammenarbeit. In der sozialdemokratischen Frau wird anläßlich einer Würdigung Auguste Fickerts die Zusammenarbeit positiv erwähnt:

Sozialdemokratische Frauen schrieben für diese tapfere Revue manchen Beitrag, denn für die Arbeiterinnen, ihre Leiden und ihren Kampf, standen die Spalten dieses Blattes immer offen.<sup>20</sup>

Zwischen den beiden Hauptorganen der sozialdemokratischen und christlichsozialen Frauenbewegung – Arbeiterinnen-Zeitung und Österreichischen Frauen-Zeitung – bestand hingegen ein aus-

- vgl. A. Jalkotzy, Die Parteipresse. In: Der Kampf 1930, S. 406. vgl. Dieter Langewiesche: Zur Freizeit des Arbeiters, Stuttgart 1979, S. 388-389, Tab. 111 und Theodor Venus: Sozialdemokratische Presse und Pressepolitik. In: Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik (Hg.): Arbeiterkultur in Österreich 1918 1934, Projektbericht, Wien 1983, S. 286ff.
- Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1919, Wien 1920, S. 14.
- Marianne Lunzer: Parteien und Parteienpresse. In: Franz Ivan u. a. (Hg.): 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983, Wien 1983, S. 87.
- Gabriella Hauch gibt in ihrer biografischen Studie zu Adelheid Popp anhand einer der wichtigsten

- Kommunikatorinnen der Sozialdemokratie bis zum Ende der Ersten Republik einen bezeichnenden Einblick auf die Bemühungen von Frauen und die Abwehr der "Genossen". Vgl. Hauch, 1998.
- Diese Kategorien können über die inhaltliche Ausrichtung der Frauenzeitschriften definiert werden. Vgl. Christa Bittermann-Wille/Helga Hofmann-Weinberger: Von der Zeitschrift Dokumente der Frauen zur Dokumentation von Frauenzeitschriften. In: Medien&Zeit 2/2000, S. 53.
- <sup>19</sup> Ute Gerhard: Die Jangen Wellen der Frauenbewegung Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: dies.: Atempause, Frankfurt 1999.
- <sup>20</sup> Auguste Fickert. In: Die Frau 35.8 (1. 8. 1926), S. 4.

gesprochen feindliches Verhältnis, bedingt durch die allgemeine parteipolitische Konfliktsituation und des Werbens um dieselbe Zielgruppe, nämlich die der Arbeiterin und Unter- bis Mittelschicht-Hausfrau.<sup>21</sup>

### Positionierung innerhalb der Sozialdemokratie

Die Frauenbewegungspresse, die mit einer Partei im Zusammenhang steht, kann nach ihrer Funktion unterteilt werden in Schulungs-, Unterhaltungsblätter und in Kampfblätter. In bezug auf die Rezipientinnen gibt es Blätter, die für die "Politisierung eines (...) Massenpublikums" geschrieben werden und solche, die sich nur an Funktionärinnen wenden.<sup>22</sup> Die Arbeiterinnen-Zeitungl Die Frau ist eher dem zweiten Typ zuzuordnen, wenngleich sie nicht als Kaderblatt konzipiert ist und obligatorisch an alle weiblichen Parteimitglieder verteilt wird. Die Unzufriedene ist das sehr erfolgreiche Blatt für die "Indifferente" und dient vor allem der Agitation unter noch nicht politisierten Frauen.

Im Hinblick auf die Erscheinungsart kann zwischen selbständigen, wöchentlich oder monatlich erscheinenden Publikationen und nicht-selbständig erscheinender Frauenpresse unterschieden werden. Zu letzterer zählen Frauenrubriken, Frauenseiten und Frauenbeilagen. Hinzu kommen einzelne Ausgaben und Sonderpublikationen der sozialdemokratischen Frauenpresse zu speziellen Anlässen und Sonderthemen.<sup>23</sup>

In der zeitgenössischen Frauenpresse taucht die Frage der Frauenseiten als "Chance oder Ghetto" von Fraueninteressen immer wieder auf und ist bis heute nicht endgültig beantwortet worden.<sup>24</sup> Es ist festzustellen, daß sich Sozialdemokratinnen immer wieder bemüht haben, Frauenseiten und ähnliches in der sozialdemokratischen Presse durchzusetzen. Diese Kommunikationsräume waren zwar keine Freiräume "unter eigener

Redaktion" aber doch eine Möglichkeit, Leserinnen zu erreichen, die keine eigene Frauenpublikation beziehen wollten oder konnten, und es war außerdem eine - manchmal die einzige - Möglichkeit überhaupt, als Frau publizieren zu können. Die Bestrebungen nach mehr selbständigen und unselbständigen Frauenpublikationen führten häufig zu Konflikten mit den Genossen, in den meisten Fällen wurden diese Unstimmigkeiten aber auf der primären Kommunikationsebene ausgetragen und nicht in der Presse diskutiert, was die heutige Analyse dieser Prozesse erschwert. Adelheid Popp erwähnt auf der Frauenreichskonferenz 1924 im Hinblick auf die Behinderung durch die Genossen und die wiederholten Klagen der Frauen darüber:

Es zeigt das nur, daß noch nicht alle Genossen vollkommene Menschen und vollkommene Sozialdemokraten sind. Es ist noch nicht lange her, daß wir uns entschlossen haben, über diese Dinge nicht mehr zu reden.<sup>24</sup>

Nebenwiderspruchstheorie und "Stillhalteabkommen" sind hieraus zu ersehen. Aus einigen Bemerkungen kann dennoch die Situation rund um die Frauenpresse rekonstruiert werden. Einen Hinweis zur Bedeutung der Parteipresse für die Sozialdemokratinnen liefert Eugenie Brandl, verantwortliche Redakteurin der *Frau*, auf der Frauenreichskonferenz von 1926:

Fin wichtiger Faktor in der gesamten Parteibewegung ist die Presse. Die Frauenbewegung hat sich als ebenbürtiger Faktor auch dadurch Geltung verschafft, daß sie ihre Presse ausgebaut hat.<sup>26</sup>

Diese Wechselwirkung von Ausgestaltung der Presse und Stärke der Frauenbewegung in der Sozialdemokratie ist tatsächlich festzustellen. Am Parteitag 1919 verteidigt Gabriele Proft die vierzehntägige Erscheinungsweise der *Arbeiterinnen-Zeitung* und deren Existenz überhaupt, da "(...) Genossen in den gemeinsamen Organisationen einfach gesagt haben: Wir brauchen die "Arbeiterinnen-Zeitung" nicht mehr, wir haben eine gemeinsame Organisation."<sup>27</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> vgl. Eva Klingenstein: Die Frau mit Eigenschaften. Literatur und Geschlecht in der Wiener Frauenpresse um 1900, Wien 1997, S. 89 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> vgl. Ruth-Esther Geiger/Sigrid Weigel: Sind das noch Damen? München 1991, S. 166.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> So erscheint etwa anläßlich des Frauentages eine den "Frauen gewidmete" Märznummer des "Jugendlichen Arbeiters". Vgl. "Von der Gewerkschaftspresse." Arbeit und Wirtschaft 2.6 (15. 3. 1924), Sp. 257.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> In dieser Frage ist die Fachliteratur auf die deutsche Frauenbewegung beschränkt: vgl. Geiger/Weigel, 1991, S. 84 ff. und Jona Teichmann, Eine Seite für die Welt der

Frau. Frauenbeilagen in der Weimarer Republik, Diplomarbeit, Dortmund 1982.

Frauenzentralkomitee (Hg.): Organisation, Nationalrat und soziale Gesetzgebung. Verhandlungen der sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz 1924, Wien 1925, S. 16.

Erauenzentralkomitee (Hg.): Frauenarbeit und Bevölkerungspolitik. Verhandlungen der sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz 1926, Wien 1926, S. 48.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs 1919. Wien 1920, S. 191.

Bei der Frauenreichskonferenz 1920 treffen Sozialdemokratinnen den Entschluß, der Reduktion der Arbeiterinnen-Zeitung auf eine einmonatliche Erscheinungsweise zuzustimmen, wenn im Gegenzug ein volkstümlich geschriebenes Wochenblatt und eine vierseitige Frauenbeilage der Arbeiter-Zeitung am Sonntag erscheint.28 Die entsprechenden Anträge von Bezirksorganisationen zur Einführung des Wochenblattes und einer Beilage der Arbeiter-Zeitung mit dem Titel Frauenblatt<sup>29</sup> werden am Parteitag 1920 dem Parteivorstand zugewiesen, der sie nicht verwirklicht. Ab 1921 erscheint die Arbeiterinnen-Zeitung nur mehr monatlich und in immer geringerem Seitenumfang, da die wirtschaftliche Lage des Blattes sehr schlecht ist.30 Im Bericht des Frauenzentralkomitees von 1921 wird diese Reduktion "(...) als eine bedauerliche Folge der gemeinsamen

Organisation (...)" bezeichnet und kritisch kommentiert." Kurz vor den Wahlen im Oktober 1923 erscheint die erste Nummer der *Un-*

Am Parteitag 1925 taucht erneut der Antrag auf Produktion einer Frauenbeilage zur Arbeiter-Zeitung auf

zufriedenen, des "einfach geschriebenen Frauenwochenblattes (...) das zur Verbreitung unter den Indifferenten dienen sollte". Die neue Zeitschrift wird auf der Frauenreichskonferenz befriedigt zur Kenntnis genommen,32 aber es wird auch offen ausgesprochen, daß nur der nahende Wahltermin den Parteivorstand dazu bewogen hat, den Beschluß des Frauenzentralkomitees durchzuführen. Wie jedes Jahr werden auch 1923 die Klagen über die mangelnde Kooperation der Genossen bei der Zustellung der Arbeiterinnen-Zeitung und jetzt auch bei der Unzufriedenen geäußert. Die Männer boykottieren den Vertrieb der Frauenmedien in einigen Orten, da sie meinen, "(...) sie können dann ihr Wochenblatt nicht absetzen".33

Bei der Frauenreichskonferenz von 1924 wird ein

weiteres Kommunikationsmittel der Sozialdemokratinnen vorgestellt: es sind dies die *Mitteilun*gen, eine Funktionärinnenkorrespondenz, die mit 850 Exemplaren aufgelegt wird. Die *Arbeiterin*nen-Zeitung (ab der Nr. 3 dieses Jahres *Die Frau*) besitzt 1924 eine Auflage von 143.000, die *Unzufriedene* von ca. 100.000 Exemplaren.<sup>34</sup>

Am Parteitag 1925 taucht erneut der Antrag auf Produktion einer Frauenbeilage zur Arbeiter-Zeitung auf. Der Rechenschaftsbericht des Parteivorstand am Parteitag 1926 gibt die wenig befriedigende Aktivität in dieser Sache an: "Das Blatt [Arbeiter-Zeitung] wurde durch Vermehrung des Lesestoffes ausgestaltet."35 Am Parteitag wird im Rahmen der Debatte über das neue Parteiprogramm auch zu Frauenfragen Stellung genommen. Der Passus zur Frauenfrage wurde in einer

Programmkommission erarbeitet und bei der Frauenreichskonferenz vorgestellt. Trotzdem scheinen die männlich dominierten Medien diese Thematik nicht ernst zu nehmen, denn 1927 wird bei der Frauenreichskonferenz erwähnt:

Im vorigen Jahr ist, wie wir wissen, ein kleines Unglück mit dem Bericht der 'Arbeiter-Zeitung' geschehen und so haben die meisten Funktionärinnen von unserer Konferenz gar nichts erfahren. <sup>36</sup>

Und 1931 wird in einem Artikel von Therese Schlesinger noch einmal das Verhalten der *Arbeiter-Zeitung* von 1926 mit ungewöhnlich offenen Worten angeprangert:

In unserem Zentralorgan spiegelte sich damals durch Wochen das leidenschafiliche Interesse wider, das die Genossen und Genossinnen vor, während und nach dem Linzer Parteitag an dem neuen Programm nahmen. Dennoch wußte das Blatt über die Programmverhandlung der Frauenkonferenz, (...) nichts anderes zu sagen, als daß nach einem zweistündigen Referat, folgende Resolution\* angenommen worden sei. Diese (...) Be-

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> vgl. Die Verhandlungen der Frauenreichskonferenz. In: Arbeiterinnen-Zeitung 29.23 (7. 12. 1920), S. 7.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs 1920, Wien 1920, S. 95ff.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> vgl. Genossinnen! In: Arbeiterinnen-Zeitung 31.7 (4. 7. 1922), S. 1.

<sup>&</sup>quot; Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs 1921, Wien 1921, S. 66.

ygl. Frauenzentralkomitee (Hg.): Die Forderungen der Frauen an Parlament und Verwaltung. Verhandlungen der

sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz 1923, Wien 1923, S. 21.

<sup>33</sup> ebd. S. 22ff.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> vgl. Frauenzentralkomitee (Hg.): Organisation, Nationalrat und soziale Gesetzgebung. Verhandlungen der sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz 1924, Wien 1925, S. 8.9

<sup>&</sup>quot; Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926, Wien 1926, S. 165.

<sup>\*\*</sup> Frauenzentralkomitee (Hg.): Protokoll der Verhandlungen der sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz 1927, Wien o. J. (1927), S. 30.

handlung (...) war lediglich der Tatsache zuzuschreiben, daß der Parteitag schon begonnen hatte, ehe die Frauenkonferenz mit ihren Arbeiten noch ganz zu Ende gekommen war und es darum den Pressevertretern an der notwendigen Zeit und der 'Arbeiter-Zeitung' an dem Raum gesehlt hatte, um der Frauenkonferenz gerecht zu werden.<sup>57</sup>

Tier bestätigt sich die eingangs zitierte pessimistische Sicht von Emmy Freundlich in bezug auf die Relevanz von Frauenthemen für Männer. Es zeigt aber auch den geringen Einfluß, den Frauen auf das Zentralorgan besitzen, denn nach dem verfrühten Abgang des "offiziellen" Pressevertreters der Arbeiter-Zeitung, Michael Schacherl, erscheint es denkbar, daß eine der anwesenden Frauen, die journalistisch tätig ist, einen Bericht für die Veröffentlichung hätte verfassen können, was aber nicht geschehen ist. Auch an den übrigen Mißständen der sozialdemokratischen Frauenpresse, die durch die Geringschätzung der Genossen verursacht werden, ändert sich nichts: Die Klagen über die Schwierigkeiten bei der Verbreitung der Frauenmedien werden wiederholt geäußert,38 ansonsten wird Anfang der dreißiger Jahre die Debatte über die Presse, sowie über Frauenthemen auf den Parteitagen zugunsten anderer Probleme zurückgestellt. Die Frauenpresse wird, wie die gesamte sozialdemokratische Presse ohne größere Debatten, zumindest an den Parteitagen, in den Dienst des Abwehrkampfes des Faschismus gestellt, was ein verstärktes Aufkommen von Schlagworten und Parolen in den Artikeln nach sich zieht. Die Qualität der Inhalte, differenzierte Sichtweisen und das breite Themenspektrum in den Frauenmedien gehen dabei zum Teil verloren.

Langer Kampf und schneller Tod

Bei der Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Frauenpresse erscheint der Bereich der nichtselbständigen Publikationen besonders erwähnenswert, da er in der bisherigen Fachliteratur kaum beachtet wird. Hier gibt es noch Forschungslücken, die zumeist nicht einmal genannt werden. Ein Großteil der Abhandlungen zur sozialdemokratischen Frauenpresse beschränkt sich auf die Arbeiterinnen-Zeitung (in Die Frau umbenannt) und Die Unzufriedene. Diese Einschränkung wird durch zeitgenössische Urteile und Ansichten mitverursacht, so heißt es etwa in einer Anzeige für die Arbeiterinnen-Zeitung, diese "(...) ist die einzige sozialdemokratische Frauenzeitung". Bemerkenswert ist, daß diese Annonce in der Wählerin erscheint, die den Untertitel Sozialdemokratisches Frauen-Wochenblatt trägt und somit der obengenannten Bezeichnung der Arbeiterinnen-Zeitung widerspricht.39

Eine mit Sicherheit noch lückenhafte Aufzählung der sozialdemokratischen Frauenpresse der Ersten Republik umfaßt die beiden bereist genannten selbständigen Publikationen (*Arbeiterinnen-Zeitungl Die Frau* und ab 1923 *Die Unzufriedene*40) und an unselbständiger Publizistik die Frauenseiten in der *Arbeiter-Zeitung*, im *Kleinen Blatt* und in anderen Länderzeitungen und -zeitschriften, die aber nicht untersucht wurden.<sup>41</sup> Dieter Langewiesche führt daneben noch die von Julius Braunthal redigierte *Bunte Woche* an, die eine Frauenbeilage besitzen soll.<sup>42</sup>

Während im Kleinen Blatt von Beginn an eine Frauenseite vorgesehen ist, die von Marianne

Therese Schlesinger: Einige Vorschläge zu den Frauenkonferenzen. In: Die Frau 40.11 (1931), S. 6.

<sup>&</sup>quot;So heißt es in einem Bericht über die Unzufriedene 1930: "Eine organisierte Werbung außerhalb des Kreises der Frauenorganisation ist für die "Unzufriedene" noch nie unternommen worden." – erbet für die "Unzufriedene"! In: Der Vertrauensmann 6.5 (Mai 1930), S. 5.

vgl. Die Wählerin 2 (12. 12. 1918), S. 3. Natürlich ist Die Wählerin nur ein Kurzzeitprojekt (von Adelheid Popp und Therese Schlesinger), aber dennoch könnte hinter der Bezeichnung die Absicht vermutet werden, ähnlich wie bei der Arbeiter-Zeitung, nur ein Zentralblatt für die gesamte sozialdemokratische Frauenbewegung zu propagieren. Mit der Einführung der Unzufriedenen 1923 wird diese Einheit aufgegeben und den unterschiedlichen Ansprüchen der Frauen Rechnung getragen.

<sup>\*\*</sup> Ruth-Esther Geiger und Sigrid Weigel bezeichnen Die Unzufriedene als "parteilich aber nicht parteigebunden". Vgl. dies. 1991, S. 165. Dem kann nicht zugestimmt

werden, da bei Parteitagen/Frauenreichskonferenzen der sozialdemokratischen Partei bzw. des Frauenkomitees *Die Unzufriedene* immer zu den Parteizeitschriften gezählt wird und Redaktionsmitglieder am Parteitag als Delegierte teilnehmen.

Im Bericht des Frauenzentralkomitees 1921 werden die oberösterreichischen Parteiblätter erwähnt, die als einzige zu diesem Zeitpunkt, "(...) den weiblichen Mitgliedern aufklärenden Lesestoff" bieten. Laut Bericht über die Parteipresse gibt es vier Blätter in Oberösterreich: Tagblatt, Wahrheit, Salzkanmergutbote (alle Linz) und Tagblatt (Steyr). vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs 1921, Wien 1921, S. 66, 68. In den dreißiger Jahren besitzt jedenfalls die oberösterreichische Tageszeitung Tagblatt eine Frauenbeilage. vgl. Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1931. Berichte und Verhandlungen, Zürich 1932, S. 198.

vgl. Dieter Langewiesche, 1979, S. 244.

Pollak betreut wird,<sup>43</sup> und es zahlreiche Rubriken gibt, die Frauen ansprechen,<sup>44</sup> kann das im Zentralblatt erst in den dreißiger Jahren durchgesetzt werden. Die Meinung von Peter Pelinka, daß es in der *Arbeiter-Zeitung* "keine frauenspezifische Berichterstattung gegeben hat", muß als unzutreffend abgelehnt werden.<sup>45</sup> Eine stichprobenartige Erhebung ergibt, daß zumindest ab dem Frühjahr 1930 eine Seite pro Woche von und für Frauen gestaltet wurde, die ab dem Sommer 1933 als *Die Seite der Frau* bezeichnet wurde. Im Bericht über die "Frauen in der Sozialistischen Arbeiter Internationalen" wird 1932 dazu vermerkt:

Die "Arbeiter-Zeitung" bringt wöchentlich eine Seite, die von einer Frau redigiert und den Frauen gewidmet ist, ohne jedoch als Frauenbeilage oder Frauenseite gekennzeichnet zu sein, damit sie nicht dadurch dem Interesse der männlichen Leser geradezu entzogen wird.<sup>46</sup>

An dieser Argumentation zeigt sich die typische "Kompromißhaltung" der sozialdemokratischen Führung in heiklen Problematiken: Sie werden nicht offensiv bekämpft, sondern es wird unterschwellig versucht, die Genossen und Genossinnen, hier im Sinne der Gleichberechtigung, zu erziehen.

Die in der bereits erwähnten zeitgenössischen Übersicht zur Parteipresse angeführten 68 Zeitschriften aus dem Bereich der Kulturorganisationen enthalten einige Titel, bei denen eine verstärkte Berücksichtigung von Fraueninteressen in Form von Frauenrubriken und ähnlichem wahrscheinlich ist, so bei den Zeitschriften Für Hausbalt und Heim, Sozialistische Erziehung, Der jugendliche Arbeiter, Der Schulkampf etc. Ekonnte allerdings in der Fachliteratur keine Untersuchung dieser Publizistik unter dem Gesichtspunkt der Frauenpresse gefunden werden.

Auch innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaften wird die Frauenpresse von den Frauen sehr hoch eingeschätzt und akribisch wird jeder, noch so bescheidene Erfolg auf diesem Gebiet vermerkt: In den Berichten der Gewerkschaften wird oft die Anzahl der von Frauen verfaßten Artikel in Gewerkschaftsmedien erwähnt.<sup>48</sup>

Ab 1924 bestehen zwei selbständige Organe: die Einigkeit und das Mitteilungsblatt. Beide Zeitschriften sind ursprünglich in einer, dem Vereinsblatt, zusammengefaßt; es besteht bereits in der Monarchie. Im 12. Jahrgang wird das Vereinsblatt geteilt, in die Einigkeit, dem Organ der Hausgehilfinnen und Heimarbeiterinnen, 49 und in das Mitteilungsblatt des Verbandes der Kunstblumen und Schmuckfedernarbeiterinnen. Bei beiden Medien ist Johann Svitanics der verantwortliche Redakteur. 40

I Inter der Rubrik "Von der Gewerkschafts-Dpresse" wird 1925 die Gründung der *Modi*stin, einer Fachzeitschrift des Gehilfenausschusses der Genossenschaft der Modistinnen gemeldet. Redakteur ist Karl Jellinek.51 Ab der elften Nummer, im August 1927, heißt dieses Fachorgan Die Putzmacherin und ist nun das Mitteilungsblatt der Berufsorganisation der Modistinnen, Kunstblumen- und Schmuckfedernarbeiterinnen, Das Mitteilungsblatt wird eingestellt.52 Die Einigkeit ändert 1928 ihren Titel in Die Hausangestellte, die Redaktion bleibt bis Ende 1932 in der Hand von Johann Svitanics, dann scheidet er zwar aus und Wilhemine Moik übernimmt die Schriftleitung, formal bleibt aber Johann Svitanics im Impressum der verantwortliche Redakteur.53 In dieser Konstellation bestehen Die Hausangestellte und Die Putzmacherin bis zum Verbot 1934.

Die unselbständige Gewerkschaftsfrauenpresse umfaßt folgende recherchierte Publikationen: Frauenbeilagen führen ab 1927 *Arbeit und Wirt-*

<sup>45</sup> vgl. Schneider, 2000, S. 45ff.

<sup>\*\*</sup> vgl. Alexander Potyka: *Das Kleine Blatt*. Wien, 1989. S. 181.

Peter Pelinka/Manfred Scheuch: 100 Jahre AZ, Wien 1989, S. 84.

wgl. Die Frauen in der Sozialistischen Arbeiter Internationale. In: Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1931. Berichte und Verhandlungen, Zürich 1932, S. 197.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> vgl. A. Jalkotzy: *Die Parteipresse*. In: Der Kampf 23.10 (Okt. 1930), S. 407.

<sup>\*\*</sup> Als Beispiel vgl. Wilhelmine Moik: Die Frauen in den Gewerkschaften. In: Arbeit und Wirtschaft 7.15 (1. 8.

<sup>1929),</sup> Sp. 619.

vgl. Von der Gewerkschaftspresse. In: Arbeit und Wirtschaft 2.14 (15, 7, 1924), Sp. 624.

ygl. Von der Gewerkschaftspresse. In: Arbeit und Wirtschaft 2.21 (1. 11. 1924), Sp. 925-926.

ygl. Von der Gewerkschaftspresse. In: Arbeit und Wirtschaft 3.22 (15, 11, 1925), Sp. 980.

ygl. Von der Fachpresse. In: Arbeit und Wirtschaft 5.18 (15, 9, 1927), Sp. 790.

ygl. Ein Wort an unsere Leserinnen! In: Die Hausangestellte 21.1 (Jän. 1933), S. 2. Es werden hier keine Angaben gemacht, warum diese Regelung beibehalten wurde.

schaft, das Zentralorgan der Freien Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, und ab 1929 Der Österreichische Metallarbeiter.54 Für beide Beilagen ist Käthe Leichter, die Leiterin des Referates für Frauenarbeit in der Kammer für Arbeiter, die verantwortliche Redakteurin. In einem Resümee über "Frauenfragen in der Gewerkschaftspresse" 1929 werden die bereits seit längerem bestehenden Frauenrubriken im Aufstieg, der Zeitschrift der Kleiderarbeiter und Kleiderarbeiterinnen und in der Buchbinder-Zeitung erwähnt.55 1930 wird von der vorgeschenen Einführung einer ständigen Frauenrubrik im Holzarbeiter berichtet,56 wobei eine Überprüfung ergab, daß bereits ab dem Frühjahr 1929 eine mehr oder weniger regelmäßige Frauenrubrik (unter wechselnder Bezeichnung) besteht und diese offensichtlich von den Frauen als ungenügend empfunden wird.

1931 werden im Bericht der Frauensektion der Freien Gewerkschaften eine "eigene Frauenkorrespondenz in der Gewerkschaftskorrespondenz" und sieben Fachblätter mit ständigen Frauenrubriken erwähnt.<sup>57</sup> Genauere Angaben fehlen hier, so daß unklar ist, wer die Frauenkorrespondenz bearbeitet hat und welche Fachorgane außer den bereits angeführten Frauenrubriken führen. Im Jahrbuch des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs heißt es 1930, daß der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst "eine ständige Frauenrubrik, die von einer Genossin der Frauensektion geführt wird" beinhaltet. Es könnte sich bei der Genossin um Wilhemine Moik handeln.<sup>58</sup>

Im November 1931 beantragen die Frauen im Freien Gewerkschaftsverband beim Verbandsvorstand die Einführung einer Frauenbeilage im Verbandsorgan, dem *Zeitrad.*<sup>59</sup> Im Februar 1932 wird gemeldet, daß der Vorstand "(...) vorläufig der Einführung einer ständigen Frauenrubrik (...)"

zustimmt,<sup>60</sup> die ab 1. Jänner 1932 tatsächlich im *Zeitrad* ungefähr in jeder zweiten Ausgabe zu finden ist.

<sup>a</sup>rotz dieser Entwicklung im Bereich der Gewerkschaftsfrauenpresse erwähnt die Frauensektion im Jahrbuch 1932 des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs kritisch, daß es "noch immer eine Anzahl von Redaktionen gibt, die Frauenrubriken für überflüssig erachten".61 So sehr sich die Frauen bemühen, nichtselbständige Publikationsmöglichkeiten in der Gewerkschaftspresse zu erreichen, ist ihre Gestaltung aussagekräftig über die Berücksichtigung von Fraueninteressen in den Gewerkschaftsmedien. Ein Beispiel unter vielen ähnlichen ist ein Artikel in der Rubrik "Für unsere Kolleginnen" in der *Buchbin*der-Zeitung von 1932. Else Biehl schildert in ihrem Artikel "Uebt Familien-Kameradschaft" die Mehrfachbelastung von Frauen und meint schließlich:

Wir richten deshalb besonders an unsere Kollegen die dringende Bitte, gerade in dieser schweren Zeit ihren wie überhaupt allen Frauen gegenüber ein wirklich guter Kamerad zu sein.<sup>62</sup>

Dieser Appell, in Zeiten der "Doppelverdienerdebatte" sehr verständlich, wendet sich wie der
ganze Artikel an die Männer in der Gewerkschaft.
Trotzdem erscheint er in der Rubrik "Für unsere
Kolleginnen", was ausdrückt, daß an dieser Stelle
die Möglichkeit für Frauen besteht, Artikel zu
veröffentlichen. Im Rest der Zeitschrift dominieren die männlichen Redakteure. Sie nehmen
offensichtlich auf ihre männliche Klientel entsprechend Rücksicht und "verbannen" kritische
weibliche Stellungnahmen in die Frauenecke.

Auch sonst zeigt die Frauenpresse der Freien Gewerkschaften den Kampf der Frauen für ihre

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> vgl. *Von der Fachpresse*. In: Arbeit und Wirtschaft 7.4 (15, 2, 1929), Sp. 165.

ygl. Frauenfragen in der Gewerkschaftspresse. In: Arbeit und Wirtschaft 7.5 (1. 3. 1929), Sp. 224.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> vgl. Luise Seidel: *Die Frauen im Verbande der Holzarbeiter*. In: Arbeit und Wirtschaft 8.13 (1, 7, 1930), Sp. 542.

vgl. Die Frauensektion auf dem Gewerkschaftskongreß. In: Arbeit und Wirtschaft 9.19 (1. 10. 1931), Sp. 785. Auch eine Durchsicht des Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes in diesen Jahren erbrachte nicht den Namen der Redakteurin. Die Frauenbeilage umfaßt drei bis sechs Maschinenschriftseinen und ist relativ regelmäßig dem Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst beigelegt. Vgl. Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst 1930. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung. SD-Parteistellen Kart. 198, Mappe 1383.

vgl. Jahrbuch 1930 des Bundes der Freien Gewerkschaften

Österreichs. Wien, 1931. S. 266. Auch eine Durchsicht des Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes in diesen Jahren erbrachte nicht den Namen der Redakteurin. Die Frauenbeilage umfaßt drei bis sechs Maschinenschriftseiten und ist relativ regelmäßig dem Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst beigelegt, vgl. Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst 1930. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung. SD-Parteistellen Kart. 198, Mappe 1383.

vgl. Uhlir, Lina: Dritte Reichskonferenz der Frauen im Freien Gewerkschaftsverband. In: Arbeit und Wirtschaft 10.1 (1. 1. 1932) Sp. 46.

wgl. Frauenfragen auf Verbandstagen. In: Arbeit und Wirtschaft 10.3 (1. 2. 1932), Sp. 125.

Jahrbuch 1932 des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs, Wien 1933, S. 119.

Else Biehl: Uebt Familien-Kameradschaft. In: Buchbinder-Zeitung 40.25 (5. 12. 1932), S. 3.

Rechte, die Durchsetzung und die Verhinderung ihrer Interessen. Fortschritte und Rückschläge von Frauenbestrebungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung finden ihren Niederschlag in der Presse. So kommt es immer wieder zu Umgruppierungen von Fachblättern, von denen auch die Frauenorgane betroffen sind. Die langjährigen Bemühungen um eine Frauenseite in einer Gewerkschaftszeitschrift enden schließlich mit dem Zugeständnis einer Frauenrubrik. Ein zentrales Frauengewerkschaftsblatt wird diskutiert,63 aber nicht verwirklicht. Im Zuge der Sparmaßnahmen in den dreißiger Jahren sind die Frauenbeilagen, etwa die von Käthe Leichter redigierte Frauenarbeit, als erste von den Kürzungen betroffen.<sup>64</sup> Alle diese Indizien in der Gewerkschaftspresse zeigen die erschwerten Emanzipationsbestrebungen von Frauen in den Gewerkschaften, die bei offiziellen Ansprachen kaum artikuliert werden und bei deren Durchsetzung es, neben der ideellen, vor allem um reale (finanzielle) Unterstützung der Frauen durch die Gewerkschaftsgremien geht. Es kann angenommen werden, daß die Situation in den anderen Bereichen der sozialdemokratischen Bewegung für Frauen ähnlich gelagert ist.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß die sozialdemokratische Frauenpresse nicht auf die üblicherweise in der Fachliteratur angeführten beiden selbständigen Publikationen reduziert werden kann, vielmehr zeigt ihre doch vielverzweigte Ausgestaltung innerhalb der sozialdemokratischen Presse, daß die Kommunikationsbedürfnisse der Sozialdemokratinnen unterschiedlich von denen der Männer aber auch voneinander waren. Eine genaue Zahl der Frauenpublikationen läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht feststellen, zu gering sind bis dato die Hinweise in der Fachliteratur und zu selektiv die Erhebungen für diesen Beitrag.

Aus dem bisher Bekannten können aber Gemeinsamkeiten aller sozialdemokratischen Frauenpublikationen gefolgert werden: Erst nach langem Kampf wurden sie den Frauen zugestanden, beständig mußten sie ihre Existenz verteidigen, nie waren sie vollkommen und gleichberechtigt akzeptiert und in Krisenzeiten ordneten sie sich allgemeinen Parteizielen unter. Dennoch fanden sie einen Platz innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung, erhielten finanzielle Förderung und dienten der innerparteilichen Kommunikation und der Kontaktaufnahme mit Frauen aus anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Sie konnten vielleicht nicht mit eigener Kraft überleben, geschrieben wurden sie aber größtenteils "unter eigener Redaktion". Mit dem Verbot der sozialdemokratischen Partei kam auch für viele Frauenpublikationen das Ende – wie das Schicksal der davon betroffenen Journalistinnen und das jener Publikationen verlief, die fortgeführt wurden, ist noch vollkommen unerforschtes Terrain.

#### Margit WOLFSBERGER (1970)

Dissertantin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Forschungsschwerpunkte: interkulturelle Kommunikation, feministische Kommunikationsgeschichte, Erste Republik.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Die Meinungen dazu sind unter den Gewerkschafterinnen verschieden. Vgl. Anna Zanaschka: Was uns fehlt. In: Arbeit und Wirtschaft 7.23 (1. 12. 1929), Sp. 969. Wilhelmine Moik: Gewerkschaftliche Arbeit ist

verantwortungsvollste Arbeit. In: Arbeit und Wirtschaft 8.1 (1. 1. 1930), Sp. 45.

vgl. Jahrbuch 1932 des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs, Wien 1933, S. 117.

# "Der Medienlippizaner"<sup>1</sup>

# Fernsehen in Österreich nach 1955

#### Monika Bernold

"Auf den Dächern unserer Häuser wachsen Wälder. Nicht aus Holz, sondern aus Stahl. Es sind Antennen, deren kürzere und längere Arme in die Welt hinauszugreifen scheinen, um die Wellen einzufangen. In unseren Wohnungen ist der Fersehapparat zum Mittelpunkt geworden. Um ihn gruppiert sich alles: die Familie am Feierahend, nach des Tages Last und Mühe, aber auch die Möbel unseres Heimes"

Fernsehen war gestern", mit diesem Satz wurde unlängst für ein pay-TV Angebot geworben, das, so die Botschaft, die Zukunft des Fernsehens sein werde.

Der Werbetext propagiert das Ende einer Vorstellung, nämlich der, daß Fernsehen in Österreich so wie in den meisten Ländern Europas seit seiner Einführung nach 1945 öffentlich-rechtliches Pogrammfernsehen gewesen ist. Fernsehen als mediales Dispositiv3 wie es sich in den Nachkriegsjahrzehnten formierte, befindet sich seit einigen Jahren in einem grundlegenden Transformationsprozeß, der engstens mit der Herausbildung neuer Medienlandschaften und Medienökonomien verknüpft ist. Deregulierung, zunehmende Integrations- und Konzentrationsprozesse verschiedener Telekommunikationsbranchen, die Reartikulierung von globalen und regionalen Mediengeografien sind die aktuellen Rahmenbedingungen dieser Veränderungen.

Bereits seit den 80er Jahren haben Satelliten- und Kabelfernsehen die territorialen Beschränkungen und Festlegungen nationalstaatlicher Fernsehanstalten unterlaufen. Historisch gesehen - diese Periodisierung betrifft Westeuropa – ist zwischen der Phase der langsamen Etablierung von "Fernseh-Nationen' in den ersten Nachkriegsjahrzehnten und deren Erosion ab den 80er Jahren durch Satelliten, Kabelanbieter und Privatfernsehen zu unterscheiden. Gegenwärtig scheint es so, als ob die Jalten' Potentiale des Fernschens, eine Vorstellung des ,dabei-seins', des ,dazu-gehörens' zumindest im Sinne von nationaler Identität – zu generieren, kleiner werden, beziehungsweise sich redefinieren. Von dieser aktuellen Situation aus macht es Sinn, in einem Blick auf jene Jahre, als das ,alte' Medium ,neu' war', jene spezifischen dominanten Ausprägungen und Anordnungen des Fernsehens zu beschreiben, die derzeit so nachhaltig in Veränderung begriffen sind.

lch möchte im folgenden ein paar ganz allgemeine Überlegungen zum historischen Zusammenhang von Fernsehen und nationalen Identitätskonstruktionen vorstellen und am Beispiel ORF konkretisieren. Es geht dabei darum, über das Fernsehen in Österreich als Teil einer sich etablierenden transnationalen Medienrealität in ihrer konkreten nationalstaatlichen Ausprägung nachzudenken und die Konstruktion eines nationalstaatlichen Sende-/Empfangsraums<sup>5</sup> im Kontext einer spezifischen Nachkriegsgesellschaft, die

1967, S. 14

<sup>4</sup> vgl. Marvin Carolyn: When old technologies were new: thinking about communications in the nineteenth century, Oxford 1988.

Der Begriff ist einer televisuellen Selbstdarstellung des ORF aus dem Jahr 1992 entlichen, einem Film, der vom ORF zu dem Jubiläum ,25 Jahre Rundfunkreform' produziert worden ist. Diese Selbstetikettierung markiert, wie ich finde, sehr treffend die, in dem Text beschriebenen Konstitutionsmerkmale des österreichischen Fernsehens unter den Bedingungen einer sich entwickelnden Konsumkultur. Die Semantik "Medienlippizaner" verweist auf einen andauernden Fusionsanspruch von Hoch- und Populärkultur, in der die nationale Veranstaltung Fernsehen technologischen Fortschritt und habsburgische Kulturtradition um den Preis eines historischen Bewußtseins von den Jahren des Nationalsozialismus kurzzuschließen scheint. Der Begriff "Medienlippizaner" reproduziert jene gesellschaftlichen Widerspruchszonen, die primär in Form ihrer Verleugnung die spezifische Ausprägung des österreichischen Fernsehens mitkonstituierten.

Oskar und Peter Payer: Haushalt und Wohnung, Wien

ygl. zu kontroversiellen Anwendungen der Foucaultschen Begrifflichkeit auf das Fernschen u. a.: Knut Hickethier: Apparat – Dispositiv – Programm: Skizze einer Programmtheorie am Beispiel des Fernsehens, in: Knut Hickethier/Siegfried Zielinski (Hg.): Medien/Kultur: Schnittstellen zwischen Medienwissenschaft, Medienpraxis und gesellschaftlicher Kommunikation, Berlin 1991: Thomas Steinmaurer: Zur Theorie und Geschichte des Fernsehempfangs. Die Geschichte der televisuellen Disposition. Fernschempfang im Spannungsfeld von Mobilisierung und Privatisierung, phil. Diss., Salzburg 1996.

ygl. Monika Bernold: Die österreichische Fernsehfamilie. Archäologien und Repräsentationen des frühen Fernsehens in Österreich, phil. Diss., Wien 1998.

"aufbaut", zu reflektieren". Es gilt also zu fragen, in welcher Weise die Identitätsangebote des öffentlich-rechtlichen Fernsehens mit der langsamen Herausbildung einer modernen Konsumkultur in Österreich verknüpft gewesen sind.

Das "alte" nationalstaatliche/öffentlich-rechtliche Fernsehen unterscheidet sich – darauf hat Melita Zajc verwiesen" – von Kabel und Satellitenfernsehen unter anderem dadurch, daß es tendentiell nur in einem territorial begrenzten Raum zu sehen ist und gleichzeitig vorgibt, überall hinzusehen – "die Welt ins Haus zu bringen", sozusagen. Die Weltkugel als durchgängiges Emblem der Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten versinnbildlichte über Jahrzehnte hinweg diesen Anspruch.

Den imaginären Punkt, von dem aus die Welt gesehen werden kann, mit der nationalen Sendeanstalt zu verbinden, bedurfte in den Anfangsjah-

ren des Fernsehens einer Vielzahl von Repräsentationen und Praxen (der Name, das Logo, die Hymne, die Fahne...), die über die

konsumorientierten Kultur war die Voraussetzung der beginnenden Massenwirksamkeit des Fernsehens

Die Entwicklung einer

Effekte der jeweiligen Adressierungen durch die konkreten Programme hinausging.

"Dienst am Kunden" hieß bezeichnenderweise eine bereits 1957, also mit der Aufnahme des regulären Sendebetriebs des ORF eingeführte Sendung der Programmdirektion, in der sich der "Sender" durchaus paternalistisch in der Verkörperung des Fernsehdirektors Gerhard Freund seinen ZuschauerInnen präsentierte. Über viele Jahre hinweg verkörperte der Fernsehdirektor in seinen wöchentlichen Ansprachen, die meist am Wochenende rund um die Zeit im Bild, also im Hauptabendprogramm, zu sehen gewesen sind, jenen imaginären Blickpunkt, der die national-

staatliche Rundfunkanstalt und damit immer auch ein territorial fixiertes Publikum repräsentierte beziehungsweise adressierte. Diese personalisierte Form der Repräsentation war Ausdruck einer noch nicht stabilisierten gesellschaftlichen Wahrnehmung der Fernsehanstalt, zu deren Identifizierung wenige Jahre später ein Logo genügte, das gewissermaßen als "Super-Narrator"\* fungierte. Erst mit seiner langsamen Etablierung wurde der ORF in der medialen Anordung zum unsichtbaren 'storyteller', der den virtuellen totalisierenden Blick eines 'österreichischen Publikums' auf die Welt glaubhaft inszenieren und generieren konnte.

Der Großteil der Techniker, Autoren, Programmplaner, Redakteure und Regisseure des frühen Fernsehens in Österreich waren Männer aus dem Radio- und aus dem Theaterbereich. Mit ihnen etablierte sich eine Medienelite, deren

gesellschaftlicher Auftrag der 'Dienst' an einem Publikum war, das sich als österreichisches Publikum formieren und sich als solches im Fernsehen repräsentiert fühlen sollte. Der Anspruch dieser männerbündisch geprägten Elite auf die Repräsentation einer nationalstaatlichen Öffentlich-

keit<sup>9</sup> war eine zentrale Dimension der österreichischen Fernsehgeschichte der 50er und 60er Jahre, die die rundfunkpolitischen Neuordnungen von 1966/67 und auch jene von 1974 überdauerte.

Mit der Gründung einer privaten Gesellschaft "Österreichische Rundfunk GesmbH" im Dezember 1957, als deren Haupteigentümer der Bund fungierte, bekam der Österreichische Rundfunk zunächst auch jene paradoxe rechtliche Form, die dem oft zitierten "sowohl als auch" als Leitbedingung österreichischer Politik entsprach. Der sogenannte Parteienproporz ("Schwarze Welle/Roter Schirm")<sup>10</sup> als struktureller Hintergrund dieser Konstruktion war nicht nur Teil der

vgl. Irene Bandhauer-Schöffmann/Ela Hornung (Hg.): Wiederaufbau Weiblich, Wien – Salzburg 1992; darin: Siegfried Mattl: Aufbau. Eine männliche Chiffre der Nachkriegszeit.

Melita Zajc: The Apparatus of National TV. The Beginnings of Television in Slovenia; in: Zeitgeschichte 7/8, 1997, S.

Ruth Sarah Kozloff: Narrative Theory and Television; in: Robert C. Allen (Hg.): Channels of Discourse, London – New York 1987, S. 93 f.

ygl. Marie-Luise Angerer: Ohne Echo – Ohne Hall. Medialer Feminismus am Beispiel des Österreichischen Rundfunks; in: Dies. u. a. (Hg.): Auf glattem Parkett,

Wien 1991; vgl. auch Hans Heiz Fabris: These von der "Männerdominanz" in dem gesamten österreichischen Medienbereich, in: Ders.: Der "österreichische Weg" in die Mediengesellschaft, in: Reinhard Sieder/Heinz. Steinert/Emmerich Tälos (Hg.): Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft Politik Kultur, Wien 1995, S. 645; und Theodor Venus: Fernsehpioniere. Eine empirisch-historische Studie zur "ersten Generation" österreichischer Fernsehmitarbeiter; in Hans Heinz Fabris/Fritz Hausjell (Hg.): Zur Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Salzburg 1987, S. 125 u. 134.

vgl. Hermann Stöger: Schwarze Welle – Roter Schirm, Wien 1965.

Medien-11 und Programmpolitik des Österreichischen Rundfunks sondern auch die Grundlage der politischen, ökonomischen und kulturellen Konsenspolitik der Nachkriegsjahrzehnte. 12 Die gesellschaftliche Konsenbildung korrespondierte eng mit der Generierung spezifischer Tabu- und Mythenbildungen, die in den Programmen und der Programmierung des österreichischen Fernsehens mitkonstituiert, ausverhandelt und partiell auch aufgebrochen worden sind.

Pernsehen realisierte sich nach 1945 als eine Fernsenen reansierte sien meer.
Technologie, in der zentral produziert und in einer Logik der Einweg-Kommunikation Programm an private Haushalte versendet wurde. Fernsehen als häusliche Unterhaltungsform stand damit im Gegensatz zu früheren Anordnungen, wie etwa den Fernseh-Stuben im nationalsozialistischen Deutschland von 1935-1941, die als öffentliche und kollektive Rezeptionsform angelegt gewesen sind.13 Die dominante Ausprägung des Fernsehens als primär private, häusliche und familial kodierte Rezeptionsform nach 1945 hatte ganz wesentlich mit dem langsamen Übergang von einer Ökonomie des Mangels zu einer Kultur des materiellen Wohlstands zu tun. Die Entwicklung einer konsumorientierten Kultur war auch in Österreich die Voraussetzung der beginnenden Massenwirksamkeit des Fernsehens, die ihrerseits die Etablierung einer modernen Konsumkultur ganz wesentlich mitgenerierte.14 Dies ist - so wie die familiale Kodierung des Fernsehens, von der noch zu sprechen sein wird – auch vor dem Hintergrund eines geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarktes zu interpretieren, der sich mit den strukturellen Veränderungen der Nachkriegsgesellschaft neu formierte und sich nicht zuletzt in dem zunehmend höheren Frauenanteil (das gilt besonders für die Niedriglohngruppen) in jenen Produktions- und Wirtschaftsbereichen ausdrückte, die zu den wirtschaftlichen Leitsektoren der Konsumkultur avancierten, wie Handel und Elektroindustrie.<sup>15</sup>

Der beginnende Wohlstand der 50er und 60er Jahre war in komplexer Weise mit der unmittelbaren Vergangenheit von Krieg und Nationalsozialismus und den je unterschiedlichen Positionierungen, Erfahrungen und Verdrängungsbedürfnissen der historischen Akteurlinen verknüpft. Die Vorstellung und Herstellung von Wohlstand war ebenso grundlegend mit der Gegenwart des Kalten Krieges, mit dessen spezifischen Bedrohungsszenarien und Identitätsangeboten verbunden. "Heisser Krieg und Wohlstand, kalter Krieg und Wohlstand: Die drei gehören zusammen, will man einem zeitpolitischen Anspruch von Konsumgeschichte festhalten. "16 Diese drei, so ist der pointierten Bemerkung Sybille Brändlis hinzuzufügen, gehören auch zusammen, wenn ein zeitpolitischer Anspruch von Mediengeschichte in Österreich festgehalten wird. Die Herstellung von Simultanität, also das LIVE- Moment des Fernschens, wird vor diesem Hintergrund als wesentliche Grundlage für die Bindungskraft des Fernsehens erkennbar. 17

Diese Bindungskraft verweist auf das, was Benedict Anderson als zentrales Moment von nationaler Identitätsbildung dargestellt und als "erlebte Erfahrung vorgestellter Gemeinschaft" beschrieben hat<sup>18</sup>. "Imagined Communities' ist ein Begriff, der für das Verstehen des frühen Fernschens eben deshalb hilfreich gewesen ist, weil er das Potential der Technologie, ein Publikum als imaginiertes "Wir" zu konstruieren, ins Zentrum setzt. Menschen zu versammeln, die nicht am gleichen Ort sind, und sie mit Übertragungen von "Erfahrungen', die an einem anderen Ort

Den Begriff, Medienpolitik' unhinterfragt auf die 50er und 60er Jahre zu übertragen ist schwierig. Es ginge darum, die Grundlagen und Rahmenbedingungen des Verhältnisses von Politik und Medien für die 50er und 60er Jahre eingehend zu reflektieren, um die Qualität von dem, was österreichische Medienpolitik in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik bedeutete, zu erfassen. vgl. u. a. dazu Sonja Wenger: Der , Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber': Sozialpartnerschaftliche Medienpolitik am Beginn der Zweiten Republik, Wien 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> vgl. u. a. Siegfried Mattl: Die regulierte Demokratie. Eine kritische Bilanz der sozialen Systeme in Österreich, in: Kos/Rigele (Hg.): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996.

ygl. u. a. Klaus Winker: Fernsehen unterm Hakenkreuz. Organisation, Programm, Struktur, Wien 1994.

vgl. Monika Bernold/Andrea Ellmeier: "Addressing the Public" Television, Consumption and the Family in

Austria in the 1950s and 1960s, in: Mica Nava/Andrew Blake/Iain MacRury/Barry Richards (FIg.): Buy this Book. Studies in Advertising and Consumption, London – New York 1997.

ygl. u. a. Hertha Firnberg/Ludwig Rutschka: Die Frau in Österreich, Wien 1962.

Sybille Brändli: Supermarkt im Kopf, Wien – Köln – Weimar 2000, S. 12.

William Urrichio sieht in der Herstellung von Simultanität das wesentliche Bestimmungselement des "klassischen" Fernschdispositivs, dessen aktuelle Veränderungen eben auch genau in die Richtung zielen würden, das Fernsehen von einer Technologie der Simultanität in ein Speichermedium zu verwandeln. William Urrichio: The trouble with television; in: Screening the Past, 4, 1998.

Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt – New York 1996 (1983).

gemacht, inszeniert, erlebt werden/wurden, zu konfrontieren, war dafür ebenso zentral wie die imaginierte *Synchronisierung* von Alltagserfahrungen.

Die Bedeutung des Gefühls 'dabei zu sein', zum Beispiel bei einer Gesellschaft, die aufbaut, war nach 1945 für die meisten Staaten Europas von grundlegender Bedeutung. In vielen dieser Länder war der Fernsehstart mit nationalen Großereignissen und Symbolen verknüpft. In England mit der Krönungszeremonie der Königin 1953, in der DDR 1952 mit Stalins Geburtstag, in Österreich mit der Wiedereröffnung von Staatsoper und Burgtheater im Herbst 1955, also im Jahr des österreichischen Staatsvertrags. Bei allen großen Fernschereignissen (Sportgroßereignissen, Hochzeits-/Krönungszeremonien, Begräbnisfeierlichkeiten...), die die beginnende Massenwirksamkeit des Fernsehen begleiteten, ging es darum, daß mit der Übertragung von Aktualität auch die fiktive Gewißheit mitübertragen wurde, daß es jemanden geben wird, der sich, wie Vrääth Öhner es ausdrückt, zukünftig an diese Bilder erinnern will und erinnern wird.19

Die Rezeption war in den Anfangsjahren des Fernsehens ja davon geprägt, daß das Publikum von einem Ort kam, den es heute nicht mehr gibt, nämlich von einem fernsehfreien Erfahrungsraum. Diese Tatsache war sehr sehr wichtig für die nationalstaatliche Bindungskraft des Fernsehens – das Fernsehen produzierte als eine Technologie der Simultanität und der Synchronisierung neben dem Versprechen im Moment des Ereignisses "dabeizusein" und "dazuzugehören" auch ein Bewußtsein von der zukünftigen Gegenwart solcher medialer Aktualitäts-Bilder.

Als Repräsentationsinstanz von Öffentlichkeit wurde das österreichische Fernsehen daher gerade auch in seinen Anfangsjahren ein Generator der Konsolidierung nationalstaatlicher "Stabilität", noch bevor es als Konsumartefakt und als tägliches Programmangebot alltagsweltliche Stabilität für ein breites Publikum darstellen konnte.

In der Rekonstruktion verschiedener Formen gesellschaftlicher Sinnproduktionen zum Fernsehen in den 50er und 60er Jahren wird deutlich, daß diese den Glauben an einen Alltag produzierten, dessen Zentrum der fiktive Wert 'Familie' war. Fernsehen war so wesentlich um Konzepte der Familiarität arrangiert, weil diese als Ideologem zum imaginären und oft auch ,realen' Zentrum des privaten Konsums werden sollte und als Signifikant von Stabilität, Sicherheit und von Zukunft fungierte. Vorstellungen vom Wohlstand, vom besseren Leben formierten und artikulierten sich in dem Bild von Familie. Die Wohnung wurde, so vorhanden, sukzessive zu einem Ort, an dem Kaufentscheidungen getroffen und moderne, standardisierte Objektwelten eingerichtet worden sind.

ie familiale Kodierung des Fernsehens allerdings dominierte in jener Phase der Etablierung des Mediums - also bis in die 60er Jahre -, als in erster Linie nichtfamiliale, kollektive Rezeptionsformen die Fernseherfahrung und erwartung der potentiellen zukünftigen Gerätebesitzer bestimmten. Fernsehen fand in diesen Jahren im Rahmen öffentlicher Einrichtungen, in Schulen oder an Orten der Volksbildung, vor allem aber in Kaffee- und Gasthäusern<sup>20</sup>, bei Nachbarn oder Freunden und nur für sehr wenige im engen Format der Kleinfamilie statt.21 Während so unterschiedliche Interessensträger wie Gastwirte, Pädagogen und Volksbildner das kollektive Rezeptionspotential der neuen Technologie durchaus als Anreiz zur Anwerbung von Kunden bzw. Staatsbürgern begriffen<sup>22</sup>, war die Perspektive des 'Individualempfangs' in der Familie die dominante Perspektive von Handel und Industrie23 Die Differenz von kollektiven/öffentlichen und familialen/privaten Rezeptionsformen trug in den 50er und 60er Jahren primär eine sozial differenzierende Bedeutung. Der Fernsehapparat als Möbel und als häusliche Unterhaltungsform fungierte als Aufstiegsversprechen für Männer und Frauen; er stand für die Teilhabe/Teilnahme am Massenkonsum, aber

vgl. Vrääth Öhnet: Fernsehen oder die Repräsentation der Vergangenheit in seinen Bildern; in: Zeitgeschichte 7/8, 1997, S. 228 f.

Noch 1965 titelte der Express "Bei Start der neuen Fernseh-Krimi-Serie: Kinos oft halbleer – TV-Cafes bummvoll!", Morgen Express, 20. 1, 1965, S. 1.

ygl. u. a. Kurt Luger: "Es ist alles irgendwie so vorbeigezogen". Erinnerungen an den Alltag, Medienereignisse und Bilder der Zweiten Republik, in: Hans Heinz. Fabris/Kurt Luger (Hg.): Medienkultur in Österreich,

Wien – Köln – Graz 1988; Wolfgang Pensold: *Die Welt aus erster Hand. Als das Fernsehen nach Ottakring kam,* Wien 1999.

ygl. u. a. Josef Pöppl: Fernsehen und Volksbildung: Ein Handbuch für den Volksbildner, Wien 1962.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> vgl. zur diskursiven Konstruktion des Publikums in verschiedenen Fernsehkulturen (USA, GB, NL) Ien Ang: Desperately Seeking the Audience, London – New York 1991.

auch für die Teilnahme am nationalen Programm.

Fernsehen in Österreich fand in den städtischen Zentren des Landes seine schnellste und ausgiebigste Verbreitung. Das konfliktbesetzte Verhältnis von Zentrum und Peripherie, von urbanen Räumen und ländlichen Regionen strukturierte als umkämpftes Feld politischer Entscheidungen und kultureller Bedeutungen die Verbreitungsgeschichte des Fernsehens wie auch die Institutionsgeschichte des ORF ganz wesentlich mit. Es war für praktisch alle das serste' Fernsehgerät, das angeschafft wurde, und diese Anschaffung war für die meisten KonsumentInnen ein überaus großer Posten im Haushaltsbudget. Die "Zukunftssicherheit' des Produkts war deshalb ein zentrales Motiv, mit dem die Gerätewerbung argumentierte und womit die Unsicherheit gegenüber der technischen Ausgereiftheit der Empfänger zu überwinden gesucht wurde. Die Semantik der Sicherheit und Haltbarkeit, die die Werbung in der Einführungsphase des Fernsehens in Österreich begleitete, bediente damit gleichzeitig zentrale Wertbegriffe der sich formierenden österreichischen Nachkriegskultur.

1955 richteten einige Wiener Radiohändler Fernseh-Vorführstudios im Inneren ihrer Verkaufslokale für die "realen", also zahlungskräftigen KonsumentInnen ein. Die Inszenierung des Privaten im Geschäftslokal verwies auf das moderne Wohnzimmer der 50er Jahre und simulierte in doppelter Weise das Modell Familie im öffentlichen Verkaufsraum. Der häusliche Wohnraum wurde zum Ausstellungsraum für den Fernsehapparat, der Fernseh-Verkaufsraum zum Ausstellungsraum der neuen Familiennorm. Die familiale Modellierung der Rezeptionssituation "im kleinen Kreis", wie sie im Verkaufsstudio ausgestellt und in der Wohnung der Kunden eingerichtet werden sollte, verweist auf jenen Blickpunkt, der auch in den dominanten Fernsehprogrammen der 50er und 60er Jahre wie der "Fernsehfamilie Leitner" gewissermaßen naturalisiert worden ist. Es war der Blick einer aufstrebenden (primär städtischen), an konservativen Werthaltungen und heterosexuellen Normvorstellungen orientierten Mittelschicht.24

Festzuhalten bleibt, daß dieses Ideal des "Innenraums Familie" wie es etwa die Wohnratgeber entwarfen, noch bis Mitte der 60er Jahre für einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung der materiellen Grundlage entbehrte. Am 1. 1. 1967 waren knapp über 850.000 Fernsch-TeilnehmerInnen bei der Post registriert, im gleichen Jahr wurde die 100. und letzte Folge der Familienserie Leitner ausgestrahlt, 1968 provozierte die Aktion Tapp- und Tapskino, in der die Videokünstlerin Valie Export einen, um ihren Oberkörper geschnallten Blechkasten zum Kino-

Gerda (die jüngste Tochter) und ihre Verehrer' endet im vorletzten Jahr der Laufzeit der Serie mit deren Entscheidung für einen Bankbeamten...

Die Wohnung selbst wurde in den fünfziger und sechziger Jahren zum Stützpunkt werbender, beratender und pädagogischer Diskurse, die die Vorstellung vom Freizeit- und Konsumraum 'Familie' mitkonstituierten, in deren Zentrum immer häufiger der Fernschapparat plaziert worden ist. Nach einer Phase, in der die Diskurse in Wohnzeitschriften und Ratgebern primär von der Frage "Wohin mit dem Fernsehapparat", also von der funktionalen Positionierung des Fernschgeräts in beengten Wohnräumen handelten, wurde der Apparat ab Mitte der sechziger Jahre in den normativen Diskursen des Wohnens zunehmend zum Leit-Möbel, an dem sich die Gestaltung der Wohnung selbst und mit ihr die Vorstellung von einer am Konsum orientierten Freizeitkultur auszurichten hatte. Die in den Wohnratgebern abgebildeten Innenräume vermittelten, das gilt in immer stärkerem Maße für die 60er Jahre, "Familiarität" durch physische Abtrennung bei gleichzeitiger visueller Anbindung an den Außenraum. Glaswände und groß dimensionierte Fenster wurden zu Signifikanten einer architektonischen Strategie, in der der propagierte mobile Blick im transparenten Wohnraum zum Stützpunkt für Kontroll- und Arbeitsanforderungen wurde, die in erster Linie an die, in diesen Bildern mitkonstituierte ,moderne Hausfrau' gerichtet waren. Funktionalisierung und Rationalisierung des Wohnraums, wie sie in den zeitgenössischen Wohnzeitschriften propagiert wurden, verbanden sich mit traditionellen Wertvorstellungen und Geschlechterstereotypien, die in die normativen Architekturen des televisionären Familienraums der 60er Jahre noch sehr gut einbaubar gewesen sind.

Der Vater Leitner ist Prokurist, die Mutter Hausfrau, der Sohn leitender Angestellter; die Berufstätigkeit der Töchter (,im Büro') ist ein zentrales Thema, das bei den Leitners immer wieder verhandelt wird. Der Erzählstrang

saal, und ihre Haut zur mobilen Leinwand erklärte, einen Skandal.

Die Fernseh-Übertragung der Mondlandung, der Beginn des Farbfernsehens in Österreich und die Überschreitung der 1 Millionen TeilnehmerInnen-Grenze korrespondieren Ende 1969 mit der Festsetzung einer maximalen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden im österreichischen Parlament.

Das über das Fernsehen distribuierte Teilhabe-Versprechen, das primär an kleinbürgerliche Wertvorstellungen appellierte, trug bis in die 60er Jahre zur Stillegung von sozialen,

geschlechts- und generationsspezifischen Differenzen und Asymmetrien bei, die sich andererseits ab Mitte der 60er Jahre vermehrt auch durch und im Fernsehen artikulierten. Erst in den späten 60er Jahren wurde Fernsehen in Österreich zu einer medialen Anordnung, in der die Idee des "angeschlossen-seins" an ein nationales, territorial fixiertes Kollektiv zu einer gesamtgesellschaftlichen Alltagserfahrung geworden ist. In diesem Prozeß der Konsolidierung einer "Fernseh-Nation" begannen sich während der 70er Jahre soziale, geschlechtliche und kulturelle Differenzen in einem nationalen Kontext (neu) zu organisieren.

#### Dr. Monika BERNOLD (1962)

Lektorin an den Instituten für Geschichte, Zeitgeschichte, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Firnberg-Forschungsstelle am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Veröffentlichungen zu Mediengeschichte, Gender-Studies, feministische Auto/Biographieforschung.

vgl. Monika Bernold: Austrovision und Telefamilie. Zu den Anfängen einer ,historischen Sendung'; in: Reinhard

# Presse im Widerstand von 1933 bis 1945'

# Das illegale Flugblatt

# Herbert Exenberger

Ich bin das Flugblatt, Signal der Zelle,
Und nie verstummt, wo der Terror auch haust,
am Feld, im Werk, an der Stempelstelle,
Zerlesen, zerdrückt von der schwieligen Faust.
Und weitergegeben, ein Satz allein:
Wir waren, wir sind und wir werden sein!
Ich bin das Flugblatt, das täglich erscheint.
Gedruckt vom Heer der geheimen Pressen,
Verfolgt, beschlagnahmt vom blutigen Feind.
Und killt ihr die Setzer, stampft ihr mich ein:
Wir waren, wir sind und wir werden sein!

Diese Verse, die als Aufmacher in kommunistischen Zeitungen einige Monate nach der brutalen Niederschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934 Verwendung fanden, umreißen deutlich die Aufgaben einer illegalen Presse im Untergrund.

Dieser von einem anonymen Verfasser geschriebene Text zeigt uns gleichzeitig, wie etwa auch das Gedicht von Erich Weinert *Die illegale Zeitung*, verfaßt 1935 im Pariser Exil, die totale Veränderung der Medienproduktion unter den Bedingungen der Illegalität. Einzelpersonen oder kleine Personengruppen traten an die Stelle von komplexen Redaktionen.

Die sozialdemokratische, kommunistische und freigewerkschaftliche Presse, deren Erscheinen schon durch die immer mehr um sich greifende Einschränkung der Pressefreiheit, durch das Verbot des Republikanischen Schutzbundes, der KPÖ und anderer Organisationen im Jahre 1933 stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, konnte nach den blutigen Ereignissen im Februar 1934 nicht mehr legal erscheinen. Aber schon unmittelbar nach dem Februar 1934 entfaltete die in den Untergrund gedrängte Arbeiterbewegung eine breite illegale Publikationstätigkeit zur Brechung des Meinungsmonopols des Dollfuß-Regimes. Herbert Steiner schrieb darüber:

Während die von den illegalen Partei- und Gewerkschaftszentralen herausgegebenen Zeitungen Aufschluß über die politische Haltung und Problematik geben, finden sich in den lokalen Zeitungen soziologische Hinweise auf die Stellung der Arbeiterbewegung in allen Bereichen. Diese Zeitungen, die nicht von Journalisten, sondern von Arbeitern selbst für ihre Kollegen geschrieben wurden, geben auch Zeugnis von einer breiten politischen Aktivität, die erstmals tausende Funktionäre zur selbständigen Verantwortung und politischen Mitbestimmung veranlaßte.<sup>3</sup>

So sahen die Revolutionären Sozialisten in der illegalen Zeitung die wichtigste Waffe gegen die Unterdrückung:

Sämtliche für diese Arbeit verwendeten Dokumente und illegale Zeitungen befinden sich im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1963 gegründet, hat sich seither zum wichtigsten Forschungszentrum auf dem Gebiet der Erforschung des österreichischen Widerstandes gegen den Faschismus von 1933 bis 1945 entwickelt. Durch systematische Sammlungstätigkeit bei in- und ausländischen Institutionen wurde bereits ein Großteil der vorhandenen Medienproduktionen des österreichischen Widerstandes entweder im Original oder in Kopien erfaßt.

Aus dem Jahre 1969 liegt die erste Gesamtdarstellung zu diesem Thema vor. Als der Autor, Karl Rudolf Hübener seine Dissertation über die "Illegale österreichische Presse von 1933 bis 1938", Wien, 1969 fertigstellte, musste er noch diverse österreichische Archive und Bibliotheken nach Quellenmaterial durchsuchen, was für ihn oft mit größten Schwierigkeiten verbunden war: "Recht schwierig gestaltete sich teileweise das Auffinden und die Sichtung des Materials... Selten ist eine Bibliothek im Besitz einer Zeitung oder Zeitschrift von ihrem ersten bis zu ihrem

letzten Erscheinen. Viele Quellen sind nach undurchsichtigen Gesichtspunkten geordnet und nachlässig oder falsch archiviert. Vielfach herrscht Unklarheit über die Identität einzelner Blätter", stellte er dazu resigniert fest.

Siehe dazu auch: Katalog 9, Periodika 1933 – 1945. Untergrund – Exil – Alliierte, Wien: DÖW 1975; Herbert Exenberger/Franz West/Ulrich Weinzierl/Siegwald Ganglmair: Die nationalsozialistische Besetzung Österreichs 1938 – 1945. Methoden und Objekte der Propaganda (Widerstand, Exil, Alliierte), in: La propagande pendant la deuxieme guerre mondiale. Bucarest 1980, S. 7 ff.

Dieses Gedicht wurde veröffentlicht in den Zeitungen: Arbeiter-Stimme. Organ der Kommunistischen Partei Leoben. Nr. 2. Anf. Juni 1934. 1. Jg; Der rote Stern. Organ der K.P.Oe. und Sch. B. (Favoriten); Volkswacht. Nachrichten- und Propagandaorgan der

Kommunistischen Partei für St. Pölten. Jänner 1935.
Herbert Steiner: Bibliographie zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 3. 1934-1945, Wien 1970, S. 9.

Die wichtigste Waffe einer verbotenen politischen Partei war zu allen Zeiten die illegale Zeitung. Durch sie schleudert die unterdrückte Partei der Gewaltberrschaft ihre Anklagen entgegen; ihre verbotenen Blätter decken die Korruption und Gewalttätigkeit des staatlichen Unterdrückungsapparates auf. Mit ihrer Hilfe verbreitet die illegale Bewegung die Wahrheit über alle Vorgänge des öffentlichen Lebens, in ihrer Presse vermittelt sie den Massen ihre Absichten und Ziele. Der Kampf zwischen der illegalen Bewegung und der Diktatur ist daher zu einem großen Teil ein Kampf um die verbotene Zeitung.<sup>4</sup>

Tatkräftigste Unterstützung erhielt der sozialistische Widerstand bis zum März 1938 vom Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (ALÖS) unter der Leitung von Otto Bauer. In Brünn wurde die *Arbeiter-Zeitung* und das theo-

retische Organ Der Kampf konzipiert und geschrieben. Aufrufe 
und Textvorlagen 
für Untergrundzeitungen und 
Flugschriften der

Die verbotenen Blätter decken die Korruption und Gewalttätigkeit des staatlichen Unterdrückungsapparates auf

Revolutionären Sozialisten wurden zum Druck entgegengenommen, von Druckereien der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik, zum Beispiel von der Druckerei "Graphia" in Karlsbad, auf Dünndruckpapier gedruckt und über das ALÖS nach Österreich geschmuggelt'. Über die politischen und organisatorischen Wechselwirkungen zwischen den Revolutionären Sozialisten und dem ALÖS, die nicht immer frei von Konflikten waren, soll hier Otto Bauer zitiert werden, der in seinem Werk Die illegale Partei, erschienen 1938 in Paris, diese Situation so sah:

Gewiß haben wir durch unsere journalistische und literarische Tätigkeit die Entwicklung der Partei mit beeinflußt. Aber alle Entscheidungen werden vom Zentralkomitee in Wien und von Parteikonferenzen der im Lande tätigen Genossen getroffen. Sehr viele Entscheidungen von großer Bedeutung hat das Zentralkomitee in Wien ohne unseren Rat, gegen unseren Rat gefällt. Das Auslandsbüro hat in sein Statut die Bestimmung aufgenommen, daß es alle politischen Entscheidungen des Zentralkomitees für sich als bindend ansieht. Die Partei ist nicht ein Vollzugsorgan "Brünns", sondern "Brünn" ein Hilfsorgan der Partei."

A ber auch literarische Texte, wie wir bereits geschen haben, fanden Eingang in die konspirative Tätigkeit. So wurde bereits im April 1934 vom ALÖS eine Postkarte mit Fotos der ermordeten Schutzbündler Karl Münichreiter, Georg Weissel und Koloman Wallisch auf der einen, und das Gedicht "Lied aus Österreich" von

Fritz Brügel auf der anderen Seite in einigen tausend Exemplaren gedruckt und verbreitet. So gingen am 9. April 1934–5400 Stück über Znaim nach Österreich.<sup>7</sup> Am 20. Jänner 1935 meldete die *Arbeiter-Zeitung* die Ausbürgerung des sozialistischen Schriftstellers Fritz Brügel aus Österreich.<sup>8</sup>

Sieben Jahre später, im Sommer 1941, verfaßte der Wiener Schriftenmaler Franz Sachs für eine kommunistische Widerstandsgruppe in Hainburg die Flugschrift "Proletarier aller Länder vereinigt euch. Theorie und Praxis. Blatt Nr. 5". Er verwendete dafür fast wörtlich den bekannten "Albumvers" von Erich Kästner aus dem Jahre 1932:

Köpfe abschlagen ist nicht sehr klug.

Die Stecknadel, der man den Kopf abschlug.
fand, der Kopf sei völlig entbehrlich,
und war nun vorn und hinten gefährlich.

Die Kommunisten sahen den Stellenwert ihrer Untergrundpresse so:

Die Revolution. Organ der Revolutionären Sozialisten Österreichs, Oktober 1937.4. Jg.

Über die Hilfeleistung der ALÖS für den sozialistischen Widerstand geben uns die acht Bände zu je eirka 120 Seiten der sogenannten "Expeditionsbücher" von Josef Pleyl Auskunft, der nach den Februarkämpfen 1934 im "Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten" in Brünn mit dem Vertrieb des nach Österreich transportierten Druckmaterials beauftragt war. Dadurch bekommen wir ein gesamtes Verzeichnis – Auflagenhöhe, Transportwege und andere Daren – der gesamten über das Auslandsbüro weitergeleiteten Materialien der Jahre 1934 bis 1937.

Otto Bauer: *Die illegale Partei*, Frankfurt am Main 1971, S. 63 f.

Insgesamt wurden 8760 Stück dieser Postkarte nach Österreich geschmuggelt.

<sup>\*</sup> Arbeiter-Zeitung, Nr. 3, 20. Jänner 1935, 2. Jg.

Franz Sachs und seine Genossen wurden am 27. Februar 1943 zum Tode verurteilt und am 14. Juli 1943 im Wiener Landesgericht enthauptet. s. a.: Selma Steinmetz/Herbert Exenberger: Franz Sachs "Ich glaube, ich hätte noch viel leisten können..." Aufzeichnungen eines österreichischen Freiheitskämpfers, Wien 1972.

Unsere illegale Presse ist heute kaum zwei Jahre alt, aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie ruhmreiche Seiten in die Geschichte des proletarischen Klassenkampfes in Österreich geschrieben. Diese Seiten erzählen von einer gewaltigen Arbeit unzähliger namenloser Proleten, erzählen von einem unerhörten Opfermut, vom steten Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung des faschistischen Staates, trotz Bedrohung durch Polizei, Kerker, Gericht und Anhaltelager.<sup>10</sup>

Auch den im Untergrund wirkenden Freien Gewerkschaften gelang es fast kontinuierlich bis zum März 1938 für ihre neun Fach- und Industriegruppen Zeitungen herauszugeben."

In einem Exkurs soll auf die illegale Presse der österreichischen Nationalsozialisten bis zum "Anschluß" im März 1938 hingewiesen werden, die größte Förderung durch das nationalsozialistische Deutschland erhielt. Hier sind vor allem im Sommer 1936 straffe Zentralisierungsbemühungen zu erkennen. Der Österreichische Beobachter sollte mit einer "Landesvorlage" bisherige illegale Zeitungen ersetzen. Einige Zeit später hieß es dazu in einem "Weisungsblatt":

Die Gauleitungen werden ersucht, ihre Presseämter davon entsprechend in Kenntnis zu setzen und bei dieser Gelegenheit nochmals aufmerksam zu machen, daß der Vermerk ,Pflichtartikel' unbedingt bindend ist. Lokalnachrichten sind unter allen Umständen erst dann zu bringen, wenn die Vorlage in ihrem wesentlichen Inhalt ausgewertet ist.<sup>12</sup>

In Wien etablierte sich zum Beispiel das "Gaupresseamt" unter der Leitung des ehemaligen Chefredakteurs der *Deutschösterreichischen Tageszeitung*, Ernst Handschmann, in einem Atelier gegenüber dem Kriegsministerium auf dem Stubenring.13 Auch nach dem "Anschluß" sehen wir Handschmann in dieser Position. Zusätzlich avanciert er schnell auch noch zum Redaktionsleiter der Illustrierten Kronenzeitung, dem Kleinen Volksblatt und der Wochenrundschau.14 Dennoch existierten parallel dazu auch andere illegale Zeitungen, etwa das dem antisemitischen Sudelblatt des NS-Gauleiters Julius Streicher folgende hektographierte Blatt Der kleine Stürmer. Die in den illegalen NS-Zeitungen zu findende Themenpalette wurde von den nach dem März 1938 uneingeschränkt herrschenden Nationalsozialisten brutal umgesetzt: Bespitzelungen, Verhaftungen und Ermordungen politischer Gegner, Rassenwahn und ständige Einengung des Lebensraumes der davon betroffenen Personen bis hin zu ihrer Deportierung und massenweisen Ermordung.

#### 1938 - 1945

Nach der nationalsozialistischen Besetzung NÖsterreichs im März 1938, unter dem Terrorregime der Gestapo, die insbesondere mit ihrem Spitzelapparat fast jede Widerstandsgruppe zerschlug, war die Herstellung illegaler Zeitungen die oft nur Flugblattcharakter hatten – ein äußerst gefährliches Unternehmen. Im Gegensatz zum vorangegangenen austrofaschistischen Regime, wo durch vier Jahre nahezu regelmäßig eine illegale Presse erschien, konnte unter den Bedingungen des Nazifaschismus nur mehr fallweise und oft nur über eine kurze Periode illegale Zeitungen herausgebracht werden. Die für die Herstellung illegaler Publikationen so wichtigen Verbindungen zur Emigration wurden erschwert und immer wieder unterbrochen. Dennoch geben zahlreiche Dokumente und Exemplare illegaler Publikationen über die Erzeugung und Verbreitung solcher Druckschriften Auskunft. Es soll jedoch hier nicht verschwiegen werden, daß es in der Historiographie über diese Zeit der brutalsten Verfolgung politischer Gegner durch die Nationalsozialisten auch Stimmen gibt, die die Herstel-

Der Funktionär. Funktionär-Organ der KPÖ. Nr. 2, Dezember 1935.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> s.: Leopold Simperl: *Illegale Publikationen der Freien Gewerkschaften im Austrofaschismus 1934 – 1938*, phil. Diss., Wien 1979.

Hans Schopper: Presse im Kampf, Geschichte der Presse während der Kampfjahre der NSDAP (1933 – 1938) in Osterreich, Brünn – München – Wien 1942, S. 252. s. a.: Gabriela Jelinek: Illegale Nationalsozialistische Presseerzeugnisse unter dem Sammelnamen "Der Kampf" vom Juli 1934 bis September 1937 in Wien; phil. Diss, Wien 1982. Robert Stoppachet: Die Anschluss-Propaganda der illegalen NS-Presse in Österreich 1933 – 1938, phil. Diss., Wien 1983.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Nationalsozialistischer Gaudienst. Pressedienst der

Gauleitung Wien der NSDAP und aller Gliederungen. Verantwortlich f. d. Inhalt: Ernst Handschmann, verantw. Schriftleiter: Erich Pecher. Die illegale Presse. Mit Beitr. v. Ernst Handschmann, Karl Hölzl, B. L. Sonderausgabe anlässlich der Ostmarkpressefahrt. Wien. 9. März 1939.

Fritz Hausjell: "Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein." Die Maßnahmen des NS-Regimes zur Erreichung einer politisch opportunen und 'rassisch reinen' Berußgruppe der Zeitungs- und Zeitschriftenjournalisten in Österreich 1938 – 1945; in: Oliver Rathkolb/Wolfgang Duchkowitsch/Fritz Hausjell (Hg.): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich 1938, Salzburg 1988, S. 190.

lung und Verbreitung illegaler Druckschriften in ein Verhältnis zu den zahlreichen Opfern stellen. 15 Illegale Periodika von 1938 bis 1945 liegen nur zu einem kleinen Teil im Original oder in Kopien vor. Mehrere Titel und Inhalte von Zeitungen können wir nur mehr aus den Gestapound Justizakten rekonstruieren, wie etwa die Zeitung Der rote Stoßtrupp des aus der sozialistischen Bewegung kommenden Grazer Lehrers, Kommunisten und begabten Lyrikers Richard Zach oder die im Durchschlagverfahren mittels Schreibmaschine hergestellte periodische Flugschrift "Was nicht im völkischen Beobachter steht" der katholisch-konservativen "Österreichischen Freiheitsbewegung" des Dr. Karl Lederer.

# Sozialisten, Kommunisten und andere Gruppen

Tach dem März 1938 war es zunächst für die Leitung der Revolutionären Sozialisten klar, daß sie ihre umfassende illegale Tätigkeit während der Jahre 1934 bis 1938 gänzlich ändern mußten. Um die Kader der illegalen Organisationen nicht "sinnlos in eine Aktivität zu opfern, die zunächst politisch ins Leere verpufft, war überdies für die ersten Monate nach der Annexion ein allgemeines Tätigkeitsverbot notwendig" heißt es in der sozialistischen Exilzeitung Der sozialistische Kampf aus Paris. 16 Im Sommer 1938 zirkulierten konspirative Verhaltensmaßregeln der Revolutionären Sozialisten unter den Funktionären dieser Organisation. Darin wurde festgestellt, daß die Revolutionären Sozialisten keinen Materialvertrieb organisieren, solange sich die Verhältnisse nicht ändern.<sup>17</sup> Dennoch wurden mehrere Flugschriften auf besonders dünnem Papier in der Emigration hergestellt, die für die Verbreitung in Österreich bestimmt waren. 18 Schon bei der von Hitler diktierten "Volksabstimmung" am 10. April 1938 rief das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Österreichs die österreichische Arbeiterschaft zum Neinstimmen auf. Dieser Aufruf konnte jedoch am bereits vorher feststehenden Ergebnis dieser "Wahl" nichts ändern.<sup>19</sup>

Während der NS-Gewaltherrschaft in Österreich ließ die KPÖ in vielen Fällen bis 1939 ihre Medienproduktion im Ausland herstellen. So wurde etwa ihr Zentralorgan Die Rote Fahne in der Pariser Druckerei "Cooperative Etoile" in zwei Ausgaben, eine als Exilausgabe und eine für die illegale Verbreitung in Österreich, gedruckt. Ihre Publikationen erschienen auch als Tarnschriften<sup>20</sup> mit unverfänglichen Umschlagblättern, wie zum Beispiel im Jahre 1939 drei Nummern und ein Sonderheft der Zeitung Jung-Österreich, eines Organs des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs. Nach mehrmaliger Zerschlagung durch die Gestapo organisierte die KPÖ immer wieder den Aufbau ihrer zentralen "Literatur-Stellen" in Österreich selbst. Ihre vielfältigen Flugschriften und Zeitungen dienten bis zur Befreiung 1945 einerseits der Aufklärung und der Propaganda unter der nichtkommunistischen Öffentlichkeit und wirkte andererseits nach innen, als Schulungs- und Erziehungsorgan für die eigenen Kader. Obwohl sich in dieser Presse kontinuierliche Nachweise über die Notwendigkeit des Kampfes für ein freies Österreich und gegen die nazistische Fremdherrschaft erbringen lassen, stand die Propaganda der KPÖ durch den deutsch-sowietischen Nichtangriffspakt vom August 1939 doch vor einigen Problemen. Wie ein roter Faden ziehen sich bis zum Naziüberfall auf die Sowjetunion Erklärungsversuche für die Notwendigkeit des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und die damit zusammenhängende Ablehnung des von der KPÖ bezeichneten imperialistischen Krieges. Offenbar waren diese dauernden theoretischen Abhandlungen von der Notwendigkeit getragen, der Basis der Kommunistischen Partei Österreichs den gewiß nicht gerade populären Vertrag zu erläutern. Im Folgenden sollen drei Beispiele die Bandbreite der kommunistischen Untergrundpresse zeigen.

Besondere Mühe gaben sich jene Kommunisten, die ab Jänner 1941 die Zeitung *Die Rote Front* herausgaben. Die Vorlagen für die Vervielfältigung dieser Zeitung wurden mit der Hand in Blockschrift geschrieben. Als wesentlichen Mitarbeiter konnte diese Gruppe von Wiener Kommu-

<sup>5</sup> s. Karl Stadler: Österreich 1938 – 1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966, S. 198 f.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Gustav Richter (d. i. Joseph Buttinger): *Die neuen Kampfhedingungen*; in: Der sozialistische Kampf, Nr. 3, 2. Juli 1938, S. 51 ff.

Vorsichtsmaßnahmen des Funktionärs. Konspirative Verhaltungsmaßregeln der Revolutionären Sozialisten (Sommer 1938).

<sup>&</sup>lt;sup>™</sup> Flugschriften der Revolutionären Sozialisten sind von

<sup>1938</sup> bis 1940 nachweisbar.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Aufruf des Zentralkomitees der Revolutionären Sozialisten Österreichs und der Kommunistischen Partei Österreichs zur "Volksabstimmung" am 10. April 1938; in: Mitteilungen des Auslandsbüros Österreichischer Sozialdemokraten.

s. Heinz Gittig: Bibliographie der Tarnschriften 1933 bis 1945, München 1996.

nisten den ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteur der Arbeiter-Zeitung Laurenz Genner gewinnen, der die meisten Artikel für die Die Rote Front beisteuerte. Bis September 1942 sind elf Folgen erschienen. In dieser Zeitung prangerten die Herausgeber den Krieg an, berichteten aber auch unter anderem über die Euthanasiemorde an Geisteskranken in Deutschland.

Intensive Beeinflussungsarbeit leisteten 1942 Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes unter den Soldaten durch ihre Zeitung Der Soldatenrat. Organ der Soldatenräte der deutschen Wehrmacht im Sektor-Südost. Die Aufgabe, die sich dieses Organ stellte, wurde so umrissen:

Unsere Zeitung. In vielen hunderten Kompanien und in allen größeren Einheiten haben sich Soldatenräte gebildet. Ihr Ziel ist Schluß zu machen mit Krieg und Faschismus. Sie kämpfen für die Interessen des völlig entrechteten deutschen Soldaten und wo es möglich ist, vertreten sie ein Recht gegenüber den Vorgesetzten. Diese Zeitung soll die Verbindung zwischen den Soldatengruppen an der Front und in der Heimat festigen und die Kameraden, die noch nicht zu uns gehören, aufklären. Soldaten schreiben hier für Soldaten. Artikel und Berichte, die ihr uns schicken wollt, gebt am besten dem Genossen, von dem ihr diese Zeitung erhalten habt. Sammelt auch fortlaufend Feldpostnummern von Kameraden, die noch der Aufklärung bedürfen.22

Von dieser Zeitung sind vier Folgen belegbar, von denen Friedrich Mastny neben dem Organ *Rote Jugend* mehrere tausend Exemplare vervielfältigt hat.<sup>23</sup>

Scit Mai 1943 konnten die Referenten der Gestapo wieder ein besonderes Ansteigen der illegalen kommunistischen Literaturarbeit wahrnehmen. Diesmal waren es österreichische Kommunisten, die aus der französischen Emigration als getarnte französische Arbeiter nach Wien gingen, um in Österreich selbst Widerstandsaktivitäten gegen den Faschismus zu setzen.

Interessante Einblicke über die Stimmung der Bevölkerung erhalten wir in den wöchentlichen Berichten des Organisation-Büros des trotzkistischen "Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse". Die Mitglieder dieser Organisation wurden zu einer breitangelegten Meinungsforschung und Berichterstattung über alle Probleme des täglichen Lebens verpflichtet.

Bis 1943 lassen sich Untergrundzeitungen von trotzkistischen Gruppen – Proletarische Internationalisten, Proletarische Revolutionäre, Gegen den Strom – belegen. Der Grund der plötzlichen Unterbrechung dieser Zeitungen im Frühjahr 1943 ist in der Verhaftung führender Funktionäre einer trotzkistischen Gruppe, die sich Gegen den Strom bezeichnete, zu suchen. Diese Gruppe brachte auch das Organ gleichen Namens heraus.

1941 traten unter den Namen Wochenbericht der Neuen Bewegung, Wochenbericht des Bundes Die Aufrechten und Das Vierte Reich. Wochenbericht der anarchistischen Verbände Wiens Anarchisten mit Flugblattzeitungen an die Öffentlichkeit. Darin wird gegen den "Blutrausch einer entfesselten Soldateska" Stellung genommen und Adolf Hitler als "Adolf, der Syphilitiker" dem Spotte preisgegeben.

### "Anti-Hitler Bewegung Österreichs"

1943 gelang es der Gestapo Wien, die Widerstandsgruppe "Anti-Hitler Bewegung Österreichs" aufzudecken. Diese Gruppe, die sich aus Ostarbeitern, österreichischen Kommunisten und Sozialisten zusammensetzte, unterhielt auch Kontakte zu bürgerlichen Widerstandsgruppen. Erst ein Jahr nach dem ersten Hinweis über die Gruppe in den Tagesberichten der Gestapo gelang es den Nazihäschern, den führenden Kopf der "Anti-Hitler Bewegung Österreichs", den slowenischen Funktionär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens Karl Hudomalj, zu verhaften. Diese Organisation brachte in regelmäßigen Abständen ihr Organ Wahrheit heraus, von der von jeder Nummer durchschnittlich 100 bis 200 Exemplare abgezogen und im Postweg oder durch Aktivisten der Widerstandsgruppe zur Verbreitung gebracht wurden. Nachdem der ehemalige Hauptschriftleiter der Wahrheit im November 1943 Selbstmord verübt hatte, übernahm im Dezember 1943 der Sozialist Alfred Migsch diese Funktion. Die "Anti-Hitler Bewegung Österreichs" trat in ihrem Organ für die Aktionseinheit aller Hitlergegner ein.

Otto Tropper: Bericht über die Herausgabe der illegalen Zeitschrift der KPÖ "Die Rote Front" 1941/42, Wien 1971.

<sup>22</sup> Der Soldatenrat, Nr. 1, 1942.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 8. vom 19. – 20. Mai 1942. Friedrich Mastny wurde am 2. November 1943 im Landesgericht Wien enthauptet.

### Presse des katholischkonservativen Widerstandes

Die allumfassende staatliche Lenkung und Kontrolle der Presse war ein Hauptbestandteil des NS-Herrschaftssystems. Selbst vor religiösen Schriften schreckten die Nazis nicht mit Verbreitungsverboten zurück. Im Widerstandskampf gegen den Faschismus und für die Befreiung unseres Landes von der NS-Fremdherrschaft waren auch mehrere katholisch-konservative Gruppen aktiv, von denen einige Gruppen auch das Mittel der illegalen Presse einsetzten, um damit ihren Mitgliedern den nötigen Rückhalt zu bieten, aber auch um gegen die manipulierte Nachrichtenverbreitung des NS-Staates vorzugehen.

Bereits Ende 1939 ging die "Österreichische Freiheitsbewegung" des Dr. Karl Lederer dazu über, in unregelmäßigen Zeitabständen eine im Durchschlagsverfahren mittels Schreibmaschine hergestellte Flugschrift mit dem Titel: "Was nicht im V. B. (Völkischen Beobachter, Zentralorgan der NSDAP) steht" herauszugeben. Diese Flugschriften wurden an die Mitglieder der "Österreichischen Freiheitsbewegung" mit der Aufgabe verteilt, ihren Inhalt an alle für die Aufnahme solcher Nachrichten empfänglichen Personen weiterzugeben.<sup>24</sup>

Leopold Hof und Leopold Eichinger von der "Illegalen Österreichischen Kaisertreuen Front (IÖKF)" verfaßten im Frühjahr 1940 ein *Mitteilungsblatt der Österreichischen Freiheitsbewegung.*25 Von dieser illegalen Zeitung stellten sie fünfzig Exemplare her, die auch zur Verteilung gelangten. In dem Blatt fordert diese Organisation die Beseitigung der nationalsozialistischen Tyrannen und Blutsauger, die das österreichische "Volk auf die Schlachtbank" führten.

Vom Mai 1940 bis zur Verhaftung des Postangestellten Johann Graber Ende August 1940, der die führende Persönlichkeit der katholisch-konservativen Widerstandsgruppe "Heimatfront" war, brachte diese Organisation 17 Folgen ihrer im Vervielfältigungsverfahren hergestellten Zeitung Hör zu! Kampfblatt der Heimatfront heraus.

Von Salzburg aus bauten sie ihr illegales Verbindungsnetz auf und bekannten sich in ihren Zielen zur gewaltsamen Losreißung Österreichs vom Deutschen Reich und für die Errichtung eines selbständigen österreichischen Staates mit ständischer Verfassung.<sup>26</sup>

Paul Flach aus Innsbruck, von der bündischen Jugend "Die blauen Falken", stellte im Herbst 1942 drei Nummern eines Informationsblattes *Kameraden. Ein gemeinsamer Brief* für seine Gesinnungsfreunde in jeweils ca. 50 Exemplaren her.<sup>27</sup> Darin treten vor allem starke katholischreligiöse Beziehungen dieser Gruppe hervor.

### **Sonstige Gruppen**

Teben den eindeutig politischen Gruppierungen zuzuordnenden Titeln illegaler Presse sind noch jene Zeitungen anzuführen, deren parteipolitische Orientierung nicht klar oder gar nicht festzustellen ist. Um die Hersteller antinazistischer Flugschriften leichter aufzuspüren, wurde am 9. April 1943 verlangt, neben der Ablieferung von Publikationen an die NS-Stellen auch vor allem die Briefumschläge zwecks genauer Prüfung abzugeben.28 Im August 1943 scheint eine Wiener illegale Zeitung Das Signal, Kampfschrift für die Befreiung Österreichs auf. Am 24. Jänner 1944 berichtete die Gestapo Wien über die illegale Zeitung Alpenland, die den großspurigen Untertitel Organ der Regierung Österreichs führte:

Es konnten bisher über 140 Exemplare erfaßt werden, die sämtlich am 11. 12. 1943 in der Zeit von 13 Uhr und 17.30 Uhr im Bereiche des Postamtes Wien zur Aufgabe gebracht worden sind. die Flugblätter sind in sämtliche Gaue der Ostmark, Bayern, Sudetengau und in das Protektorat versandt worden.<sup>25</sup>

Am 15. November 1943 erschien in Wien die erste Nummer der Zeitung Freies Österreich. Blätter für Friede, Freiheit und Fortschritt. Bis 25. März 1944 können zehn Folgen aus Tagesberichten der Gestapo Wien belegt werden.

Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof gegen Dr. Karl Lederer und anderer wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Dr. Karl Lederer wurde am 10. Mai 1944 im Landesgericht Wien enthauptet.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Urteil des Volksgerichtshofs gegen Leopold Hof und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung. 16. November 1943. Leopold Hof wurde am 28. November 1944 in München-Stadelheim hingerichtet.

<sup>26</sup> Anklageschrift gegen Ferdinand Steindl und andere. Darin

Auszüge der illegalen Zeitschrift "Hör zu!" Johann Graber wurde am 18. Februar 1944 in München-Stadelheim hingerichtet.

<sup>27</sup> Strafverfahren der Geheimen Staatspolizei Innsbruck gegen Paul Flach und andere.

<sup>28</sup> Stadler a.a.O. S. 318.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Bericht der Gestapo Wien an das Reichssicherheitshauptamt betreffend der Flugschrift "Alpenland". 24. Jänner 1944.

# Die slowenische Partisanenpresse in Kärnten

Die NS-Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kärntner Slowenen zielten
letztlich auf die Vernichtung dieser Volksgruppe
ab. Das erklärt, wieso die Kärntner Slowenen
einen so bedeutenden Anteil am Widerstand und
insbesondere am Partisanenkampf hatten. Zur
Unterstützung ihres bewaffneten Kampfes,
brachten die Kärntner Slowenen auch mehrere
illegale Zeitungen heraus, über deren Charakter
Rudolf Cefarim folgendes schrieb:

Der Kärntner Partisanendruck erfüllte im Befreiungskampf der Kärntner Slowenen seine Aufgabe. Er benachrichtige seine Leser über die Ereignisse daheim und in der Welt, über die

Ereignisse in Kärnten, in Slowenien, Jugoslawien und auf den Kriegsschauplätzen der Welt. Treu charakterisierte er die Symptome des verfallenden Nazismus. Er entlarvte die deutschen Absichten, besonders, wenn die Deutschen bei Mobilisierungen jüngerer Jahrgänge oder von

Mädchen für die Wehrmacht die Leute täuschen wollten, daß die Lage nicht so schlecht sei, wie sie in Wirklichkeit war. Die deutsche Schwäche und die Bedeutung der Fronterfolge kommentierte er klar und mit angemessener politischer Betonung (die Befreiung von Belgrad). Der gedruckte Stoff wurde so geboten, daß sein Eindruck und sein Verständnis erleichtert wurde: in Form von Berichten, Reportagen, Reden usw. Unter die sachlich gebrachten Tatsachen reihte er ermunternde Episoden aus dem Leben der Kärntner Partisanen ein. Neben der Ausmalung deutscher Rohheiten verstand er es, die Heldentaten der Partisanen zu beleuchten, die aufmunternd auf die Leser wirkten.<sup>30</sup>

Neben den in slowenischer Sprache erschienenen Zeitungen, die bereits seit 1942 festzustellen sind – anzuführen wären die Blätter: Koroski porocevalec (Kärntner Anzeiger), Koroska v borbi (Kärnten im Kampfe), Informacijski list (Informationsblatt), Slovenski tednik (Slowenisches Wochenblatt), Celovski verstnik (Klagenfurter Bote) und die Frauenzeitung Borbena Slovenka (Die kämpferische Slowenin) – erzeugten die slowenischen Partisanen in ihren Druckereien auch deutschsprachige

Zeitungen zur Aufklärung für die deutschsprachige Bevölkerung Kärntens. Neben reinen Nachrichtenblättern versuchten die Zeitungen Die Freiheit. Das Kommunistische Informationsblatt, Die Einheit. Das Organ der Arbeitereinheiten in Kärnten und Informationsblatt der Einheit eine Mobilisierung aller Antifaschisten für den Kampf gegen die Nationalsozialisten.

Von dem an der Seite der Volksbefreiungsarmee Marschall Titos kämpfenden "Österreichischen Bataillon" ist die erste Nummer vom Dezember 1944 der Zeitung Österreichischer Freiheitskämpfer. Kampfblatt der österreichischen Freiheitsbewegung erhalten geblieben. Darin wird sehr ausführlich über die Gründung des "Österreichischen Bataillons" berichtet und die österreichischen Patrioten werden zur Unterstützung der Partisanengruppen in Steiermark und Kärnten

aufgefordert. Außerdem erschienen noch im Jahre 1945 die Mitteilungen der deutschen und österreichischen Freiheitskämpfer der jugoslawischen Befreiungs-

Der Kärntner Partisanendruck erfüllte im Befreiungskampf der Kärntner Slowenen seine Aufgabe

> armee des Marschall Tito an die deutschen und österreichischen Soldaten und eine handgeschriebene Taschenzeitung für das 1. österr. Bataillon

# Die Befreiung Österreichs in Sichtweite

ls sich 1944/45 die baldige militärische Niederlage von NS-Deutschland deutlicher abzeichnete, gab es eine gewisse Zunahme der illegalen Presse verschiedener politischer Richtungen, die versuchten, die letzten Kräfte zum Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren, aber sich auch bereits mit Vorstellungen für das Nachkriegsösterreich beschäftigten. Zehn Folgen lassen sich vom Mitteilungsblatt der österreichischen Freiheitsbewegung (OeF) nachweisen. Am 15. Mai 1944 registrierte die Gestapo die erste Nummer dieses Blattes, das in Wien zum Versand gebracht wurde und die Gründung eines Aktionskomitees sowie den Zusammenschluß aller antifaschistischen Parteien zur Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus mitteilte. Alle Folgen wurden auf gewöhnlichem glatten Papier im Schreibmaschinenabziehverfahren hergestellt

M Rudolf Cefarim: Die slowenische Partisanenpresse in

und immer mit "Das AKOM (Aktionskomitee) der ÖF" gekennzeichnet. Das Hauptgewicht dieser Zeitung liegt in der Bekanntmachung der Ziele der "Österreichischen Freiheitsfront", in der Aufforderung zur totalen Sabotage – "jeder soll bei Gelegenheit an kriegswichtigen Objekten Brand legen"<sup>31</sup> – der Berichterstattung über den Vormarsch der Alliierten, Erklärungen über die Nachkriegsjustiz an Naziverbrechern.

Ende Dezember 1944 erschien die erste Nummer der von Otto Langbein verfassten Zeitung Der Österreichische Freiheitskampf. Antifaschistisches Blatt für Frieden, Freiheit und Einigkeit. Von diesem Blatt konnten bis Mitte März 1945 sieben Folgen mit jeweils ca. 2000 Stück herausgebracht werden, die von einer Widerstandsgruppe hauptsächlich in Wien und Umgebung verbreitet wurden. Wir finden darin Themen wie eine Analyse der Friedenschancen für das Jahr 1945, eine Bemerkung, wer als Kriegsverbrecher anzusehen ist, Beiträge über die momentanen aktuellen Aufgaben der Widerstandskämpfer und anderes mehr.

Im länner 1945 trat wieder eine trotzkistische Organisation, der "Karl Liebknecht-Bund. Internationale Kommunisten" mit einer Zeitung Der Spartakist in Erscheinung. Von der kommunistischen Zeitung Die Rote Front. Kampfblatt zur Reorganisation der K. P. Österreichs ist bis jetzt nur die Nummer 6 vom 27. März 1945 bekannt, in der für eine "Funktionierung aller bestehenden Parteien in Österreich unter der Führung der K. P." eingetreten wird. Aus der Schweiz nach Österreich geschmuggelt erschien im April 1945 wieder eine erste Nummer der Arbeiter-Zeitung. Organ der österreichischen Sozialisten. Unter der Losung der Revolutionären Sozialisten "Wir kommen wieder" forderte dieses Blatt seine Leser zum aktiven Widerstand auf.

Die hier angeführten Zeitungen zeigen uns trotz der divergierenden politischen und weltanschaulichen Ausrichtungen eines sehr deutlich. In allen wurde versucht, ein bewußtes Gegengewicht zu dem auf Unterdrückung und Terror aufgebauten Pressemonopol der Nationalsozialisten zu schaffen und gleichzeitig immer wieder ein unabhängiges, selbständiges Österreich zu proklamieren. Die oft auf primitive Weise und unter größten Schwierigkeiten hergestellten illegalen Flugschriften leisteten damit einen bescheidenen Beitrag zur Beseitigung des NS-Regimes und zur Befreiung Österreichs. Zum Abschluß dieses kurzen Beitrags über die Presse im Widerstand wollen wir wieder den führenden Politiker und Theoretiker des Austromarxismus Otto Bauer bemühen, der im Exil grundsätzliche Überlegungen über den Stellenwert der illegalen Presse im Untergrundkampf anstellte. Es heißt hier:

Es ist sicherlich richtig, daß die Verbreitung der illegalen Presse keineswegs das einzige Mittel der illegalen Partei ist, das Denken und Verhalten der Massen zu beeinflussen. Ein planmäßig zu dieser Aufgahe geschulter Kader kann, wie wir gesehen haben, wirksame Massenarbeit auch ohne Verbreitung illegaler Zeitungen durch planmäßig gewählte "Verhindungen" mit den einflußreichsten, beziehungsreichsten Arbeitern und durch Zellenarbeit in den Betrieben und legalen Organisationen leisten. Aber diese Propaganda von Mund zu Mund und die Zellenarbeit machen die illegale Zeitung keineswegs überflüssig... Trotz alledem muß man gewiß die Verbreitung der illegalen Presse einstellen, unterbrechen oder einschränken, wenn dadurch allein unersetzliche Kader vor der Zertrümmerung bewahrt werden können. Aber die Unterbrechung der illegalen Pressepropaganda ist nur ein Zeichen der Schwäche der illegalen Partei, nur ein Ausdruck der Tatsache, daß sie von breiten Massen der Arbeiterklasse isoliert ist und auf Beeinflussung dieser Massen verzichten muß. Sobald die Massen in etwas stärkere Bewegung geraten, sobald die Möglichkeiten der Massenbeeinflussung sich verbreitern, wird keine illegale Partei auf diese Kampfmittel verzichten.32

Prof. Herbert EXENBERGER (1943)
Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW).

Mitteilungsblatt der österreichischen Freiheitsbewegung, Nr. 3, Anfang Juni 1944.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Otto Bauer: Die illegale Partei, S. 130 f.

4.063/9

# Die Rote Front.

MES

April 1941

20 Pf.

Wien ist Gefahrenzone I

Der Krieg ist in die Nähe gerückt. Arbeiter Wiens! Ihr sollt nun alle Schrecken des blutigen Wahnsinns erleben, für den es me einen Schuldigen gibt, den Kriegsverbrecher Hitler!

Jugoslawien wollte den Trieden, es hat alles getan, um den Frieden zu erhalten, aber es kann süh nicht widerstandslos den Verbrechern Hitler und Mussolini ausliefern.

Die Kriegsfurie droht neue Länder zu verwüsten Völker, die Frieden und Arbeit wollten, sollen hingemordet werden.!
Arbeiter! Soldaten! Macht euch nicht zu Mitschuldigen dieses Verbrechens. Sabotiert den Krieg wo und wie ihr Könnt.

Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit dem Massenmörder Hitler!
Es lebe Jugoslawien!
Es lebe das freie sozialistische Europa!

110 %

69%

Die Rote Front. Zeitung der illegalen Kommunistischen Partei.

# "Hier spricht der deutsch-österreichische Rundfunk"

Rundfunk im "Dritten Reich"

Barbara Daser

# Der "Anschluß" Österreichs

Am 10. März 1938 ließ Adolf Hitler seine Truppen an der Grenze zu Österreich aufmarschieren, am 12. März um 8 Uhr morgens rückten die deutschen Soldaten über die Grenze. Am Nachmittag traf Hitler in Linz ein, vom Balkon des Rathauses verkündete er, "seine teure Heimat dem Deutschen Reich" wiederzugeben. Im Radio war folgende Reportage zu hören:

Ganz langsam kommt das Auto... Mein Gott... Aufrecht steht unser Führer hier... Wir sehen ihn schon... ganz nahe, ganz nahe ist der Führer... Sieg heil!... Sieg heil!... Eine Begeisterung!... Unser Führer in Linz! Da steht er... es ist ja fabelhaft... er steht unter uns... in braunem Anzug und brauner Kappe...!

Schon am Vorabend, kurz vor 20 Uhr, hatte sich Kurt Schuschnigg zum letzten Mal als Kanzler über Rundfunk an die österreichische Bevölkerung gewandt: "Der Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen. Gott schütze Österreich!"<sup>2</sup>

Unmittelbar nach dem "Anschluß" Österreichs an das *Deutsche Reich* wurde die RAVAG in den "deutsch-österreichischen Rundfunk" umbenannt. "Hier spricht der deutsch-österreichische Rundfunk" waren am 12. März die ersten Worte, mit denen sich der Sender Wien nach der "Machtübernahme" meldete. Der Gesamtbestand der *RAVAG* ging in den Besitz des *Deut*-

schen Reiches über: Die Sendeanlagen wurden der Deutschen Reichspost übertragen, den Studiobetrieb übernahm die Reichsrundfunkgesellschaft (RRG).

Die RRG war Mittel zum Zweck: Eine zentral gesteuerte Medienanstalt sollte entstehen – Rundfunkpersonal und -programm im gesamten Deutschen Reich sollten dadurch kontrollierbar sein. Bereits seit 1932 war der Rundfunk in Deutschland verstaatlicht – das erleichterte den Nationalsozialisten in den folgenden Jahren den Zugriff.

Die Reichssendeleitung hat seit der Machtübernahme 1933 das System der unabhängigen Sender beseitigt. Die Sender sind keine Aktiengesellschaften mehr, sie gehören weder privaten Aktionären noch einzelnen Ländern. Es sind Arbeitsgruppen der Reichs-Rund-Funk-Gesellschaft. Durch eine scharfe zentrale Zusammenfassung ist die schlagkräftigste und wendigste Rundfunkorganisation der Welt geschaffen worden.

schrieb 1938 der Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky.

Anfang April 1938 ging auch der letzte Rest Eigenständigkeit der ehemaligen österreichischen Radiostation verloren, und der Name des "deutsch-österreichischen Rundfunks" verschwand. *Radio Wien* wurde *zum Reichssender Wien* und bekam die Nebensender Graz, Klagenfurt und Linz zugeordnet<sup>4</sup> – der *Reichssender* wurde in allen wesentlichen Belangen Berlin unterstellt. Die Sender Innsbruck und Salzburg

<sup>1</sup> Sie müssen nur zuhören. Die akustische Erlebniswelt von André Heller, dem ORF und dem Ars Electronica Center,

Theodor Venus: Von der ,RAVAG zum ,Reichssender Wien'; in: Emmerich Talos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938 – 1945, Wien 1988.

Eugen Hadamovsky: Hitler kämpft um den Frieden Europas, München 1938, S. 22.

Heinz Pürer/Kurt Luger: Rundfunk in Österreich. Zur Geschichte des Rundfunks (Radio und Fernsehen); in: Heinz Pürer (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen, Salzburg 1990, S. 502.

wurden dem *Reichssender München* angegliedert, der Sender Dornbirn dem *Reichssender Stuttgart.*<sup>5</sup> Der "Gleichschaltung" des österreichischen Radios stand damit nichts mehr im Weg.

# Kontrolle durch das Reichspropagandaministerium

Das gesamte Kulturleben für die "Ostmark" wurde von Berlin aus gesteuert und kontrolliert. Das Propagandaministerium unter Joseph Goebbels war zuständig für "alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation" und

somit auch für die Überwachung des Hörfunks. Goebbels wurde in dieser Funktion von *Reichssendeleiter* Eugen Hadamovsky unterstützt. Ein Großteil des Wortprogramms – vorrangig Übertragungen von Führerkundgebungen, Reichsparteitagen, Massenaufmärschen und Ge-

denkfeiern – kam durch Entscheidungen von Goebbels und Hadamovsky zustande, also ohne die Programmverantwortlichen in den einzelnen Sendeanstalten.

Um ein Programm zu gestalten und zu produzieren, das den Vorstellungen der Machthaber entsprach, gab es einerseits strenge Zensur durch das Propagandaministerium, andererseits wurde gezielte Personalpolitik in den einzelnen Radiostationen betrieben. Die politische Gesinnung stand vor fachlicher Kompetenz. Auch für Journalisten galten die antisemitischen und diskriminierenden "Nürnberger Gesetze" und "Arierparagraphen". Alle "Rundfunkschaffenden" mußten der Reichsrundfunkkammer angehören, die sie "rassisch" und politisch durchleuchtete. Damit sollte die Verbreitung linientreuer Inhalte gesichert werden – die Sendungen erreichten ja schließlich alle "Volksgenossen". In den Richtlinien der Reichsrundfunkkammer hieß es:

Erste Voraussetzung der Mitgliedschaft zur Reichsrundfunkkammer (Fachschaft Rundfunk) und damit der Betätigung im Rundfunk ist die Abstammung von Vorfahren deutschen oder artverwandten Blutes. Die Aufnahme kann abgelehnt oder ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn es die für die Ausübung seiner Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung nicht besitzt.6

Diese "Sorgfalt" bei der Postenbesetzung wandten die Nationalsozialisten auch bei der ehemaligen *RAVAG* an. Zahlreiche Mitarbeiter wurden aus politischen, weltanschaulichen oder "rassischen" Gründen entlassen. An ihre Stelle kamen neue Leute, die zwar großteils keine Rundfunkerfahrung hatten, aber als Anhänger der nationalso-

Der schleichende "Anschluß

von innen" hatte den neuen

Machthabern ihr Vorhaben

erleichtert

zialistischen Bewegung galten. Die Neueinstellung von NS-Sympathisanten einerseits und die Entlassung politisch mißliebiger Mitarbeiter andererseits

ermöglichten eine rasche "Nazifizierung" der Belegschaft. Im Sommer 1938 schrieb Adolf Raskin, Leiter der Rundfunkabteilung im neuen Wiener *Reichspropaganda-Amt*:

(1ch) teile Ihnen mit, dass der Reichssender Wien nach der Machtübernahme bis heute insgesamt 17 SS-Männer und 11 SA-Männer eingestellt hat... Die Gesamtbelegschaft der RAVAG beträgt etwa dreihundert Personen, so dass der von Gauleiter Bürckel gewünschte Prozentsatz bei weitem überschritten erscheint. Außerdem stelle ich mit Genugtuung fest, dass fast die Hälfte der gesamten Belegschaft der NSDAP angehört.<sup>7</sup>

Aber natürlich hatte es bereits vor der "Machtübernahme" der Nationalsozialisten im österreichischen Rundfunk NS-Sympathisanten und (damals noch) illegale Nationalsozialisten gegeben. Dieser schleichende "Anschluß von innen" hatte den neuen Machthabern ihr Vorhaben erleichtert. So manche Mitarbeiter des Funkhauses, die in den 30ern wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen worden waren, wurden nun wieder zurückgeholt.

Theodor Venus: Bis zum Ende wird gespielt. Zur Geschichte des 'Reichssenders Wien' im Dritten Reich; in: Rathkolb, Oliver/ Duchkowitsch, Wolfgang/ Hausjell, Fritz (Hg.): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich '38, Salzburg 1988, S. 117.

s. a. Viktor Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich.* Band 1: 1924 – 1945, Wien 1974, S. 174.

<sup>6</sup> Ergert, S. 80.

Venus: Von der ,RAVAG' zum ,Reichssender Wien', a. a. O., S. 308.

# Wien berichtet über die "Reichskristallnacht"

Die Novemberpogrome in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 waren organisierte Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung. Tausende jüdische Einrichtungen im *Deutschen Reich* wurden dabei zerstört, hunderte Synagogen in Brand gesteckt, 35.000 Menschen jüdischer Herkunft verhaftet, 91 Menschen getötet. In Österreich – der damaligen Ostmark – wurden 42 Synagogen und Bethäuser meist durch Brände zerstört, 27 Menschen jüdischer Herkunft getötet und 88 schwer verletzt. 6547 wurden allein in Wien verhaftet, in den anderen Bundesländern waren es etwa 1250. 3700 österreichische Juden wurden in das Konzentrationslager Dachau verschleppt.<sup>8</sup>

nschließend wurden die letzten jüdischen 🕽 Publikationsorgane verboten und Juden der Besuch deutscher Schulen und Kulturveranstaltungen (wie Kino, Theater oder Zirkus) verweigert. Die "Novemberereignisse" wurden als Ergebnis des "spontanen Volkszorns" dargestellt – als Antwort der Bevölkerung auf den Tod des deutschen Diplomaten Ernst von Rath, der am 7. November in Paris vom 17jährigen polnischen Juden Herschel Grynszpan erschossen worden war. Die Bezeichnung "Reichskristallnacht" stammt aus dem zynischen Propagandajargon der Nationalsozialisten - so als wären nur Fensterscheiben und Gläser zu Bruch gegangen. Für die in der "Reichskristallnacht" angerichteten Schäden mußte die jüdische Bevölkerung aufkommen. Hermann Göring erlegte ihr nach der "Reichskristallnacht" eine "Sühneabgabe" von einer Milliarde Reichsmark auf. Die Summe wurde später noch um 25 Prozent erhöht und war binnen eines Jahres zu zahlen.9

Die Radioreportage, in der damals über die Ereignisse in Wien berichtet wurde, ist erhalten. Reporter Eldon Walli meldete sich am 10. November 1938 aus Wien Leopoldstadt:<sup>10</sup>

[Reporter] Zehnter November... Wir stehen mit unserem Mikrophon vor dem Josefstädter Judentempel. Ihn heute noch so zu bezeichnen, ist eigentlich schon etwas geschmeichelt. Denn die erbitterten Einwohner, arischen Einwohner dieses Bezirkes, haben nach dieser ruchlosen Tat von Paris es sich nicht nehmen lassen, um auch hier ihren abgrundtiefen Hass gegen das Judentum zu bezeigen. Der Judentempel war in wenigen Minuten ein Raub der Flammen. Und wenn wir uns jetzt hier in diesem orientalischen Kuppelbau umsehen, dann ist von dem eigentlichen Tempel, von diesem prunkvollen und mit viel Geld erbauten Gebäude, nur mehr das Gerippe, das alte Gerüst übriggeblieben. Und dieses Gerüst ist schon so haufällig, daß das Wahrzeichen des Judentums, auf das sie besonders in Wien so stolz waren, hoffentlich in wenigen Tagen zur Gänze mit dem Erdboden gleichgemacht wird und zur Gänze hier in Wien verschwinden wird. Die Wiener Bevölkerung, die immer mit erbittertem Grimm in der Tempelgasse an diesem Prunkbau vorheigegangen ist, steht jetzt auf der Straße und jeder möchte gerne herein sehen, möchte sich überzeugen, wie es hier aussieht und oh tatsächlich alles so ist, wie's ihm ums Herz ist - nämlich so, daß man es nicht wieder aufhauen kann. Bei uns sind die Männer der Feuerwehr, die Männer der SA und der Kreisleitung. Hier muß man es wieder der Partei zuschreiben, daß das Judentum vor dem größten Unglück bewahrt wurde. Wenn auch die Volksmeinung und die Massen der Bevölkerung erbittert gegen die Juden auftreten, so ist es immer wieder die Partei, die ihnen wenigstens noch das Leben rettet und sie vor dem gänzlichen Untergang bewahrt. Denn hier hat die Partei Verständnis, die Partei zeigt, daß ein kultiviertes Volk der Deutsche ist und nicht, wie der Jude behauptet, der Deutsche sei ein Volk der Barbaren. Die Juden können es sich nur selbst zuschreiben, daß es soweit gekommen ist. Und das werden mir alle, die hier um mich herumstehen, hestätigen können. Bei uns ist der Tempeldiener, das heißt nicht der Tempeldiener - ist vielleicht schlecht ausgedrückt sondern der...

[Erster Mann] ,Portier'

[Reporter] ... der Tempelportier, der bisher die Aufgabe hatte, über dieses Gebäude zu wachen. Bezeichnenderweise hat man wieder einen Arier zu diesem schönen Geschäft genommen, denn ein Jude wäre für diese tiefe

<sup>\*</sup> Austria Presse Agentur: Die "Reichskristallnacht" am 9. November. APA0177, Aussendung vom 9.11.2000.

<sup>9</sup> RGBl. Jg. 1938, Teil I, Nr. 189.

Die "Reichskristallnacht" in Wien. Eine Reportage des "deutsch-österreichischen" Rundfunks vom 10. November 1938, Reporter Eldon Walli, Tondokument.

und einfache Arbeit, das ist nämlich neben dem elektrischen...

[Erster Mann murmelt unverständlich]

[Reporter] ... äh Arbeiten, die hier im Hause notwendig waren, Heizer, wie Sie sagen, da ist ein Jude nämlich zu schade, wissen Sie. Juden haben nur Interesse Arbeiten zu verrichten und zu vollbringen, die möglichst wenig beschmutzte Hände beschaffen und möglichst viel Geld in den Sack bringen. Bei Ihnen wird das ja nicht so der Fall gewesen sein. Und Sie sind jetzt froh, daß sie von hier los kommen, nicht?

[Erster Mann], Von bier los komme'

[Reporter] Wie lange waren Sie denn schon hier?

[Erster Mann] ,14 Jahr

[Reporter] 14 Jahre?

[Erster Mann] ,14 Jahr

[Reporter] Und die Männer der SA, die hier ihren Absperrdienst vollbringen, die können vielleicht auch etwas erzählen? Wie das Ganze vor sich gegangen ist...

[Zweiter Mann] ,lch bin erst kurze Zeit hier. Wir räumten den Platz jetzt, und zwar weil Einsturzgefahr im Tempel ist. Es befindet sich sonst niemand hier in der Gegend.

[Reporter] Na, es ist jetzt alles weg. Leute stehen nicht mehr auf der Straße und wir werden auch gleich verschwinden. Also, ich glaube, der Tempel kann ohne weiteres einstürzen. Wir haben alle nichts dagegen, was?

[Zweiter Mann, sowie weitere], Nein, nein, nein' [Gelächter im Hintergrund]

[Reporter] Neben mir ist ein Mann von der Feuerwehr, der uns hier bestätigen wird, daß der letzte Feuerschein bereits gelöscht wurde und daß jetzt eigentlich die Leute ihres Amtes walten, die mit dem Abräumen beginnen, nicht?

[Dritter Mann] ,Ja, es steht bereits... nur mehr die Grundmauern sind ühriggebliehen. Das Feuer ist so gelöscht, dann simma aussigangen, nachdem keine Nahrungsmittel mehr vorhanden waren. Als wir äh hergekommen sind, da hatten wir nur mehr äh das Ganze in Flammen gesehen... Wir konnten auch die Rettungsaktionen nicht durchführen, da wir bis zum Brandherd nicht vorgegangen sind. Und wir uns eigentlich die Hände gewärmt haben, net? Wir haben gewartet, bis sich die

Grundmauern von selbst niederlegen, net?'
[Reporter] Und die Juden haben sich alle recht-

zeitig aus dem Staub gemacht?

[Dritter Mann], Und die Juden haben sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht, net. Und teilweise waren sie noch als Zuseher verkleidet mit einem Parteiabzeichen. Sie sind noch von der Polizei abgeführt worden.

[Unverständliches Gemurmel]

[Reporter] Sogar das, diese Frechheit erlauben sie sich noch. Na, aber das ist ja jetzt vorbei.

ieses Beispiel zeigt, wie entscheidend die Postenbesetzung nach politischer Gesinnung war: ein Unbefangener wäre in Darstellung und Wortwahl wohl kaum derartig zynisch und menschenverachtend gewesen wie der SS-Angehörige<sup>11</sup> Eldon Walli: Er bedankt sich zynisch bei der Partei dafür, die jüdische Bevölkerung "vor dem größten Unglück bewahrt" zu haben. Kein Wort, daß "die Partei" das Brandschatzen, Plündern und Hetzen organisiert hatte, sondern im Gegenteil, "die Partei" habe beschwichtigend eingegriffen und anschließend für Ordnung gesorgt. Die von Goebbels organisierten und von langer Hand geplanten Ausschreitungen werden im Radiobericht als spontanes und gerechtfertigtes Ergebnis des Volkszorns dargestellt.

In der Reportage werden nicht nur Tatsachen verdreht und falsch wiedergegeben, sondern der Reporter ist zudem sehr emotional und wertend. Zahlreiche Klischees werden transportiert, wie z. B. das jahrhundertealte Klischee des geldgierigen Juden. Gleichzeitig wird das "deutsche Volk" als großmütig und überlegen präsentiert.

Und daß viele Menschen die Gesinnung des Reporters teilten, zeigt die Aussage des Feuerwehrmannes: Er berichtet, seine Kollegen und er hätten den Brand in der Synagoge nicht gelöscht, sondern sich lediglich die Hände daran gewärmt. Die Passage mit den Nahrungsmitteln, läßt darauf schließen, daß der Tempel (noch in Flammen) geplündert wurde.

# Gleichschaltung der Medien

Zeitungen, Rundfunk und Kino waren zum Instrument und zur "Öffentlichkeitsstelle" des Regimes geworden. Sämtliche Informationen in

bauer/Reinhard Sieder (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich, Wien 2000, S. 617.

Theodor Venus: Von der RAVAG zum Reichssender Wien, in: Emmerich Talos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neuge-

Presse, Rundfunk und Film gingen auf dieselbe Ouelle zurück und hatten den gleichen Filter durchlaufen: das Reichspropagandaministerium unter Joseph Goebbels. Seine präzisen Anweisungen über die Behandlung politischer, wirtschaftlicher und künstlerischer Themen sicherten – zusammen mit entsprechendem Druck auf die lournalisten – die einheitliche Lenkung der (ver)öffentlichten Meinung. Die Medien sollten dafür sorgen, daß die nationalsozialistische Idee die gesamte Gesellschaft durchdrang – die Medien hatten ihren Informationscharakter im ursprünglichen Sinn endgültig verloren. Zeitung, Radio und Kino waren entscheidender Bestandteil des NS-Staates geworden – sie sollten den Zusammenhalt der "Volksgemeinschaft" fördern. Für die Rezipienten bot sich ein einheitliches Bild, eine einheitliche Botschaft, eine scheinbare Objektivität. Um diese Scheininformation aufrecht zu erhalten, durfte sich die "Volksgemeinschaft" natürlich nicht durch ausländische Medien informieren - die vermeintliche Wahrheit wäre als Inszenierung und Lüge aufgeflogen.

Dem modernen Massenmedium Rundfunk widmete das nationalsozialistische Regime besondere Aufmerksamkeit: "Ohne Lautsprecher hätten wir

Der Rundfunk war ideales

Instrument, um Gefolgschaft

und Führung aneinander zu

Deutschland nie erobert" (Adolf Hitler)<sup>12</sup>

Erstmals war es möglich, daß Programmproduktion und -rezeption zeitgleich stattfan-

den und (!) dabei eine große Zahl an Hörern in den unterschiedlichsten Regionen und Situationen angesprochen werden konnte.

binden

Wesentlich für eine Diktatur ist die zentralistische Organisation – das Radio konnte als zentrales Lenkungsinstrument eingesetzt werden, es war das ideale Kommunikationsmittel: Von einer Stelle aus konnten alle und alle zur selben Zeit erreicht werden. Der Rundfunk war ideales Instrument, um Gefolgschaft und Führung aneinander zu binden. Die Inszenierung des Rundfunks war darauf ausgerichtet, die Auftritte

des "Führers" allen im *Deutschen Reich* zugänglich zu machen und alle emotional wie sozial daran zu binden.

Radio sollte die Kontrolle der öffentlichen Meinung und das Informationsmonopol des Staates garantieren. Propagandaminister Joseph Goebbels bezeichnete das Radio daher als das "allermodernste und allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument"<sup>13</sup>. Der Rundfunk habe tendenzbewußt zu sein und sich der Regierung und ihren Weisungen unterzuordnen. Seine wichtigste Aufgabe sei es, das Volk geistig zu mobilisieren. Damit war Radio laut Goebbels

wirklicher Diener am Volk, ein Mittel zum Zweck, und zwar zu einem sehr hohen und idealen Zweck, ein Mittel zur Vereinheitlichung des deutschen Volkes<sup>14</sup>

# Rundfunkangebot

Zum Wortprogramm des NS-Rundfunks gehörten Reden von ranghohen Politikern, Reportagen von Reichs- und Gauparteitagen, Staatsakten, sportlichen oder kulturellen Ereignissen sowie Feiertagssendungen (z. B. anläßlich

des Jahrestages der "Machtergreifung"). Diese staatspolitisch als wichtig betrachteten Sendungen sollten von jeder und jedem gehört werden. Um die Hörer (dennoch) am Empfangsgerät zu halten, wurde das Rundfunkprogramm mit Musik und Unterhaltung aufgelockert.

Das Angebot des *Reichssenders Wien* bestand aus 87 Prozent Musik und nur zu 13 Prozent aus Wortsendungen. S Von diesen gut zwei Stunden Wort steuerte mehr als die Hälfte Berlin in Form von Nachrichten bei. Über die Information hinaus sollte weltanschauliche Erziehungsarbeit geleistet werden. Die ideologischen Inhalte wurden auch geschickt über unpolitische Themen transportiert. So dominierte z. B. in frauenspezifischen Sendungen das Bild der "arischen" Frau als Hausfrau und Mutter möglichst vieler gesunder Kinder.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> "Radio, Radio", Geschichte und Geschichten aus der Frühzeit des Rundfunk, Teil 4: Millionen hören den Führer, 1933-1935; Gestalter: Werner Schwipps und Carsten Diereks, NDR 1990, ausgestrahlt am 26. 10. 1999 auf Südwest.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Inge MatBolek/Ädelheid von Saldern: Zuhören und Gehörtwerden, I. Radio im Nationalsozialismus: Zwischen

Lenkung und Ablenkung, Tübingen 1998, S. 45.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Hans Bausch (Hg.): Rundfunk in Deutschland, Band 2: Ansgar Diller: Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980. 9. Mitteilung der RRG (Sonderbeilage), 30. 3. 1933.

<sup>15</sup> Venus: Bis zum Ende wird gespielt, a. a. O., S 152.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurden zahlreiche Einschränkungen veranlaßt: Ab Herbst wurden Theater und Varietés im *Deutschen Reich* gesperrt und die spärlich vorhandenen Zeitungen noch weiter reduziert. Radio hatte damit als Informationsquelle fast eine Monopolstellung bekommen.

Mit der Übernahme der RAVAG in der Nacht auf den 12. März 1938 wurde die autonome Programmgestaltung des österreichischen Rundfunks ausgeschaltet. Zunächst blieb ein Teil der Programmproduktion in der Verantwortung des "deutsch-österreichischen Rundfunks" und später der Reichssender, vor allem Sendungen im Sinne der "Volkstumspflege". Politische und weltanschauliche Sendungen, darunter solche zum Thema Jugenderziehung, wurden zentral von Berlin aus zugesteuert.

Im Juli 1940 wurde jedoch das einheitliche Reichsprogramm auch in der "Ostmark" eingeführt" (In anderen Quellen ist das Datum 9. Juni zu finden). Die *Reichssender* hatten sich ab nun nur noch um Lokalsendungen zu kümmern.

Ein Jahr später war Wien gestattet, vormittags wieder eigene Sendungen auszustrahlen. Man konzentrierte die Programmarbeit auf Musik. An die Stelle des einheitlichen Programms trat nun ein zentral koordiniertes und von allen Reichssendern produziertes Programm mit kleinen, regionalen Sendefenstern.

# Volksempfänger

Ging es nach dem Regime, sollte jeder Haushalt im *Deutschen Reich* mit einem Radiogerät ausgestattet sein. Millionen Menschen sollten atemlos am Lautsprecher hängen und den Worten des "Führers" lauschen. Daher wurden Billigapparate wie der Volksempfänger oder der Arbeitsfrontempfänger für die Betriebe entwickelt.

1933 wurde der politisch forcierte Volksempfänger VE 301W zum Preis von 76 Reichsmark auf den Markt gebracht. ("301" stand für das Datum der "Machtergreifung" Hitlers, für den 30. 1. 1933.) Mit diesem Billiggerät war nur der Empfang der deutschen Reichssender möglich – nur

in Grenzgebieten oder nach technischem Umbau konnten auch ausländische Programme empfangen werden. Im Volksmund hieß das Gerät oftmals "Goebbels-Schnauze", da häufig Reden des Propagandaministers übertragen wurden. In Österreich wurde die "Goebbels-Schnauze" vor allem im Weihnachtsgeschäft zum Verkaufsrenner

1938 bekam der VE Konkurrenz durch zwei neue, günstigere Geräte. Das waren der VE 301dyn und der *Deutsche Kleinempfänger* DKE 38 zu 35 Reichsmark. Der DKE 38 wurde als Netzgerät und eigens für Österreich auch als Battericempfänger produziert<sup>17</sup>. Die Geräte konnten zwar in Raten abgezahlt werden, doch erhöhte sich dadurch der effektive Preis um mehrere Reichsmark. Denn als eigennützige Kreditgeber fungierten die Elektrizitätsunternehmen, die einen "Finanzierungsaufschlag" erhoben.

Mit dem Billiggerät drang der Rundfunk erstmals in jedes noch so kleine Dorf. Bei den offiziellen Verlautbarungen und ausgestrahlten Hitlerreden – so der Wunsch der Nationalsozialisten – sollte das kleine Gerät zum Mittelpunkt, gleichsam zu einem Altar oder Tabernakel, zum kultischen Zentrum der Nazi-Liturgie werden.

Um das Ergebnis der österreichischen Volksabstimmung am 10. April 1938 im Sinne der Nationalsozialisten zu beeinflussen, sollten möglichst viele Hörer gewonnen werden. Das NS-Radioprogramm sollte daher alle Wahlberechtigten erreichen. Zu diesem Zweck wurden 1,5 Millionen Reichsmark für öffentliche Lautsprecher und die leihweise Ausgabe der *Volksempfänger* eingesetzt. Die *Reichspropagandaleitung* kaufte bis zur Abstimmung zwischen 17.000 und 20.000 Stück Rundfunkempfänger.

Die deutsche Reichspost kündigte an, nach der Abstimmung am 10. April 1938-100.000 Österreichern aus sozialen Gründen die Rundfunkgebühren zu erlassen. Ein Jahr später wurden jedoch lediglich 33.000 Gebührenbefreite registriert. 18 1939 wurden die Gebühren auf 1,50 Reichsmark erhöht, 1940 auf 2 Reichsmark.

Zum Zeitpunkt des "Anschlusses" waren in Österreich 620.000 Rundfunkteilnehmer gemeldet. Ende des Jahres 1938 gab es knapp 800.000 gemeldete Hörer. Rund ein Drittel der Haushalte

Wenus: Von der RAVAG zum Reichssender Wien; in: Talos/Hanisch/Neugebauer/Sieder (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich, S. 618.

<sup>11</sup> Venus: Bis zum Ende wird gespielt, a. a. O., S. 145.

<sup>\*</sup> cbd

<sup>19</sup> Ergert: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, S. 187 u. 222.

war mit einem Volksempfänger ausgestattet. Der Höchststand wurde vorläufig im Jahr 1943 erreicht – mit 1.073.671 Gebührenzahlern.<sup>20</sup>

Im Sinne einer "totalen Hörergemeinschaft" war die nationalsozialistische Rundfunkpolitik nicht nur auf die Steigerung der Teilnehmerdichte ausgerichtet, sondern auch darauf, daß die Radiobesitzer ihr Gerät das ganze Jahr über empfangsbereit hielten. Doch es war gängige Praxis, daß die Radioapparate in den Sommermonaten abgemeldet wurden, um Gebühren zu sparen. Mit der teilweisen Befreiung von Rundfunkgebühren ließen diese saisonalen Teilnehmerschwankungen nach

Während auf der einen Seite die "totale Hörerschaft" stand, wurden auf der anderem Seite "Nicht-Arier" ausgeschlossen: Per Erlass vom 20. September 1939 wurde Juden der Besitz von Radiogeräten verboten.<sup>21</sup>

# Hörfunkrezeption im öffentlichen Privatleben

Das Radiohören war im Nationalsozialismus Teil des "öffentlichen Privatlebens". Die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem wurden neu gezogen und teilweise verwischt. Radiohören fand zwar großteils in den eigenen vier Wänden statt, doch auch hier herrschte öffentlicher Zwang. Bis in das traute Heim hinein waren die Richtlinien und Verbote gedrungen. Der Volksempfänger ließ in den meisten Fällen nur den Empfang des Reichssenders zu. Als Pflicht galt, die Reden des Führers vor dem Lautsprecher zu verfolgen. Das Hören ausländischer Sender war bei Gefängnis bis Todesstrafe verboten:

Häusig wurden Hörer trotz strenger Vorsichtsmaßnahmen, wie Reduktion der Lautstärke auf ein Minimum, Überbreiten einer Decke übers Empfangsgerät, überrascht oder denunziert.<sup>22</sup>

Propaganda und die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung sind entscheidende Elemente einer Diktatur. Die NS-Propaganda versuchte, das gesamte öffentliche und private Leben zu kontrollieren.

Der Rundfunk sollte das Volk in verständlicher und überzeugender Weise mit der Politik des "Führers" vertraut machen. Doch nicht unbedingt der Inhalt seiner politischen Überzeugung brachte Hitler an die Macht, sondern die Art und Weise, wie er ihn propagierte. Die Kunst der Propaganda lag darin, die Aufmerksamkeit der Masse über den Weg der Gefühle zu erreichen. Die Gefühle der Bevölkerung sollten kanalisiert und gelenkt werden. Da Aufmerksamkeit und Aufnahmefähigkeit jedoch beschränkt sind, wurde Propaganda auf wenige Punkte reduziert und auf Schlagworte zusammengefaßt, um wirkungsvoll zu sein.

Medien hatten nicht das Ziel, zu informieren, sondern zu manipulieren. Absicht war nicht die Darstellung der Realität, sondern die Darstellung einer Propagandafiktion.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rundfunks während des Krieges war die Inszenierung von Normalität. Das funktionierte vielfach über unterhaltende Medieninhalte. Unterhaltung bedeutete Ablenkung und ebnete somit den Weg der politischen Lenkung. In den Unterhaltungssendungen des Hörfunks konnten die Nationalsozialisten die "Volksgemeinschaft", das traute Heim und die heile Welt inszenieren. Unterhaltung mußte die Kluft zwischen den Wünschen der Bevölkerung, den Bedürfnissen der Frontsoldaten und der Realität überbrücken.

Propaganda und Unterhaltung wurden verknüpft, ohne daß die politische Ausrichtung der Unterhaltung immer offenkundig war. Die eingestreuten ideologischen Untertöne sollten nicht bewußt wahrgenommen, sondern verinnerlicht werden

Unter anderem empfahl das Regime, die Pausen in den Betrieben so zu legen,

daß die Belegschaften die Konzerte, die ihrer Erholung nach der Arbeit oder während der Arbeitspausen dienen sollen, auch wirklich hören (Reichsrundfunkgesetz 1935)<sup>23</sup>

Venus: Bis zum Ende wird gespielt, a. a. O., S. 148.

Marßolek/Saldern: Zuhören und Gehörtwerden, S. 257

<sup>22</sup> Franz Richard Reiter: Als Radiohören gefährlich war. Radio

im Widerstand - Radio als Waffe, in: Medien Journal 1/1993, S. 3.

Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1998, S. 182.

Im Sinne der Ablenkung wurde im Rundfunk viel Musik gesendet: Marsch- und Blasmusik, Unterhaltungs- und Tanzmusik, Operetten, ernste Musik. 1941 gab Goebbels eine Programmrichtlinie zur "Auflockerung des Rundfunkprogrammes im Krieg" heraus. Die Programmlinie lautete: "Gute Laune ist kriegswichtig"<sup>24</sup>. Zu dieser Zeit befand sich der Aggressionskrieg der Wehrmacht auf dem Höhepunkt.

### "Ein Volk, ein Reich, ein Führer"

Bei der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" handelte es sich um eine bewußt inszenierte Gemeinschaft. Es wurden billige Reisen organisiert, Freizeit und Weiterbildung auf eine höhere Ebene im Kollektiv gehoben. Das Zusammengehörigkeitsgefühl sollte verstärkt werden – denn der "Führer" führte Kriege für "sein Volk", so sollte auch das Volk in seiner Einheit hinter ihm stehen.

Der Rundfunk spielte bei der Inszenierung der "Volksgemeinschaft" eine große Rolle: Radio sollte Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem Regime erzeugen, erhalten und erhöhen. Im Vordergrund stand dabei nicht die Verbreitung der antisemitischen und rassistischen Ideologie, sondern die Inszenierung der "Volksgemeinschaft" im virtuellen Raum.

Der Rundfunk sollte das Gefühl der Gemeinschaft durch volkstümliche Sendungen, geschönte Kriegsberichte und parteipolitische Appelle an das Volk vermitteln. Weiters durch das Bewußtsein, daß alle zur selben Zeit vor dem Radiogerät dasselbe Programm mit demselben Anliegen verfolgten. Die Hörergemeinschaft wurde zur "Volksgemeinschaft". Dadurch konnten außerdem die Reaktionen kontrolliert werden.

In totalitären Systemen – wie dem des *Dritten Reichs* – war es naheliegend, die Kriegsberichterstattung unter militärische Kuratel zu stellen und streng zu überwachen. Dadurch war eine strikte Befehlshierarchie gegeben. Journalisten wurden zu speziellen *Propagandakompanien* einberufen. Ein Ziel der nationalsozialistischen Berichterstattung war die Rechtfertigung der Aggression: Der Krieg sollte als ein Verteidigungskrieg dargestellt

werden. Wichtige innen- und außenpolitische Vorgänge wurden der Bevölkerung verschwiegen oder erst verspätet publiziert. Die Konzentrationslager wurden geheimgehalten, Niederlagen verschleiert, kleine Siege aufgebauscht. Als z. B. 1942 die Frontberichterstattung zurückgenommen wurde, war diese Anweisung auf die Niederlagen der deutschen Wehrmacht zurückzuführen: Vor Stalingrad war die 6. Armee der Wehrmacht eingeschlossen, auch im Kaukasus waren die Kämpfe erbittert und aussichtslos. Und um Niederlagen zu berichten, dafür war die nationalsozialistische Medienideologie nicht geschaffen.

### Widerstand

Was hört man im deutschen Radio? Deutschland über alles.

Was hört man im ausländischen Radio? Alles über Deutschland. (Flüsterwitz)<sup>25</sup>

Das Regime wußte sehr wohl Bescheid darüber, wie andere Staaten über Deutschland berichteten. Mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 stand auf das Hören der "Feindsender" Gefängnis bis Todesstrafe. Ausländische Meldungen wurden als "entstellende Hetzkampagne" und "Zersetzungspropaganda" dargestellt. Jedes Wort des Gegners sei verlogen, um dem deutschen Volk zu schaden. Bereits die Produktion des Volksempfängers war unter diesen Vorzeichen gestanden: An den leistungsschwachen Billiggeräten fehlten die zum Abhören ausländischer Sender notwendigen Kurzwellenteile. Auf den Sendersuchknöpfen wurden Schilder angebracht mit dem Hinweis:

Denke daran. Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl des Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet.<sup>26</sup>

Mit der Verordnung des 1. September war dem Denunziantentum Tür und Tor geöffnet. Reichspropagandaminister Goebbels ließ das Gerücht verbreiten, daß Polizei und Post mit Spezialgeräten die jeweils eingestellten Wellenlängen der Radioapparate orten könnten.<sup>27</sup> Der deutsche

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Venus: Von der ,RAVAG 'zum ,Reichssender Wien'; in: Talos/Hanisch/Neugebauer (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938 – 1945, S. 313.

<sup>28</sup> Reiter: Als Radiohören gefährlich war, a. a. O., S 3.

<sup>26</sup> Bausch: Rundfunk in Deutschland, S. 309.

Willi A. Boelcke: Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt – Berlin – Wien 1977, S. 455.

Sozialwissenschafter Willi Boelcke vergleicht die Situation, in der "Feindsender" gehört wurden, mit einem "konspirativen Katakombendasein":

Fenster wurden geschlossen, Vorhänge vorgezogen, Türen verriegelt, davor möglichst noch ein vertrauenswürdiger Mitverschworener als Wachposten aufgestellt. Ganz Vorsichtige dämpften den Radioapparat noch mit Kissen ab. Dann begann die Suche nach der richtigen Wellenlänge. Endlich ertönte das dumpfe Bum-Bum-Bum-Bum', Erkennungszeichen von London; der Sprecher begann. [...] Schon jagte der erste Jaulton aus dem Lautsprecher. [...] Da schlug ein zweiter Jaulton durch, verschränkte sich mit dem ersten, ein dritter. [...] Vorsichtiges Drehen an der Wellenskala, am Klangregler, am Lautstärkeregler, nicht zuviel, denn kein Ton durfte aus dem Zimmer, aus dem Keller oder aus der Bodenkammer dringen. Vergebens! Überall die gleiche infernalische Kakophonie.ex

Die beschriebenen "Jaultöne" stammten von speziellen Störsendern: Deutschland setzte zahlreiche solcher Sender ein, die die unerwünschten Auslandswellen übertönen sollten.

Mit dem Rundfunk drang nicht nur die Stimme des nationalsozialistischen Regimes in jedes Wohnzimmer, sondern auch ausländische Sender fanden einen Weg in das *Deutsche Reich* – Rundfunkwellen kennen keine Staatsgrenzen. In Großbritannien, der Sowjetunion, den USA, Palästina oder Frankreich wurden eigens Radiosendungen für Österreich und Deutschland produziert. Sendungen, an denen zum Teil emigrierte Österreicher beteiligt waren. So brachte z. B. die BBC deutschsprachige Sendungen. Darunter vor allem Nachrichten und Kommentare, später Aufrufe von Kriegsgefangenen, aber auch Kabarettistisches. Im Sommer 1942 wurde ein zusätzlicher deutschsprachiger Dienst speziell für Österreich eingerichtet.

# **Hoffnung**

nfang 1945 wurde das Wiener Funkhaus Amehrmals von Bomben getroffen. Daraufhin sollte ein Teil des Rundfunkbetriebs ins steirische Salzkammergut, nach Bad Aussee, verlegt werden. Als am 30. März über Wien der Ausnahmezustand verhängt wurde, begann aus dem Funkhaus der Abtransport von Geräten und Unterlagen nach Bad Aussee. Die letzte Sendung kam am 6. April 1945 aus dem Wiener Funkhaus. Am 13. April konnte die Sprengung des Funkhauses verhindert werden. Drei Tage später begann der Neuaufbau des österreichischen Rundfunks. Am 29. April wurde die erste Sendung ausgestrahlt, es handelte sich dabei um die Übertragung des Staatsakts von der Bildung der provisorischen Regierung der Republik Österreich.

Barbara C. DASER (1977)

Redakteurin der Aktuellen Wissenschaft des ORF-Radio und Diplomandin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Boelcke: Die Macht des Radios, S. 445 f.

# **Publizistik-Shop**

Ein Buch-Shop des WUV

Publizistik-Shop

1180 Wien

Kutschkergasse 23 Tel.: 407-77-80

Öffnungszeiten

Mo - Fr 9.30 bis 17 Uhr

# Willkommen in der Welt des Wissens

### Fachbücher und Skripten

- Rezeptionsforschung
- Journalismus
- Radio
- Film und Fernsehen
- Neue Medien
- Medien allgemein
- PR und Werbung
- Medienpädagogik
- Technologie und Ökologie
- Recht
- Information und Dokumentation
- Kultur und Cultural Studies
- Gender
- Theorie
- Philosophie und Semiotik
- Medienpsychologie

#### Copycards

Mit einer WUV [Copycard kannst Du sämtliche Kopiergeräte am Institut sowie 200 weitere in ganz Wien (z. B. an der UB) benutzen.

# **NEUERSCHEINUNG**



Wolfgang Pensold

# Die Welt aus erster Hand Als das Fernsehen nach Ottakring kam

1955 startet der Österreichische Rundfunk sein Fernsehprogramm.

Das Buch basiert auf einer Oral-History-Studie. Zu Wort kommen 20 Ottakringer Zeitzeugen über ihre persönlichen Erlebnisse mit dem aufkommenden Fernsehen. "Das war fa-fa-fantastisch!"

Schriften des Ludwig Boltzmann Instituts für neuere österreichische Kommunikationsgeschichte, Band 1

151 Seiten, brosch., illustr., öS 150,– Wien: Literas-Universitätsverlag, 1999 ISBN 3-85429-158-2

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:

medien & zeit

A-1180 Wien, Postfach 442

P.b.b., Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1090 Wien, 2. Aufgabepostamt 1010 Wien ZN: 44668W87E